



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Söders Regierungserklärung im Landtag:

Bayern-Update für starke Wirtschaft

In seiner jüngsten Regierungserklärung hat Ministerpräsident Dr. Markus Söder das Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030 vorgestellt. Mit diesem Programm setze die Staatsregierung einen klaren Wachstumsimpuls für den Wirtschaftsstandort Bayern, so der CSU-Parteichef. „Deutschland braucht eine völlig andere Wirtschaftspolitik. Wir können nicht auf die Ampel warten. Wir krepeln die Ärmel hoch und packen an. Daher legen wir ein Standort- und Motivationsprogramm mit fast 50 Neuerungen und über 100 Entbürokratisierungsmaßnahmen vor“, kündigte Söder an. Dieses umfasst die Themen Bürokratieabbau, Digitalisierung, Energie, Fachkräfte und Mittelstandsfinanzierung.

Bayerns Landeschef machte klar, dass Deutschland unter der Last zu vieler Vorschriften ächze: „Das können wir uns nicht mehr länger leisten. Wir brauchen einen schlankeren Staat, damit

Vereinfachung des Baurechts. Für zahlreiche Maßnahmen wie Ausbauten oder Umwandlungen sollen keine Baugenehmigungen mehr notwendig sein. Geplant ist, Abstandsflächen zu flexibilisieren und landesweite Stellplatzpflichten zu streichen. Zudem soll das Vergaberecht deutlich gelockert werden. Auch im Bereich des Ehrenamts ist ein drastischer Abbau von Genehmigungspflichten vorgesehen. So sollen etwa Umzüge von Trachtlern und Vereinen künftig kostenfrei sein.

Flächendeckender KI-Einsatz

Um die Digitalisierung der Verwaltung zu vereinheitlichen und zu beschleunigen, unterstützt die Bayerische Staatsregierung die Kommunen mit 15 Millionen Euro und fördert den flächendeckenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der (Fortsetzung auf Seite 4)



Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Bild: www.bayern.de

sich unternehmerische und ehrenamtliche Kräfte wieder entfalten können.“ Deshalb solle im Landtag noch vor der Sommerpause ein Modernisierungsgesetz vorgelegt werden, dessen Ziel es sei, zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften abzubauen. Neue Gesetze soll es nur noch auf Bewährung geben. Werden sie nicht gebraucht, sollen sie nach fünf Jahren wieder abgeschafft werden.

Vorgesehen ist auch eine deutliche Entschlackung bzw.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Bild: Polizeipräsidium Oberbayern Nord

Nach dem „Jahrhunderthochwasser“:

Lehren aus der Katastrophe

Aufatmen in Bayerns Hochwasserregionen nach einer erneuten „Jahrhundertflut“: Die Pegelstände der Flüsse haben sich größtenteils wieder normalisiert, immer mehr betroffene Landkreise heben Badeverbote auf. Rund 84.000 Helferinnen und Helfer waren seit Beginn der Katastrophe im Einsatz und kämpften gegen die Wassermassen. Tausende Personen wurden evakuiert, mindestens sechs Todesopfer sind zu beklagen.

Seit dem Nachmittag des 31. Mai 2024 hatte das Unheil seinen Lauf genommen. Beginnend bei den kleineren Donauzuflüssen in Schwaben flossen Flutwellen Richtung Donau und darin weiter durch Oberbayern, die Oberpfalz und Niederbayern. Kleine Bäche wurden zu reißenden Strömen, ganze Stadtteile wurden überflutet. Zahlreiche Landkreise und kreisfreie Städte stellten den Katastro-

phenfall fest. Dank des großartigen Engagements zahlreicher Haupt- und ehrenamtlicher Helfer konnte noch größerer Schaden abgewendet werden.

Dank an die Einsatzkräfte

Innenminister Joachim Herrmann dankte allen Einsatzkräften „und vor allem den vielen Ehrenamtlichen von Feuerwehr, (Fortsetzung auf Seite 4)

Doppelhaushalt 2024/25 im Landtag beschlossen:

150 Mrd. Euro für Bayerns Zukunft

Fast 30 Prozent des Haushalts fließen an Kommunen

Der Bayerische Landtag hat den Doppelhaushalt 2024/2025 auf den Weg gebracht. Insgesamt umfasst der Staatshaushalt 150 Mrd. Euro – für das Haushaltsjahr 2024 73,7 Mrd. Euro und für 2025 76,4 Mrd. Euro. Finanzminister Albert Füracker sprach von einem „starken Fundament für eine erfolgreiche Zukunft Bayerns“.

Der Freistaat habe im Gegensatz zum Bund „solide, vorausschauend und umsichtig“ geplant und führe seine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik „komplett ohne neue Schulden“ fort. Der Freistaat stehe auch weiterhin fest an der Seite seiner Kommunen: „Fast 30 Prozent unseres gesamten Haushaltsvolumens fließen in diesem Jahr an Bayerns Kommunen – das ist absolutes Top-Niveau!“, unterstrich der Finanzminister.

Im Bereich Bildung mit einem Gesamtetat von 32,7 Mrd. Euro setzt sich die CSU-Fraktion für mehr Personal und eine Stärkung der Digitalisierung an Bayerns Schulen ein. Insgesamt werden bis zum Jahr 2025 4.100 neue Stellen an den Schulen geschaffen. Rund 300 Mio. Euro werden für die Förderung der Beschaffung zusätzlicher mobiler Endgeräte sowie ein Medienbudget investiert.

Für den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagsangeboten und der Mittagsbetreuung sind insgesamt knapp eine Milliarde Euro veranschlagt.

Neuer Höchststand

Mit einem Gesamtetat für den Bereich Wissenschaft und Kunst in Höhe von insgesamt 17,9 Mrd. Euro für beide Haushaltsjahre erreicht dieses Ressort einen neuen Höchststand. Einen Schwerpunkt setzt die Fraktion dabei erneut auf die Hightech-Agenda mit 900 Mio. Euro. Weiter gestärkt werden mit zusätzlich 140 Mio. Euro für die Jahre 2024/2025 auch die Bayerischen Universitätsklinika. Die Ausgaben für Kunst und Kultur werden um 72,1 Mio. Euro erhöht und erreichen mit knapp 1,7 Mrd. Euro Rekordhöhe. Schwerpunkte beim Ressort

Wohnraumförderung so hoch wie nie zuvor

Für mehr Wohnraum im Freistaat werden insgesamt 1,8 Mrd. Euro in die staatliche Wohnraumförderung investiert, so viel wie noch nie zuvor. Mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm, der Studentenwohnraumförderung und der Bayerischen Holzbauförderung wird im Staatshaushalt die Wohnungsbaumilliarde wieder erreicht.

Im Bereich Umwelt mit einem Gesamtetat von 2,4 Mrd. Euro legt die CSU-Fraktion besonderen Wert auf Naturschutz und Landschaftspflege, Klima- und Hochwasserschutz sowie Arten- (Fortsetzung auf Seite 4)

Gesundheitssystem vor großen Herausforderungen

Bayerische Landräte fordern von Bund und Freistaat die Sicherstellung der stationären und ambulanten Versorgung

„Die demografische Entwicklung stellt das gesamte Gesundheitssystem vor große Herausforderungen sowohl im stationären Bereich der Krankenhäuser als auch im Bereich der ambulanten Versorgung und der niedergelassenen Ärzte. Die Lage ist insgesamt besorgniserregend“, erklärte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin während der Schwerpunktkonferenz des Bayerischen Landkreistags in Deggendorf zum Thema „Kreiskrankenhäuser und medizinische Versorgung in den Landkreisen“.

Im Spiegel des aktuellen Stands der Krankenhausreform haben sich die bayerischen Land-

jüngeren Ärztegeneration. In immer mehr ländlichen Gebieten gibt es weder im Krankenhaus noch in den Praxen Ärzte“, berichtete der Präsident.



Thomas Karmasin.

Bild: Bayerischer Landkreistag

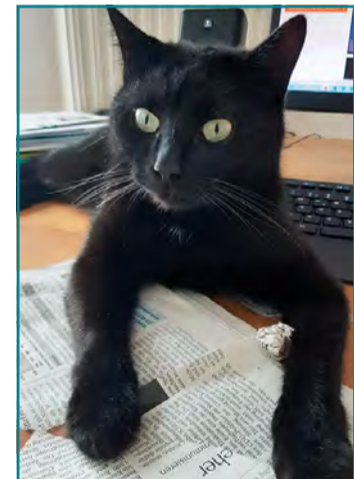
Überholte Strukturen und Zuständigkeiten

Er kritisierte: „Gleichwohl hält die Politik an überholten Strukturen und Zuständigkeiten fest. Die Chancen der Digitalisierung und der Ambulantisierung werden viel zu wenig gesehen. Wir brauchen einen umfassenden Aktionsplan des Bundes und nicht ein Stückwerk, wie es die unabgestimmte nebeneinander laufende Reformpläne zur Krankenhausversorgung und zur (Fortsetzung auf Seite 4)

rätinnen und Landräte mit politischer Verantwortlichen wie der Bayerischen Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention, Judith Gerlach, MdL, und verschiedenen Fachreferenten über die Krankenhausreform, intersektorale Versorgungsmodelle und den ambulanten medizinischen Bereich ausgetauscht.

Hohe Betriebskostendefizite

„80 Prozent der Krankenhäuser haben hohe Betriebskostendefizite. Die Notfallpatienten landen nicht dort, wo sie hingehören. Der Rettungsdienst wird immer mehr zum Ausfallbürgen einer verfehlten Patientensteuerung. Diese müssen in die richtige Versorgungsstruktur gebracht werden. Im ambulanten Bereich sehen wir eine zunehmende Überalterung der Ärzte bei einem gleichzeitig gewandelten Berufsverständnis der



Angesichts der Ergebnisse der Kommunalwahlen, die zusammen mit der Europawahl in den „jungen“ Bundesländern durchgeführt wurden, stellt Rathauskater Pino die Gretchenfrage: „Wie hältst Du es mit der Zusammenarbeit?“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Neues Projekt: Schule trifft Landtag	2
Justizministerkonferenz: Bayerische Inhalte	2
OpenSource ist nicht die Lösung aller Probleme	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Europa-Wahl: Migration bleibt große Aufgabe	3
Immunisierung mit Folgen	3
Online-Voting für Ehrenamtspreis	4
Breitband · IT · Digitalisierung	5 - 9
Wasser · Abwasser	10 - 11
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Forst · Feuerwehr	12 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Frühjahrs-Justizministerkonferenz in Hannover:

Bayerische Inhalte

Mit inhaltlich wichtigen Vorhaben kann die 95. Justizministerkonferenz in Hannover aufwarten. Insgesamt wurden 66 rechtspolitische Themen behandelt und 50 Initiativen beschlossen. Als besonderer Erfolg der Konferenz werteten die Landesminister ihr gemeinsames Bekenntnis zur Stärkung des Grundgesetzes, des Bundesverfassungsgerichts und des gesamten Rechtsstaats.

Auf Initiative Bayerns fordert die Justizministerkonferenz den Bund nun unter anderem auf, wichtige Reformen zum Schutz der Menschen vor neuen Gefahren der digitalen Welt anzugehen. Laut Landesminister Georg Eisenreich zählt dazu ein besserer Schutz vor Mobbing und Cybermobbing, die bei Betroffenen zu enormen psychischen und auch körperlichen Schäden führen könnten – in Einzelfällen bis hin zu Suizid. Besonders gefährdet seien Kinder, Jugendliche und Frauen. Laut einer Studie der Techniker Krankenkasse und des „Bündnisses gegen Cybermobbing“ waren bereits Ende 2022 allein mehr als 1,8 Millionen Schülerinnen und Schüler von Cybermobbing betroffen.

Schutz der individuellen Lebensgestaltung

Auch im Lichte der aktuellen EU-Gesetzgebung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt stellten die Justizminister fest, dass nicht alle Fallgestaltungen strafrechtlich erfasst sind. Erörtert werden muss aus ihrer Sicht ein umfassender und effektiver strafrechtlicher Schutz gegen fortgesetzte systematische Beeinträchtigungen der individuellen Lebensgestaltung und der psychischen Integrität. Darüber hinaus sei es geboten, strafschärfende Regelungen für diejenigen Fälle zu prüfen, in denen die Täter einer Nachstellung bzw. fortgesetzten Belästigung die Tat im Auftrag oder mit Billigung eines (fremden) Staates begehen. Anwendungsfälle hierfür ergäben sich insbesondere für das Handeln autokratisch regierter Staaten, die in Deutschland lebende Oppositionelle durch regimetreue Anhänger verfolgen und belästigen lassen.

Die Forschung für KI-Anwendungen zu erleichtern, war eine weitere Forderung des Freistaats. Die Forschung an und die Nutzung von KI-Anwendungen in der Justiz bietet nach Auffassung der Justizminister großes Potenzial. KI-Anwendungen könnten für unterstützende Tätigkeiten z. B. bei der Strukturierung von Sachverhalten, der Bewältigung von Massenverfahren oder der Anonymisierung von Urteilen eingesetzt werden und so die Tätigkeit von Gerichten und Justizbehörden erleichtern.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Schmid
Stadt Vohburg/Donau
am 01.07.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Emmert
Markt Wilhermsdorf
am 21.06.

Bürgermeister Herbert Preuß
Gemeinde Kollnburg
am 22.06.

Bürgermeisterin Susanne Fischer
Markt Kirchheim
am 26.06.

Landrat Richard Reisinger
Landkreis Amberg-Weizsbach
am 02.07.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Der Einsatz von KI sei daher ein wichtiger Baustein, um die Justiz angesichts immer komplexerer Verfahren und knapper werdender Ressourcen zukunftsfest auszugestalten.

Jedoch wurde darauf hingewiesen, dass die Forschung an KI-Anwendungen für den Einsatz in der Justiz zum Teil erheblichen Problemen begegnen: Für KI-Projekte sei es oftmals erforderlich, große Mengen an anwaltlichen Schriftsätzen, die potenziell urheberrechtlich geschützt sind, im Wege des Text- und Data Mining auszuwerten. Hierfür könnten sich die Justizstellen, die über die Schriftsätze verfügen, auf die Schranke für das Text- und Data Mining nach § 44b UrhG berufen.

Phänomen Cybertrading

Zudem befassten sich die Justizminister – unter anderem auf Antrag Bayerns – mit dem aktuellen Phänomen betrügerischer Anlageplattformen im Internet (sog. Cybertrading), durch die Privatanleger durch angeblich attraktive Geldanlagen hohe Verluste erleiden. Die psychologisch geschulten Täter operieren aus dem Ausland und sind der Organisierten Kriminalität zuzuordnen. Die Ermittlungsverfahren gegen die Betreiber der Anlageplattformen, die Polizei und Staatsanwaltschaften bundesweit führen, sind daher regelmäßig äußerst komplex und weisen immer internationale Bezüge auf.

Eisenreich zufolge ist der verursachte Schaden enorm hoch. Allein bei der Zentralstelle Cybercrime Bayern (ZCB) seien seit 2017 bereits mehr als 8.000 Anzeigen zu rund 1.950 betrügerischen Trading-Plattformen eingegangen. In einem einzelnen Verfahren vor dem Landgericht Regensburg habe der Gesamtschaden 77 Millionen Euro betragen. Insgesamt würden seit 2017 in Bayern Verfahren mit einem Gesamtschaden von 350 Millionen Euro geführt. Die Dunkelziffer dürfte noch um einiges höher liegen.

Effektive Strafverfolgung

Die Landesminister stimmen in Hannover darin überein, dass eine effektive Strafverfolgung auch im Phänomenbereich Cybertrading insbesondere auch zum Schutz des Vermögens der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich ist. Angesichts der großen Anzahl der sich ständig wandelnden betrügerischen Plattformen, der länderübergreifenden und internationalen Bezüge der Ermittlungsverfahren und der Vielzahl an Spuren und Ermittlungsansätzen sprachen sich die Justizminister für die Bündelung von Informationen aus verschiedenen Ermittlungsverfahren mittels einer beim Bundeskriminalamt angesiedelten zentralen Informationsplattform ebenso aus wie für den Informationsaustausch unter den Strafverfolgungsbehörden.

Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung

Die Konferenz setzt sich auf Vorschlag Bayerns auch für eine Prüfung ein, ob und unter welchen Voraussetzungen öffentliche Aufrufe zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung strafrechtlich geahndet werden können. Wie Eisenreich erläuterte, „sind bislang öffentli-

che Aufrufe zur Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland für sich genommen nicht strafbar. Deshalb hat die Justizministerkonferenz den Bundesjustizminister gebeten, die Möglichkeiten für eine strafrechtliche Ahndung zu prüfen. Anlass für diesen bayerischen Antrag waren öffentliche Forderungen nach Einführung eines Kalifats. Das ist völlig inakzeptabel.“

Beschleunigung von Asylverfahren

Überdies wurden die Möglichkeiten der weiteren Beschleunigung asylgerichtlicher Verfahren erörtert. Die Verfahrenslaufzeiten asylgerichtlicher Verfahren haben sich bereits deutlich verkürzt. Ergänzend soll die Verwaltungsgerichtsbarkeit auch künftig in dem Ziel, die Verfahrenslaufzeiten insgesamt weiter zu reduzieren, unterstützt werden. Dazu wird eine Arbeitsgruppe zur nächsten Herbstkonferenz der Justizministerinnen und Justizminister die Ergebnisse ihrer Beratungen vorlegen.

Reform des Verkehrsstrafrechts

Auf Initiative Bayerns schlugen die Justizminister außerdem eine Reform des Verkehrsstrafrechts vor. Nach Eisenreichs Angaben starben vergangenes Jahr in Bayern im Straßenverkehr 37 Menschen bei Unfällen mit Fahrern unter Alkoholeinfluss und zehn bei Unfällen mit Fahrern unter Drogeneinfluss. „Ich befürchte, dass die Teillegalisierung

OpenSource ist nicht die Lösung aller Probleme

In den letzten Wochen beherrschten Berichte über die weltweite sicherheitstechnische beinahe Katastrophe um SSH, bzw. der eingebundenen Bibliothek „liblzma.so“ die Fachpresse und erschütterten die OpenSource-Szene. Nach bisherigen Erkenntnissen hatten chinesische Angreifer es fast geschafft, durch Social Engineering und technische Manipulation, eine Hintertür im weltweit in Sicherheitskreisen gebräuchlichen Tool SSH zu platzieren. Dabei wurde der Schadcode erst im finalen Binary eingefügt, so dass dieser im Quellcode nicht sichtbar ist. Die Art der dabei verwendeten Hintertür wird von Geheimdiensten bevorzugt, weil sie ihnen exklusiven Zugang zu den kompromittierten Rechnern bietet.

Entdeckt wurde der Hack zufällig durch einen misstrauischen deutschen Microsoft-Mitarbeiter, der sich über die hohe Prozessorlast des SSH-Tasks in seiner unstable-Linux-Version wunderte. Tausenden anderen Usern war dies jedoch nicht aufgefallen. Wäre der Angriff nicht entdeckt worden, wäre die Version wahrscheinlich bald in die Stable-Version von Linux-Distributionen übernommen worden, weil (vermutlich Fake-)Nutzer in der Szene bereits intensiv darauf drängten.

Dieser Vorgang kann von zwei Seiten betrachtet werden:

1. OpenSource hat bewiesen, dass es funktioniert, weil die Manipulation entdeckt wurde.
2. OpenSource ist ein Sicherheitsrisiko, weil jeder mitarbeiten kann und einige Staaten potenziell die größeren Ressourcen für ihre Zwecke aufwenden können.

Die vom DATABUND bereits seit längerem vorgetragene Warnung, dass OpenSource nicht alle Probleme löst und teilweise alte Probleme durch neue ersetzt, hat sich bewahrheitet. In der Theorie ist OpenSource eine gute Sache. Aber im Grunde kann wie bei einer Blockchain eine ausreichend große Menge von personellen Ressourcen das System korrumpieren.

Bereits in der Standardisierung wendet China diese Strategie seit über 10 Jahren an. Durch eine schiere Masse von Personen, die in die Gremien geworfen werden und die dann die Bildung von immer mehr Untergruppen vorantreiben, übernehmen sie in dem Moment die alleinige Steuerung, wo westliche Länder nicht mehr die Ressourcen

Neues Projekt des Bayerischen Landtags zur politischen Bildung:

„Schule trifft Landtag“

Der Bayerische Landtag startet ein neues Projekt zur Förderung der politischen Bildung und zur Demokratieerziehung. Unter dem Motto „Schule trifft Landtag – Landtagspräsidentin Ilse Aigner zu Besuch“ tritt die Präsidentin der bayerischen Volksvertretung in den Austausch mit Schülerinnen und Schülern in ganz Bayern.

Geplant sind Besuche unterschiedlicher Schularten in allen Regierungsbezirken, bei denen die Landtagspräsidentin im Rahmen einer Doppelstunde mit Jugendlichen über Fragen und Erwartungen zum Thema „Demokratie“ diskutiert. Erste Station war am Montag, 17. Juni 2024 das Hardenberg-Gymnasium in Fürth.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner betont: „Die Lehrkräfte in Bayern arbeiten unermüdet daran, einer heute sehr heterogenen Schülerschaft den Wert und die Bedeutung unserer Demokratie nahezubringen. Das ist aktuell wichtiger denn je. Denn die Demokratie steht im Feuer – Angriffe von innen und von außen setzen ihr zu. Als Landtag wollen wir auf allen

Ebenen mithilfe, unsere Gesellschaft für die Zukunft stark gegen die Feinde der Demokratie aufzustellen! Deshalb habe ich angeregt, das bewährte Angebot der bayerischen Volksvertretung zur Demokratieförderung um einen weiteren Baustein zu ergänzen: Ich freue mich sehr auf eine Doppelstunde Demokratie mit Schülerinnen und Schülern, bei der wir uns intensiv unterhalten wollen über die beste Staatsform, die es gibt!“

Auftakt der neuen Reihe bildet der Besuch des Hardenberg-Gymnasiums. Die Schule in der Fürther Südstadt gehört mit ihren 1330 Schülerinnen und Schülern unterschiedlichster Herkunft zu den zehn größten Gymnasien in Bayern. Respektvoller Umgang miteinander, gegenseitige Wertschätzung sowie Toleranz gehören zu den wichtigsten Leitzielen des Hardenberg-Gymnasiums. Der Schule ist es ein Anliegen, mit zahlreichen Projekten (u.a. Juniorwahl, Model United Nations und Betzavta) das Demokratieverständnis zu stärken und Raum für Diskussionen zu schaffen. □

Jahresbericht 2023 der Bundesnetzagentur:

Marktzahlen Telekommunikation

In ihrem Jahresbericht zu Aktivitäten und Regulierungsentscheidungen im Sektor Telekommunikation verweist die Bundesnetzagentur auf konstante Investitionen. Mit 13,2 Mrd. Euro lagen sie in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Investitionsschwerpunkte der Unternehmen hätten erneut im Ausbau von Glasfaser- und 5G-Netzen gelegen.

Auf 17,9 Mio. (+37 Prozent) erhöhte sich die Anzahl der mit Glasfaser versorgten bzw. unmittelbar erreichbaren Endkunden (Homes Passed). Einen geringeren Anstieg (14 Prozent) von 6,4 Mio. im Jahr 2022 auf 7,3 Mio. im Jahr 2023 verzeichneten dagegen die aktiven und nicht aktiven Glasfaseranschlüsse (Homes Connected). Zugleich nahm die Verbreitung aktiver Glasfaseranschlüsse auf 4,3 Mio. zu und übertraf damit den Bestand Ende 2022 um ca. 900.000.

Der Anteil aktiver FTTH/FTTB-Anschlüsse (Homes Activated) an den gesamten aktiven Breitbandanschlüssen in Festnetzen ist von 9,1 Prozent im Jahr 2022 auf 11,2 Prozent zum Jahresende 2023 angewachsen. Die geringe Verbreitung solcher Anschlüsse ist im Wesentlichen auf den hohen Versorgungsgrad mit bestehenden leistungsfähigen Infrastrukturen (VDSL-Vectoring und HFC-Netze) zurückzuführen. Aufgrund steigender Nachfrage nach höheren Datenraten wird für die kommenden Jahre erwartet, dass sich der FTTH/FTTB-Anteil deutlich erhöhen wird.

Dagegen setzt sich der kontinuierliche Rückgang von Festnetzgesprächsvolumen, der durch die Pandemie unterbrochen wurde, weiter fort. Das über Festnetze abgewickelte Gesprächsvolumen im Jahr 2023 ging gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent auf 64 Mrd. Gesprächsminuten zurück.

Vergangenes Jahr wurden über Mobilfunknetze im Inland 153,5 Mrd. abgehende Gesprächsminuten geführt. Dies entspricht im Durchschnitt rund 122 Minuten monatlich pro aktivem SIM-Profil. Insgesamt ist das über Mobilfunknetze im Inland abgewickelte Gesprächsvolumen im Jahr 2023 mit einer Abnahme um knapp vier Prozent gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Dies lässt sich unter anderem durch die zunehmende Nutzung von nummernunabhängigen interpersonellen Telekommunikationsdiensten, insbesondere von Messenger- und Videokonferenz-Diensten, erklären.

Im Jahr 2023 wurden 15,8 Mrd. (2022: 13,3 Mrd.) abgehende Sprachtelefonie-Anrufe sowie 8,2 Mrd. (2022: 7,7 Mrd.) abgehende Video-Anrufe über Messenger- und Videokonferenz-Dienste geführt. Das jeweilige Gesprächsvolumen ist dabei

auf insgesamt 175,1 Mrd. (2022: 121,0 Mrd.) Sprachtelefonie-Minuten sowie auf 176,4 Mrd. (2022: 143,2 Mrd.) Videotelefonie-Minuten angewachsen. Zudem wurden im Jahr 2023 insgesamt 891,4 Mrd. (2022: 805,4 Mrd.) Sofortnachrichten über Messenger- und Videokonferenz-Dienste versendet.

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in Festnetzen deutschlandweit ein Datenvolumen von rund 132 Mrd. GB übertragen. Dies entspricht im Durchschnitt einem Datenvolumen von ca. 287 GB pro Anschluss und Monat. Im Vergleich zum Jahr 2022 stieg das in Festnetzen übertragene Datenvolumen um rund 11 Mrd. GB.

Das durchschnittlich genutzte Datenvolumen in Mobilfunknetzen pro aktivem SIM-Profil und Monat erhöhte sich gegenüber 2022 um etwa 36 Prozent auf 7,2 GB. Nach Erhebungen der Bundesnetzagentur belief sich das übertragene Datenvolumen über Mobilfunknetze im Inland im Jahr 2023 auf 9.118 Mio. GB gegenüber 6.714 Mio. GB im Jahr 2022. Der überwiegende Teil (91 Prozent) des Datenverkehrs wurde dabei über LTE realisiert, sechs Prozent des Datenverkehrs über das 5G-Netz und drei Prozent des Datenverkehrs über das GSM-Netz (2G) abgewickelt.

„Die Zahlen der Bundesnetzagentur bestätigen den bereits in der Breko-Marktanalyse 2023 erkennbaren Trend: Der Glasfaserausbau läuft auf Hochtouren“, erläuterte Sven Knapp, Leiter des Hauptstadtbüros beim Bundesverband Breitbandkommunikation, die Berichtszahlen. „Der im Vergleich zum Vorjahr nochmal gesteigerte Zuwachs an verfügbaren Glasfaseranschlüssen zeigt, dass weiter stark investiert wird. Der leichte Investitionsrückgang im Telekommunikationsmarkt insgesamt betrifft wohl vorwiegend die kupferbasierten Brückentechnologien DSL und TV-Kabel, deren 2022 begonnener Abwärtstrend sich 2023 verstetigt hat. Um diese positiven Entwicklungen fortzuführen, braucht es jedoch bessere Rahmenbedingungen, insbesondere ein Ende des strategisch-destruktiven Glasfaser-Doppelausbaus, und bessere Aufklärung, damit mehr Bürgerinnen und Bürger die verfügbaren Glasfaseranschlüsse auch nutzen.“ □

von Cannabis zu einem Anstieg schwerer Verkehrsunfälle führen wird. Das Verkehrsstrafrecht muss auch vor diesem Hintergrund dringend reformiert werden. Es bietet in einigen Bereichen keinen ausreichenden Schutz.“

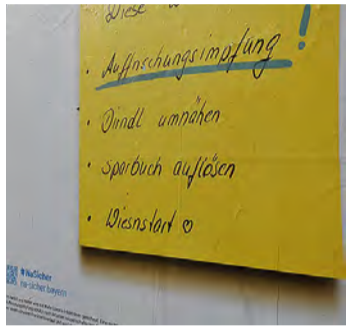
Verbesserungsbedarf besteht insbesondere mit Blick auf folgende Fallgestaltungen: die Verursachung tödlicher Verkehrsunfälle unter dem Einfluss von Rauschmitteln, verbotene Kraftfahrzeugrennen mit schwerwiegenden Unfallfolgen und das Werfen von Gegenständen auf fahrende Kraftfahrzeuge. DK

Immunsierung mit Folgen

Inzwischen wurde in Bayern in 141 Fällen ein Corona-Impfschaden anerkannt

Unvergessen sind die Worte von Karl Lauterbach am 13. Februar 2022 bei „Anne Will“. „Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei. Das muss immer wieder gesagt werden“, hatte der Bundesgesundheitsminister betont. Heute wissen wir: Es gibt Impfschäden. Es gibt sie ziemlich oft. Und einige sind höchst gravierend. Einzelne Impfgeschädigte in Bayern erhalten inzwischen auch Leistungen. Gezahlt werden sie vermutlich größtenteils aus Steuergeldern. Denn die Hersteller wollten nicht haften.

Relativ bald nach Beginn der Impfkampagne stellte sich heraus, dass die Corona-Impfungen nicht die Patentlösung zur Beendigung der Corona-Krise



Millionen-Beträge wurden staatlicherseits in Propaganda investiert, um die Menschen zur mehrfachen Impfung zu motivieren. Großformatige Anzeigen-Kampagnen, Bratwurst-Einladungen und andere Skurrilitäten waren an der Tagesordnung. Bild: Pat Christ

sein würden. Denn etliche sogar vielfach Geimpfte infizierten sich trotz Immunsierung. Zum Teil erkrankten sie sogar schwer an Covid-19. Inzwischen sind aber auch so viele Fälle schwerer Impfschädigungen bekannt, dass niemand mehr das Thema „Nebenwirkungen“ als unwichtig abtun kann. Allein beim Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Bayreuth gingen bisher fast 2.470 Anträge auf Anerkennung eines Impfschadens ein.

„141 Fälle wurden davon bisher anerkannt“, teilt Pressesprecherin Inge Wolff auf Anfrage der Bayerischen Gemeindezeitung mit. In etwas mehr als 1.900 Fällen wurden die Anträge abgelehnt – und zwar hauptsächlich deshalb, weil keine auf eine Impfung kausal zurückzuführende gesundheitliche Schädigung festgestellt werden konnte.

„In einigen Fällen lag auch eine vorübergehende, letztendlich aber abgeheilte Gesundheitsstörung vor“, erläutert Inge Wolff. Eine Leistung konnte dafür nicht gewährt werden, weil der Antrag außerhalb der dafür erforderlichen Frist gestellt worden war. In 76 Fällen wurden die Anträge zurückgenommen oder auf eine andere Weise erledigt. Zum Beispiel kam es vor, dass der Antrag an ein anderes Bundesland abgegeben

wurde: „Offen sind aktuell noch 611 Fälle.“ Die Betroffenen schildern die unterschiedlichsten Beschwerden: „Nahezu alle denkbaren Erkrankungen werden als Impfkomplication geltend gemacht.“ Statistisch erfasst werde dies nicht.

Dreimal Bestattungsgeld

In 40 Fällen werden monatliche Rentenleistungen oder weitere Leistungen gezahlt. In drei Fällen gab es ein Bestattungsgeld. Wie viel pro Monat gezahlt wird, kann höchst unterschiedlich sein. Unter anderem ist dies vom jeweiligen Einkommen abhängig.

„Die genauen Höhen der monatlichen Rentenleistungen sind nicht mit vertretbarem Aufwand anzugeben“, so Inge Wolff. Zudem stünden exakteren Angaben datenschutzrechtliche Gründe entgegen: „Bei weiterer Ausdifferenzierung von Einzelfällen könnten Rückschlüsse auf diese gezogen werden.“ Dies bedeutet, dass nicht klar ist, wie viel den bayerischen Steuerzahler die Corona-Impfschäden im Moment kosten. Ob und in welcher Höhe Hersteller bisher Leistungen erbracht haben, kann das ZBFS nicht sagen: „Soweit uns aus der Presse bekannt ist, sind vor einigen Zivilgerichtlichen Klagen anhängig.“

Über alle Impfungen hinweg erhalten aktuell in Bayern 437 Personen Versorgungsleistungen, die ihren Rechtsgrund im Impfschadensrecht haben: „Eine Differenzierung nach der Art der Impfung erfolgt nicht.“ Im vergangenen Jahr wurden insgesamt knapp 12 Millionen Euro an Rentenzahlungen für impfgeschädigte Personen erbracht. „Eine Differenzierung nach Art der Impfung ist nicht möglich“, so Inge Wolff.

Ebenfalls über alle Impfungen hinweg wurde 2023 für 13 Kinder in Bayern erstmalig ein Antrag auf Leistungen nach dem bis Ende 2023 geltenden Infektionsschutzgesetz gestellt. Neun der Anträge wurden abgelehnt, vier sind noch in Bearbeitung. Heuer wurde für zwei Kinder ein Antrag auf Leistungen nach dem SGB XIV bei Impfschäden gestellt. Beide Fäl-

le befinden sich in Bearbeitung.

Medizinische Befunde

Die auf die Corona-Impfung bezogenen Anträge zu bearbeiten, ist für das ZBFS nicht einfach. „Je nach Lage des Einzelfalls werden durch die Verwaltung die notwendigen Informationen eingeholt“, so Inge Wolff. Angefordert werden zum Beispiel medizinische Befunde, außerdem muss aus dem Antrag hervorgehen, wann genau und was genau geimpft wurde. All dies muss eindeutig nachgewiesen sein: „Zum Beispiel durch Eintragung im Impfpass.“ Bei Anträgen im Kontext der Corona-Impfungen sei das in aller Regel kein Problem.

Liegen alle Unterlagen vor, beginnt der ärztliche Dienst des Zentrums Bayern Familie und Soziales, die Akten zu prüfen. Im Vordergrund steht die Frage, ob die vom Antragsteller geschilderte, gesundheitliche Störung oder die gesundheitliche Schädigung tatsächlich, also kausal, auf die Impfung bezogen werden kann. „In komplexen Fällen kann auch ein externes ärztliches Gutachten eingeholt werden“, so die Pressesprecherin.

In jedem Fall muss ein kausaler Zusammenhang deutlich über den Zeitpunkt der Impfung hinausgehen. Gesetzlichen Vorgaben zufolge kann frühestens sechs Monate nach einem schädigenden Ereignis von einer dauerhaften Schädigungsfolge ausgegangen werden. Ergibt sich ein langanhaltender, kausaler Zusammenhang zur Impfung, werden die Schädigungsfolgen bezeichnet und ein Grad der Schädigungsfolgen (GdS) festgelegt: „Der festgestellte GdS ist dann Grundlage für zustehende Leistungen.“

Die Verfahrensdauer hängt davon ab, wie schnell die benötigten Informationen vorliegen. Oft seien Mitarbeiter des ZBFS auf Informationen der antragstellenden Personen angewiesen, so Inge Wolff. Ein eigenes Team zur Bearbeitung von Anträgen, die von Menschen gestellt worden, die einen Corona-Impfschaden bei sich befürchten, existiert nicht.

Freigelegte RKI-Protokolle

Das Thema „Corona-Impfung“ gewinnt durch die freigelegten RKI-Protokolle an Brisanz. Anders, als nach außen verkündet und medial wiedergegeben, scheint es im Robert-Koch-Institut diesen Protokollen zufolge erhebliche Bedenken der Impfung gegenüber gegeben zu haben. So soll die Ständige Impfkommission (STIKO) Ende Oktober 2020 erklärt haben, dass sie „ungern so ohne Phase III Studienergebnisse Empfehlungen verfassen“ möchte. Zur Erinnerung: Zu Beginn der Impfkampagne war die Phase III der Impfstoffentwicklung noch nicht abgeschlossen gewesen.

Am 1. Juni nahm sich das ZDF der RKI-Protokolle an. In ihrem Beitrag verweist die Redaktion auf eine brisante Stelle von Anfang 2021. „Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt“, steht im Protokoll mit Datum 8. Januar 2021. Der erste Impfstoff war damals schon mehr als zwei Wochen zugelassen. Anzunehmen ist, dass sich viele Menschen nicht hätten impfen lassen, hätten sie dies gewusst. Das ZDF allerdings relativiert in seiner Einordnung der RKI-Protokolle mit den Worten: „Manche der entschwärzten Stellen zu Impfstoffen und anderen Themen taugen nur zum Skandal, wenn man sie missversteht.“

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Wir alle wissen, dass Europa und die Europäische Union für unsere kommunale Ebene von herausragender Bedeutung sind.

Auf der einen Seite werden dort politische Vorgaben beschlossen, die dann in der Folge vor Ort in den Landkreisen, Städten und Gemeinden planungsrechtlich, baurechtlich und verwaltungstechnisch umgesetzt werden müssen. Auf der anderen Seite kommen die Kommunen – nach der Überwindung der einen oder anderen bürokratischen Hürde – auch vielfältig in den Genuss europäischer Förderungen. Ich denke dabei an die Bereiche Strukturentwicklung und Arbeitsmarktförderung oder an soziale Projekte, die aus den



KOLUMNE
Stefan Rößle

Europawahl: Migrationsfrage bleibt große Aufgabe

EFRE und ESF-Fonds unterstützt werden. Kommunale Projekte im ländlichen Raum profitieren zudem seit geraumer Zeit durch die finanzielle Unterstützung der LEADER-Förderung. Darüber gilt der Grundsatz, dass Deutschland als wirtschaftsstärkstes Land der EU der größte Nutznießer des europäischen Binnenhandels ist. Das darf man nicht vergessen.

Jetzt aber zum Ausgang der Europawahl: Positiv sehe ich die auf Bundesebene vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung mit 64,8 Prozent. Das gab es seit der Wiedervereinigung noch nie in Deutschland und Demokratie lebt ja bekanntlich vom Mitmachen.

Ebenfalls positiv: Die demokratische Mitte des Parteienspektrums bleibt im EU-Parlament sta-

bil – trotz den besorgniserregenden Zuwächsen von Populisten und Radikalen.

Ein weiterer Erkenntnisgewinn: Die deutschen Ampel-Parteien kommen zusammen nur auf etwas mehr als 30 Prozent der Stimmen und haben als Bundesregierung in der Bevölkerung keine Mehrheit für ihre Politik. Die Analysten sprechen hier davon, dass die Ampel durch dauerhaften Parteienstreit, mangelhafte Umsetzung wichtiger politischer Vorhaben sowie eine schwache politische Führung dies selbst zu verantworten hätte. Hier kann man kaum widersprechen, denn auch die Kommunen hat die derzeitige Bundesregierung leider mehrfach im Regen stehen lassen – man denke nur an die komplett verfehltene Zuwanderungspolitik.

Apropos Zuwanderung – eine der größten Aufgaben, die von dem neuen EU-Parlament zusammen mit der neuen EU-Kommission und den Regierungschefs neben die übergeordneten Aufgaben der Friedens- und Wohlstandssicherung dauerhaft gelöst werden muss, ist die Migrationsfrage. Hier haben wir uns als KPV immer wieder deutlich positioniert und bleiben bei unserer Haltung:

Wir brauchen einen klaren Kurs bei der Asyl- und Flüchtlingsfrage, denn nur ein gemeinsamer Kraftakt von Europa, Bundesregierung und Freistaat kann das Ruder bei der Migration noch herumzureißen und ein langfristiges, geordnetes und gesteuertes System etablieren.

Was Europa angeht, war der EU-Migrationspakt vom April dieses Jahres ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muss jetzt von dem durch die Wahlen neu aufgestellten Europäischen Parlament fortgesetzt werden. Als KPV stehen wir dazu im Sinne der kommunalen Familie in ständigem Dialog mit unseren zuständigen Mandatsträgern und politischen Entscheidern auf bayerischer, bundesdeutscher und europäischer Ebene.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

„Erfahrungen sammeln“

„Der vermeintliche Widerspruch erklärt sich, da es an dieser Protokollstelle nicht um die grundsätzliche Wirkung eines Impfstoffs geht, sondern ausschließlich um Geimpfte, die sich doch infizieren“, beruhigt das ZDF. Entsprechend habe sich das RKI laut Protokoll deshalb auch damit schwergetan, eine vom Bundesgesundheitsministerium geforderte Empfehlung zu Quarantäne-Regeln für Geimpfte zu formulieren. „Wir müssen noch Erfahrungen mit Geimpften sammeln“, ist im Protokoll zu lesen.

Allerdings steht am 8. Januar noch mehr in den Protokollen, als das ZDF wiedergibt. Nämlich nicht nur: „Impfstoffwirkung ist noch nicht bekannt.“ Sondern auch, wie die „Schwäbische“ am 30. Mai diesen Jahres berichtet: „Dauer des Schutzes ist ebenfalls unbekannt.“ Laut Statista hatten vier Wochen später bereits 2.370.735 Menschen in Deutschland die Erstimpfung erhalten. Weitere vier Wochen später waren es 5.420.388.

Die „Schwäbische“ gehört zu den bisher erst wenigen Zeitungen, die sich die RKI-Protokolle ganz genau anschauen. Aus dem Beitrag von Ende Mai erfährt der Leser, was unter dem Überbegriff „Update Impfung“ im Protokoll vom 19. Februar 2021 steht: „Wenn niedergelassene ÄrztInnen impfen, sind zeitnahe Infos über das Schicksal der Impflinge unwahrscheinlich. Wird das Monitoring dann eingestellt? Wie soll dann vorgegangen werden?“

Langes Schweigen

Aus den zunächst geschwätzten, nun öffentlich zugänglichen Stellen geht weiter hervor, dass die Möglichkeit von Impfdurchbrüchen mindestens seit

1. März 2021 bekannt war. Die „Schwäbische“ zitiert die entsprechende Stelle aus dem Protokoll: „Nach der Vorstellung von ZIG2 zur Evidenz von Reinfectionen und Infektionen von Geimpften sowie dem Vorgehen anderer Länder (Israel), EU-Plänen zu Impfausweis sollte die Empfehlung des RKI zu Quarantäne von Geimpften und Genesenen in Zukunft angepasst werden.“ In der Öffentlichkeit wurde hierüber vier volle Monate lang geschwiegen.

Auch über Impfnebenwirkungen wurde im Robert-Koch-Institut früh diskutiert. Schon in den ersten Wochen im ersten Quartal 2021 kam es bekanntlich zu zwölf Fällen von Sinusvenenthrombose bei Frauen im Alter 55+ nach einer Impfung mit AstraZeneca. Später wurde AstraZeneca deshalb durch mRNA-Stoffe ersetzt.

Brisant ist auch die Aussage vom 5. März 2021. Im Protokoll ist festgehalten: „Das Impfzertifikat soll die Erfassung von Impfwirkung, Spätfolgen etc. ermöglichen, nicht Grundlage für Kategorien und Vorrechte sein.“ Der „Nordkurier“ berichtete hierüber in einem langen Beitrag vom 24. März diesen Jahres. Der explizite Verweis darauf, dass das Impfzertifikat der „Erfassung von Spätfolgen“ dienen sollte, ist für Autor Philippe Debionne „brisant“: „Denn diese Gefahr gab es offiziell nicht.“

Keine Langzeitfolgen?

Er verweist auf Klaus Cichutek, der als Chef des Paul-Ehrlich-Instituts Anfang 2022 sagte: „In der Regel haben die Impfstoffe keine unerwünschten Langzeitfolgen, die im ursächlichen Zusammenhang mit den Impfungen stehen. Häufig meinen besorgte Bürgerinnen und Bürger mit Langzeitfolgen Nebenwirkungen, die erst spät auftreten.“

Diese Sorgen sind unberechtigt.“

Am 25. Oktober 2021 verlaublich die Bild-Zeitung: „Wissenschaftlicher Konsens ist das, was Carsten Watzl (49), Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Immunologie, so formuliert: ‚Was offensichtlich viele Menschen unter Langzeitfolgen verstehen, nämlich dass ich heute geimpft werde und nächstes Jahr eine Nebenwirkung auftritt, das gibt es nicht, hat es noch nie gegeben und wird auch bei der Covid-19-Impfung nicht auftreten.‘ Mindestens 141 Fälle allein in Bayern sprechen hiergegen.“

Pat Christ

Verzweifeln eine Stimme geben

Mehr als zwei Millionen Klicks auf verschiedenen Plattformen hat inzwischen eine Dokumentation, die es Menschen ermöglicht, über ihre – teilweise sehr schweren – Schäden zu sprechen, die sie auf Impfungen zurückführen, mit denen sie sich vor einer Corona-Erkrankung schützen wollten – oder sollten. Denn viele von ihnen hätten ohne den angeblich „kleinen Pieks“ ihren Beruf nicht weiter ausüben dürfen, oder kranke Angehörige nicht mehr besuchen können. Die Einschränkungen, die Ungeimpfte hinnehmen mussten, waren vielfältig. Oftmals auch die Anfeindungen.

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat inzwischen zugegeben, dass es zu Impfschäden gekommen ist und schnelle Hilfe versprochen. Darauf warten viele Betroffene nach wie vor.

Informationen:

<https://www.youtube.com/@COLLATERAL2024>

Landesamt für Statistik zum Klimaschutz in Bayern:

Prozessbedingte CO2-Emissionen seit 1990 rückläufig

Historische Werte erstmals berechnet

Kohlendioxid (CO₂) ist das mengenmäßig relevanteste Treibhausgas. Es entsteht vor allem durch die Verbrennung von fossilen Brennstoffen wie Kohle, Erdöl und Erdgas, beispielsweise zur Erzeugung von Strom und Wärme als sogenannte energiebedingte Emission. Daneben gibt es unter anderem die prozessbedingten CO₂-Emissionen der Industrie aufgrund chemischer Reaktionen, zum Beispiel bei der Herstellung von Zement, Ziegeln, Glas oder Hüttenaluminium.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz sieht vor, dass die Treibhausgasemissionen je Einwohner bis 2030 um mindestens 65 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 reduziert werden sollen. Um die Fortschritte bei der Reduzierung der Treibhausgasemissionen bemessen zu können, müssen zunächst die historischen Emissionswerte auch einschließlich der prozessbedingten CO₂-Emissionen, die bisher noch nicht vorliegen, erfasst werden. Ein spannender Fachbeitrag der aktuellen Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ beschreibt das aufwendige Verfahren zur Erfassung und Berechnung dieser Werte für die Jahre 1990 bis 1994, stellt wesentliche Ergebnisse vor und setzt die bayerische Vorgehensweise in Relation zur Bundesmethodik.

Lehren aus der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

THW und Hilfsorganisationen, die unermüdet geschuftet haben, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor dem Hochwasser zu schützen.“

Gleichwohl hat die Hochwasserkatastrophe für die Menschen in vielen Regionen Bayerns gravierende Folgen. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb entschieden, die Akuthilfe zur Linderung der Notlage von 100 auf 200 Millionen Euro aufzustocken. Für Privathaushalte wird eine Soforthilfe „Haushalt/Hausrat“ in Höhe von bis zu 5.000 Euro je Haushalt gewährt (bei Versicherbarkeit Abschlag von 50 Prozent). Zudem wird eine Soforthilfe „Ölschäden an Gebäuden“ in Höhe von bis zu 10.000 Euro je Wohngebäude gewährt (bei Versicherbarkeit Abschlag von 50 Prozent). Voraussetzung für die Auszahlung dieser Hilfen ist ein Antrag bei der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde.

Soforthilfe

Für betroffene gewerbliche Unternehmen, Angehörige Freier Berufe und gewerbliche Träger wirtschaftsnaher Infrastruktur mit bis zu 500 Mitarbeitern wird eine Soforthilfe in Höhe von bis zu 200.000 Euro je Unternehmen gewährt: Erstattet werden unmittelbar durch das Hochwasser verursachte Schäden an Betriebsstätten und Infrastrukturen. Bei nicht versicherbaren Schäden wird dabei die Soforthilfe in Höhe von bis zu 50 Prozent der erstattungsfähigen Ausgaben, bei versicherbaren und bei versicherten Schäden in Höhe von bis zu 25 Prozent der erstattungsfähigen Ausgaben gewährt. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag durch die zuständige Bezirksregierung.

Für den Bereich der Landwirtschaft wird das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Soforthilfen für landwirtschaftliche Unternehmen (einschließlich Gartenbau) und den Fischereisektor gewähren. Bei einem Mindestschaden von 5.000 Euro kann ein Ausgleich von bis 50 Prozent des Gesamtschadens,

maximal 50.000 Euro erfolgen, sofern der Schaden nicht versicherbar ist. Bei versicherbaren Schäden ist der Ausgleich auf 25 Prozent begrenzt. Die Auszahlung erfolgt auf Antrag durch die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Allen Bürgern, Gewerbebetrieben, selbstständig Tätigen sowie Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, die in eine existenzielle Notlage gekommen sind, stehen bei drohender Existenzgefährdung ebenfalls Zuschüsse aus dem Härtefonds zur Verfügung: Hilfeleistungen je nach finanzieller Leistungskraft der Geschädigten bis maximal 100 Prozent; keine Überkompensation, Versicherungsleistungen werden angerechnet.

Steuerliche Erleichterungen

Daneben gibt es für alle vom Hochwasser Betroffene steuerliche Erleichterungen. Soweit Schäden an bestimmten kommunalen Einrichtungen entstanden sind, kommt für die betroffenen Kommunen eine Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in Betracht.

Schnell und unbürokratisch will die Staatsregierung den Menschen in den Hochwassergebieten helfen. Betroffene können schon jetzt Unterstützung beantragen. Laut Finanzminister Albert Füracker sind die notwendigen Anträge bei den Landratsämtern bereits angekommen.

Staatsregierung empfiehlt Versicherung für Elementarschäden

Angesichts der zunehmend häufiger auftretenden Großschadensereignisse und Naturkatastrophen empfiehlt die Staatsregierung allen Bürgern erneut dringend, künftig zu ihrem eigenen Schutz entsprechend umfassende Versicherungen abzuschließen. Konkret spricht sie sich für die Einführung einer verpflichtenden Elementarschadenversicherung aus.

Darüber hinaus erwartet der Freistaat, dass der Bund der

gesagten Solidarität Taten folgen lässt: Die Staatsregierung fordert den Bund vor allem auf, sich hälftig an den Kosten des Soforthilfeprogramms des Freistaats zu beteiligen, sich für Mittel aus dem EU-Solidaritätsfonds einzusetzen und auf Erstattung von Auslagen von THW, Bundespolizei und Bundeswehr zu verzichten.

Mehr Eigenverantwortung und Eigenvorsorge

Angesichts des verheerenden Hochwassers in Teilen Bayerns und Baden-Württembergs verlangt der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Uwe Brandl, ein Umdenken. „Allen voran braucht es mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Bereitschaft der Gesellschaft, das Problem gemeinsam anzugehen und auch selber aktiv zu werden“, sagte Brandl der „Augsburger Allgemeinen“. Dazu gehöre es, Grundstücke abzugeben, wenn dies zum Hochwasserschutz erforderlich ist, aber auch die Mitfinanzierung von Schutzmaßnahmen oder der Verzicht auf das Bauen im Überschwemmungsbereich.

DLT-Präsident Reinhard Sager erklärte der Funke Mediengruppe, dass sich Deutschland besser als bislang auf extreme Wetterereignisse vorbereiten müsse. Bund und Länder müssten dazu die Kommunen finanziell stärken, um etwa Schutzdämme zu ertüchtigen. Insgesamt funktionieren die Katastrophenschutz aber gut.

Klimaanpassung wird kommunale Daueraufgabe

„Die Klimaanpassung wird zur kommunalen Daueraufgabe“, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Die Einsatzkräfte, ob professionell oder ehrenamtlich, benötigten die bestmögliche Ausstattung und Infrastruktur. Bund und Länder müssten deshalb die Mittel für den Hochwasser- und Katastrophenschutz wieder deutlich ausbauen – und zwar dauerhaft und nicht ad hoc über Sonderprogramme.

Mehr Tempo beim Ausbau des Hochwasserschutzes

Die Landräte von Deggendorf und Passau, Bernd Siblinger und Raimund Kneidinger, forderten mehr Tempo beim Ausbau des Hochwasserschutzes an der Donau in Niederbayern zwischen Deggendorf und Vilshofen. Die Lage sei in dem Bereich beim aktuellen Hochwasser zwar deutlich besser gewesen als im Jahr 2013, jedoch habe der Katastrophenfall ausgerufen und der Abschnitt auf 13 Kilometern Länge mit Sandsäcken verstärkt werden müssen, stellte Siblinger fest.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bekräftigte, dass an der Donau weitere Flutpolder errichtet werden. Das 2021 beschlossene Programm werde realisiert, teilte Glauber in München mit: „Für Extremhochwasser setzt Bayern auf eine Flutpolderkette entlang der Donau. Seit meinem Amtsantritt 2018 werbe ich für die geplante Flutpolderkette. Das Flutpolderprogramm wird umgesetzt.“ Mit Flutpoldern könne bei einem Katastrophenhochwasser „gezielt die Notbremse gezogen werden“.

Um die Umsetzung von überregional wirkenden Hochwasserschutzmaßnahmen voranzutreiben, hat die Umweltministerkonferenz mit der Stimme Bayerns einen Beschluss gefasst, der den Bund auffordert, die Mittel im Nationalen Hochwasserschutzprogramm nicht wie geplant zu kürzen. Glau-

150 Mrd. Euro für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

schutz und Biodiversität. Insgesamt 480 Mio. Euro werden in Naturschutz und Landschaftspflege investiert. Für den Bau von Wasserversorgungsanlagen und die Sanierung von Wasserleitungen wird die Rekordsumme von rund 350 Mio. Euro veranschlagt. Darüber hinaus stehen im Doppelhaushalt 2024/2025 allein für den Umweltbereich insgesamt rund 210 Mio. Euro für Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung.

Förderung von Technologie und Forschung

Mit einem Gesamtetat von 3 Mrd. Euro werden im Ressort Wirtschaft Schwerpunkte in den Bereichen Technologieförderung und Forschungseinrichtungen mit insgesamt 1,6 Mrd. Euro gesetzt. Um das Handwerk und den Mittelstand weiter zu stärken, stellt die Fraktion 94 Mio. Euro für die kostenlose Meisterausbildung zur Verfügung. Dies ist deutschlandweit einzigartig.

Besonderer Schwerpunkt beim Etat Landwirtschaft und Tourismus ist die Umsetzung des „Zukunftsvertrags Landwirtschaft“ mit insgesamt 40 Mio. Euro. Um den ländlichen Raum zu stärken und attraktiv zu gestalten, werden im neuen Doppelhaushalt 408 Mio. Euro bereitgestellt. Für das Tourismusland Bayern stehen knapp 100 Mio. Euro zur Verfügung.

Stärkung von Familien

Im Ressort Familie und Soziales mit einem Gesamtetat von knapp 17 Mrd. Euro setzt die CSU-Fraktion den Schwerpunkt auf die Stärkung von Familien. Die Förderungen für Kindertageseinrichtungen betragen knapp 7 Mrd. Euro. Die Mittel schließen die Betriebskostenförderung, den Beitragszuschuss, das Krippengeld sowie Mittel für die Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung mit ein. Für das Bayerische Familiengeld sind über 1,5 Mrd. Euro vorgesehen. Im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder stellt die CSU-Fraktion über 32 Mio. Euro für den Doppelhaushalt zur Verfügung.

Schwerpunkt Innere Sicherheit

Ein Schwerpunkt im Ressort Inneres wird im Bereich Sicherheit mit einem Gesamtetat von 16,7 Mrd. Euro gesetzt. Wesentlicher Bestandteil ist hier der weitere Stellenaufwuchs um 640 Stellen bei der bayerischen Polizei. Zusätzliche Schwerpunkte sind die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz mit über 417 Mio. Euro.

Im Bereich Gesundheit und Pflege mit einem Gesamtetat von über 1,9 Mrd. Euro für den Doppelhaushalt 24/25 liegt das Augenmerk unter anderem auf der Landarztprämie und der Förderung kleiner Krankenhäuser im ländlichen Bereich. Mit 18,1 Mio. Euro können die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessert werden. Die Finanzmittel für das Bayerische Landespflegegeld werden auf hohem Niveau in Höhe von 445 Mio. Euro fortgeschrieben. Da-

ber: „Hochwasserschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Ebenen sind gefordert. Die Länder brauchen die volle Unterstützung des Bundes bei überregional wirkenden Hochwasserschutzmaßnahmen. Große Projekte haben lange Umsetzungszeiträume. Die Länder brauchen bei den Projekten Planungssicherheit.“ **DK**

zu kommen 800 Mio. Euro für den Bereich der Krankenhausbauinvestitionen, die im kommunalen Finanzausgleich veranschlagt sind.

Digitalisierung bei der Justiz

Bei einem Gesamtetat von über 6,4 Mrd. Euro im Doppelhaushalt 24/25 setzt die CSU-Fraktion im Bereich Justiz vor allem auf die Digitalisierung: Im Mittelpunkt stehen die flächendeckende Einführung der elektronischen Akte und die Leistungsfähigkeit der Justiz durch 350 neue Stellen für Richter, Staatsanwälte und weitere Justizbeschäftigte.

Zum Abschluss der Haushaltswoche im Plenum wurden die Etats für Finanzen sowie Digitales beschlossen, zudem wurde das Gesetz zum kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht. 2024 stellt der Freistaat den Kommunen insgesamt 11,4 Mrd. Euro zur Verfügung. Damit wird das Vorjahresergebnis mit einer Steigerung um 1,9 Prozent nochmals übertroffen.

Einen Schwerpunkt setzt die Fraktion beim Etat für Finanzen und Heimat im Breitbandausbau. Mit zusätzlichen 480 Mio. Euro im Doppelhaushalt wird der Aufbau einer flächendeckenden gigabitfähigen Infrastruktur gefördert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt mit 26 Mio. Euro in der Heimatpolitik.

Ausbau der digitalen Verwaltung

Im Bereich Digitales mit einem Gesamtetat von 201 Mio. Euro wird insbesondere der weitere Ausbau der digitalen Verwaltung unterstützt. Die bayerische

Ehrenamtspreis 2024:

Online-Voting

Auch in diesem Jahr vergibt die Versicherungskammer Stiftung im Rahmen der Ehrenamtspreisausschreibung 2024 wieder einen Publikumspreis.

Im Mittelpunkt stehen innovative und impulsstarke Konzepte, die eine breite Wirkung erzielen können, beispielsweise in der Nachwuchsgewinnung, Öffentlichkeitsarbeit oder Weiterentwicklung des bestehenden Engagements.

Noch bis zum 15. Juli 2024 kann man über Lieblinksprojekte abstimmen: <https://versicherungskammer-stiftung.de>

Der Publikumspreis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert – das Preisgeld wird nach folgendem Schlüssel vergeben:

1. Platz: 2.000 Euro
2. Platz: 1.500 Euro
3. Platz: 1.000 Euro
4. Platz: 500 Euro

Computerspielbranche wird mit 8,8 Mrd. Euro gefordert.

Laut CSU-Fraktionsvorsitzendem Klaus Holetschek „setzt Bayern in Zeiten von verantwortungsloser Ausgabenpolitik im Bund klare Prioritäten im Haushalt. Mit diesem Doppelhaushalt gelingt Planungssicherheit ohne Neuverschuldung auf einem finanziell soliden Niveau.“ Auch habe man die Investitionsquote auf Spitzenniveau bei 15 Prozent gehalten. Dies sei im Ländervergleich einmalig. „Was wir in den vergangenen Jahrzehnten für Bayern geleistet haben, darf man zurecht als ‚CSU-geführtes Wirtschaftswunder‘ bezeichnen und wir werden diesen Weg weitergehen“, machte Holetschek deutlich. **DK**

Bayern-Update für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Verwaltung. Zehn Prozent aller Verwaltungsvorschriften sollen gestrichen werden und neue Gesetze automatisch nach fünf Jahren auslaufen, wenn sie sich nicht bewähren.

Mit Blick auf sichere und bezahlbare Energie als zentralen Standortfaktor kritisierte Söder, dass Deutschland das einzige Industrieland der Welt sei, das gleichzeitig aus zwei grundlastfähigen Energieformen aussteigt. Dies sei „industriepolitisch Selbstmord“. Der Freistaat hingegen sei Spitzenreiter beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, hier solle man für weitere Beschleunigung.

Ausbau der Windkraft

Stetig voran gehe der Ausbau bei der Windkraft. „Derzeit gibt es über 500 Initiativen und Planungen für neue Windräder in Bayern“, betonte der Ministerpräsident. Der Bau von Windrädern solle künftig für Kommunen und Bürger noch attraktiver werden, beispielsweise durch vergünstigte lokale Stromtarife oder eine direkte Beteiligung der Bürger an den Windrädern. Zudem wolle man sich in Europa und im Bund für eine Abschaffung des Verbandsklagerechts einsetzen. Ortsfremde NGOs sollen sich nicht mehr in jeder Gemeinde einmischen können.

Beschleunigung beim Leitungsbau.

Eine massive Beschleunigung brauche es beim Leitungsbau. Strom dürfe nicht zum Standortrisiko für Bayern werden, deshalb gilt Söder zufolge künftig beim Ausbau der Netze: „Oberirdisch, wo möglich, unterirdisch, wo nötig.“ Dies beschleunige und verbillige den Bau. Zusätzlich will die Staatsregierung

ab 2035 über 85 Wasserkraftwerke wieder in bayerische Hand nehmen. Der Anschluss Bayerns an das Wasserstoffnetz laufe auf Hochtouren. Der Freistaat werde hier zur Anschubfinanzierung in eine erhebliche finanzielle Vorleistung gehen und sich am Aufbau einer Entwicklungsgesellschaft beteiligen.

Bestehen im internationalen Wettbewerb

Stichwort Fachkräftemangel: „Klar ist: Nur mit Teilzeit, Vier-Tage-Woche und Homeoffice werden wir im internationalen Wettbewerb nicht bestehen können“, unterstrich Bayerns Ministerpräsident. Vonnöten seien deshalb Leistungsanreize und eine gezielte Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland. „Wir brauchen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, aber nicht in unsere sozialen Sicherungssysteme“, betonte Söder. Zur Anwerbung ausländischer Fachkräfte werde man deshalb das „Fast-Lane“-System auf alle Berufe ausweiten und den Flickenteppich bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beseitigen und vereinheitlichen.

Für Mittelstand und Handwerk wird der Freistaat neue Finanzierungsangebote für Innovation und Transformation schaffen. Vorrangig müssten den regionalen und mittelständischen Unternehmen die passenden Finanzierungsangebote gemacht werden, die sie brauchen, um in einer Umbruchsphase im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, so Söder. Die Förderbank LfA werde zur „Bayern-KfW“ ausgebaut. Für Start-Ups solle ein neuer Super-Risikokapitalfonds geschaffen werden. Zudem wolle man Unternehmensübergaben, etwa beim Handwerk, gezielt fördern. **DK**

Gesundheitssystem ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Notfallmedizin von Karl Lauterbach zeigen. Sonst wird sich die Versorgung der Bevölkerung vor allem im ländlichen Raum in den kommenden Jahren immer weiter verschlechtern.“

„Es reicht nicht, wenn der Bund sich fernab der tatsächlichen Realitäten vor Ort Dinge ausdenkt, Zuständigkeiten vermischt, immer kompliziertere Regelungen erfindet und ohne Beteiligung der Praktiker durchsetzt. Bund und Länder müssen auf eine bedarfsgerechte, bürgernahe und bezahlbare medizinische Versorgung im stationären wie ambulanten Bereich hinwirken“, so Karmasin weiter.

Bund muss mehr Geld ins System geben

„Wir brauchen Antworten auf die Finanznöte der Krankenhäuser, auf den sich verschärfenden Personalmangel und auf nicht mehr funktionierende Strukturen. Insbesondere muss der Bund sofort mehr Geld ins System geben, um den finanziellen Kollaps unzähliger Krankenhäuser überhaupt noch zu verhindern“, so Thomas Karmasin.

„Wir fordern zudem vom Freistaat Bayern eine Krankenhausplanung, die diesen Namen auch verdient. Das bedeutet konkret, dass der Freistaat bayernweit auf einer soliden Datengrund-

lage eine zukunftsorientierte Strukturplanung im Hinblick auf Bedarf, Qualität und Erreichbarkeit macht. Das gilt vor allem für den Bereich der notfallmedizinischen Versorgung“, so der Präsident abschließend.

Wachsendes Defizit

Neben Gesundheitsministerin Judith Gerlach, haben u.a. Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, der gastgebende Landrat Bernd Siblinger, Deggendorf, Prof. Dr. Eckhard Nagel, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Integrierte Versorgung, Prof. Dr. Christian K. Lackner, Enneker-Stiftung, Roland Engehäuser, Geschäftsführer Bayerische Krankenhausgesellschaft, Landrat a.D. Thomas Reumann, Reutlingen, Dr. Christian Pfeiffer, Kassenärztliche Vereinigung Bayern, Dr. Tobias Gantner und Dr. Andreas Bachmeier, Engel & Zimmermann, die Zukunftsfragen rund um die Sicherstellung der stationären und ambulanten Versorgung im ländlichen Raum mit den bayerischen Landrätinnen und Landräten diskutiert. Währenddessen ist durch das Nichtstun des Bundes das Defizit der bayerischen Krankenhäuser stündlich weitergewachsen. **DK**

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, MdL, im Interview:

Das Bayerische Behördennetz

Rückgrat für die sichere Kommunikation der Verwaltung von Freistaat und Kommunen

Gewappnet gegen Cyberangriffe und IT-Ausfälle: Mit dem Bayerischen Behördennetz (BYBN) stärkt der Freistaat seine Verwaltung. Landkreise und kreisfreie Städte haben bereits einen Zugang, auch auf Landkreisebene schließen sich viele Kommunen an. Staatsminister Albert Füracker betont im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung mit Nachdruck, dass er jeder Stadt und jeder Gemeinde den Anschluss an das BYBN ans Herz legt.

GZ: Was ist das Bayerische Behördennetz (BYBN), wie kann man sich das vorstellen und wer betreibt das?

Albert Füracker: Wir haben in Bayern bereits ein hohes Digitalisierungsgrad unserer Staatsverwaltung erreicht. Hier ist eine hochverfügbare, leistungsfähige und professionelle Netzinfrastruktur unerlässlich. Beispielsweise müssen eventuell auftretende Störungen schnell beseitigt werden können, andernfalls droht ein Stillstand in den Verwaltungen. Zudem haben Behörden sehr hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit – die Daten von Bürgern und Unternehmen müssen bestmöglich vor Cybergefahren geschützt werden.

Unsere Behörden sind deshalb nicht unmittelbar an das Internet angeschlossen, sondern kommunizieren über ein eigenes und besonders geschütztes Netz – das Bayerische Behördennetz. Insbesondere die sichere Übertragung der Daten spielt hier eine besonders große Rolle. Die ständige Überwachung der IT-Sicherheit im Bayerischen Behördennetz erfolgt durch unsere IT-Spezialisten am Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) mit modernsten Werkzeugen. Über das Bayerische Behördennetz greifen die staatlichen Behörden

auf die im BayernServer betriebenen Dienste, wie Fachverfahren, E-Mail oder Videokonferenzsysteme zu. Zudem werden dort zentrale Informationen für alle staatlichen Behörden bereitgestellt.

GZ: Wer kann beim BYBN mitmachen?

Füracker: Neben allen Behörden des Freistaates Bayern können auch die Kreisverwaltungsbehörden einen Anschluss an das BYBN erhalten. Alle 71 Landkreise und 25 kreisfreien Städte haben derzeit einen unmittelbaren Zugang.

GZ: Wie können Kreisangehörige Gemeinden mitmachen?

Füracker: Kreisangehörige Gemeinden können mittelbar einen Anschluss über ein Kommunales Behördennetz (KombN) erhalten. Hierzu baut der Landkreis ein gemeinsames, geschlossenes Netz mit seinen Kommunen auf. Dabei bieten Landratsämter oftmals ein weites Serviceangebot für die angeschlossenen Kommunen, was die interkommunale Zusammenarbeit stärkt.

Datensicherheit auch für kommunale Gremien

GZ: Ist das Behördennetz denn auch für die Kommunikation der ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und -träger geeignet, z.B. innerhalb des Gemeinde-, Stadt- oder des Kreisrats?

Füracker: Auch wenn Mandatsträger grundsätzlich außerhalb behördlicher Strukturen stehen: Datensicherheit ist natürlich auch für kommunale Gremien von Bedeutung z.B. für das Ratsinformationssystem. Die kommunalen Behördennetze bieten einen sicheren Ort für Daten, den die einzelnen Gemeinden nur mit sehr hohem Aufwand und Kosten selbst anbieten könnten.

IT-Sicherheit durch das LSI

GZ: Welche Vorteile bietet das BYBN den Gemeinden konkret?

Füracker: Die Mitnutzung der Sicherheitsinfrastruktur des Behördennetzes ist definitiv ein wesentlicher Vorteil: Die Kommunen können von der Steuerung der zentralen IT-Sicherheits-Infrastrukturen durch das LSI erheblich profitieren. Zum Beispiel werden über die sogenannte „Malware Information and Sharing Platform“ (MISP) des LSI nahezu in Echtzeit „Fingerabdrücke“ von Angriffen- und Schadsoftwaremustern vom LSI an die dort angeschlossenen Behörden bereitgestellt.

Gerade im Bereich der IT-Sicherheit ist der Faktor Zeit ein maßgeblicher Faktor. Durch den direkten, schnellen und unkomplizierten Austausch von IT-Sicherheitsinformationen über die Plattform kann schnell reagiert und potentiellen Angreifern zuvorgekommen werden.

Das LSI analysiert täglich rund 2 Milliarden Datensätze auf Indizien zu möglichen Angriffen. Im Schnitt werden rund 5.000 verdächtige Aktivitäten pro Jahr ver-

zeichnet, wobei es sich letztlich nur bei einem Bruchteil tatsächlich um kritische IT-Sicherheitsvorfälle handelt. Einem Großteil der Verdachtsfälle kann dabei automatisiert entgegengewirkt werden.

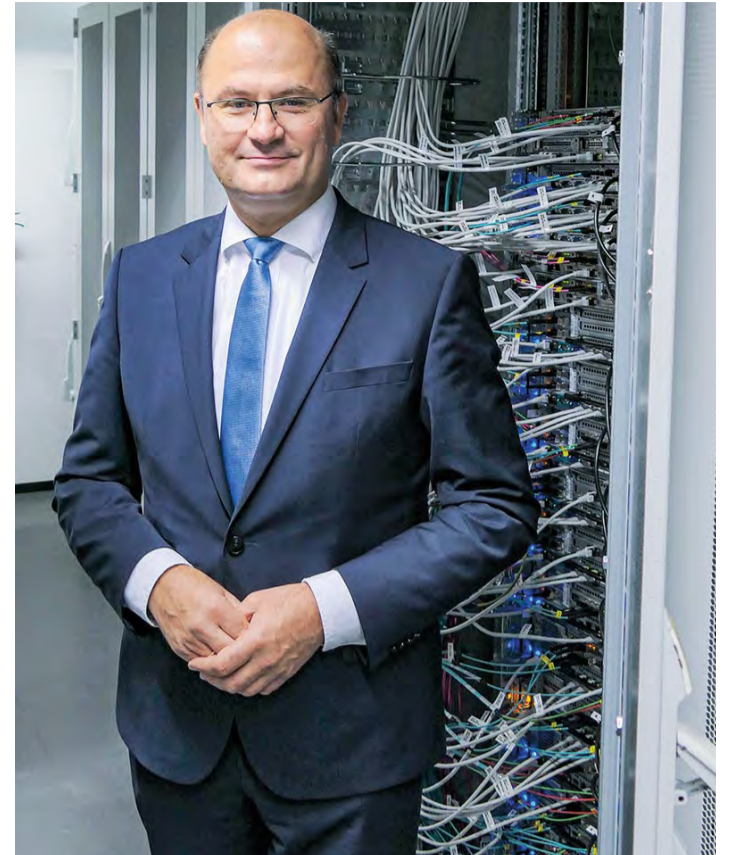
GZ: Wenn BYBN so sicher ist, wurde schon einmal eine Gemeinde im BYBN erfolgreich angegriffen?

Füracker: Grundsätzlich ist kein System 100-prozentig vor einem Cyberangriff sicher. Je höher die aufgestellten Hürden für einen solchen Angriff sind, desto mehr reduziert sich allerdings das Risiko, dass tatsächlich ein Schaden eintritt. Gefährlichen Mails sind grundsätzlich auch Teilnehmer im Bayerischen Behördennetz ausgesetzt. Die zentralen und hochaktuellen Sicherheitsinstanzen im Bayerischen Behördennetz entschärfen allerdings einen Großteil dieses Angriffspotentials und erhöhen die Chance, dass Angriffe rechtzeitig entdeckt und damit verhindert werden können.

Um gegen Risiken eines Cyberangriffes gut vorbereitet zu sein, bietet das LSI für Kommunen zudem ein vielfältiges Beratungsangebot: So gibt es vom LSI beispielsweise den Warn- und Informationsdienst, eine Handreichung zum IT-Notfallmanagement und das Siegel „Kommunale IT-Sicherheit“. Zudem werden regelmäßig regionale Thementage in den Bezirken veranstaltet, um die IT-Sicherheit vor Ort zu stärken.

Fest steht: Bei Kommunen, die an das Kommunale Behördennetz angeschlossen sind, würde es zu weit mehr Sicherheitsvorfällen kommen, würde die Kommunikation nicht über das Behördennetz abgewickelt. Ich kann daher nur an alle Beteiligten appellieren, sich daran anzuschließen.

GZ: Wie sieht die künftige Fort-



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker, MdL.

Bild: StMFH

entwicklung aus, bestehen konkrete Pläne für neue Funktionen?

Füracker: Das Behördennetz wird auch in Zukunft ein wichtiges Fundament der Digitalisierung sein. Wir werden es hierzu kontinuierlich fortentwickeln und an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Aktuell erarbeiten Freistaat und Kommunen im Rahmen der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 gemeinsam Ideen und konkrete Maßnahmen, um die Attraktivität des Behördennetzes noch weiter auszubauen. Dazu gehört beispielsweise, dass

bereitgestellten Diensten und Anwendungen bedarfsgerecht erweitert werden wollen. Aber auch eine gemeinsame Fortentwicklung im Bereich IT-Sicherheit spielt eine wichtige Rolle. Denn klar ist, dass Cyberkriminelle weiterhin nichts unversucht lassen werden und sich fortschrittlicher Technologien bedienen – wir dürfen und werden uns daher auch nicht auf dem sehr hohen Schutzniveau unseres Behördennetzes ausruhen. Es gilt auch künftig, das Menschenmögliche für die IT-Sicherheit der Behörden zu leisten.

GZ: Vielen Dank für das Interview.

T GLASFASER

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt

Unsere Ziele für Bayern

- Starke Partnerschaft** für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern
- Persönliche Beratung** durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort
- Schnelles und stabiles Glasfasernetz** als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger
- Verbindlichkeit beim Ausbau** durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser

Staatsminister Mehring:

„Digitalland Bayern nimmt Fahrt auf!“

Nach Angaben des Bayerischen Digitalministeriums hat die BayernID, das zentrale Nutzerkonto für Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, einen bedeutenden Meilenstein erreicht: Mit mehr als 1 Million aktiver Konten verzeichnet die BayernID einen beständigen jährlichen Zuwachs um ca. 40 Prozent und etabliert sich so im Alltag als unverzichtbarer Zugang für digitale Behördengänge. „Unser Turbo für die digitale Verwaltung bei den Menschen in Bayern zündet“, erklärte Staatsminister Fabian Mehring. „Das Digitalland Bayern nimmt derzeit auf seinem Weg zum modernen Staat ordentlich Fahrt auf.“

Die BayernID ermöglicht den sicheren und einfachen Zugang zu zahlreichen Online-Diensten der staatlichen und kommunalen Verwaltung, darunter die Beantragung von Führungszeugnissen oder Kfz-Zulassungen. Wichtiger Treiber für die Zunahme in der Nutzung ist die Authentifizierung über die Elster-Technologie, die bei digitalen Behördengängen starke Zuwächse verzeichnet. Die Methode ist durch die digitale Steuererklärung in der Bevölkerung weit verbreitet und kann als sicherer und zugleich komfortabler Zugang auch für digitale Verwaltungsservices genutzt werden. Der Freistaat hatte sich auf Bundesebene für Elster als besonders niedrigschwellige Authentifizierungsalternative zum

elektronischen Personalausweis eingesetzt.

KI-Vorteile nutzen

„Durch die Nutzung unserer Angebote entfallen schon heute zahllose unnötige Wege ins Rathaus oder Landratsamt. Wir entlasten so nicht nur unsere Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, sondern sparen auch Papier, Zeit und Steuergeld. Noch effizienter wird unsere digitale Verwaltung, wenn wir im nächsten Schritt auch die Vorteile Künstlicher Intelligenz nutzen. Dazu habe ich erst kürzlich eine Vereinbarung mit dem erfolgreichen europäischen KI-Startup Aleph Alpha geschlossen. Mein mittelfristi-

ges Ziel ist die Etablierung eines innovativen Push-Governments. Die Menschen in Bayern sollen ihre Zeit nicht auf Amtsstuben absitzen müssen. Stattdessen wird der moderne Staat künftig proaktiv und digital auf seine Bürger zugehen, wenn es etwas zu erledigen gibt“, machte Mehring deutlich.

Als eines der ersten Bundesländer hat der Freistaat 2014 mit der BayernID seinen Bürgerinnen und Bürgern ein digitales Nutzerkonto zur Verfügung gestellt und gilt damit bis heute als bundesweiter Vorreiter. Die Technologie fand Nachnutzer in anderen Bundesländern und auch die BundID basiert technisch auf der bayerischen Lösung.

Leuchtturmprojekte

Mit dem Programm „Kommunal? Digital!“ fördert das Bayerische Staatsministerium für Digitales zehn bayerische Kommunen bei der Umsetzung digitaler, nachhaltiger Smart City/ Smart Region-Projekte mit einem Volumen von insgesamt über 4 Millionen Euro. Minister Mehring besuchte nun zwei wegweisende Projekte, bei denen bayerische Kommunen modernste Technologie zum Schutz der Umwelt einsetzen, und zeigte sich beeindruckt von den Projektfortschritten und dem Engagement der Teams vor Ort: „Klimawandel und Digitalisierung sind die beiden Masterthemen unserer Zeit. Technologie und Umweltschutz sind dabei keine Widersprüche. Unsere Projekte in Bamberg und Erlangen zeigen auf eindrucksvolle Weise, wie modernste Technologie dazu beiträgt, Ressourcen zu schonen und unsere Umwelt zu schützen. Zeitgleich sparen

Freistaat Bayern und Deutsche Telekom:

Starke Partner für Bayerns Digitale Zukunft

Füracker: Durch intensive Kooperation gute Rahmenbedingungen für Netzausbau in Bayern beibehalten

„Bayern treibt den Glasfaserausbau weiter voran! Der Freistaat engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv und hat bereits über 2,4 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert. Damit werden mehr als 97.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Der enge Austausch mit Telekommunikationsunternehmen ist essenziell, um beste Rahmenbedingungen für den Netzausbau beizubehalten und so gemeinsam die ohnehin schon hohe Gigabitquote im Freistaat von 69 Prozent zügig zu steigern. Die Deutsche Telekom nimmt als größter Netzbetreiber, vorbildlicher Partner für viele vom Freistaat geförderte Kommunen und eifriger Akteur im eigenwirtschaftlichen Netzausbau eine unverzichtbare Rolle für Bayerns digitale Zukunft ein. Vielen Dank für den vertrauensvollen Austausch und Ihr entschlossenes Engagement!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen einer Videokonferenz mit Srin Gopalan, Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG und Sprecher der Geschäftsführung der Telekom Deutschland GmbH.

Auf dem Weg ins Gigabitzeitalter müssen Füracker zufolge alle Akteure weiter an einem Strang ziehen, damit gerade auch der ländliche Raum schnell flächendeckend versorgt wird. Der Bund werde seiner Zuständigkeit und finanziellen Verantwortung hier immer noch nicht ausreichend gerecht.

Kooperationen und Förderprogramme

„Bayern ist ein wichtiger Bestandteil in unserer Strategie für den Glasfaserausbau in Deutschland. Wir haben in den vergangenen Monaten bereits weit über einer Million Haushalte und Unternehmen einen Zugang zum Glasfaser-Netz der Telekom ermöglicht. Und pro Jahr kommen mehrere hunderttausend Haushalte hinzu. Darüber hinaus spielen Kooperationen und Förderprogramme eine wichtige Rolle

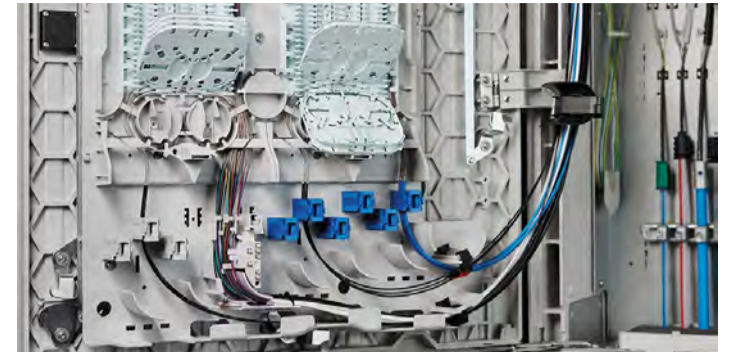
wir damit bares Geld, das die Kommune an anderer Stelle gut einsetzen kann. So geht kommunaler Klimaschutz durch digitale Innovation!“

In Bamberg besuchte Mehring ein innovatives Projekt, bei dem mittels Drohnen und Künstlicher Intelligenz Waldgebiete genau überwacht werden, um frühzeitig auf Umweltveränderungen reagieren zu können. Dabei erfassen die Drohnen bei ihren Aufklärungsflügen mittels Spezi- alsensoren die Vitalität des Waldes. Eine KI-gestützte Software ermittelt daraus den jeweiligen Zustand der Bäume, etwa einen möglichen Befall durch Schädlinge. So können die städtischen Baumpfleger schnell und effizient die optimalen Schutz- und Anpassungsmaßnahmen ergreifen. Das Bayerische Staatsministerium für Digitales fördert das Projekt mit insgesamt rund 450.000 Euro.

Intelligente Sensortechnologie

Beim Projekt in Erlangen trägt intelligente Sensortechnologie zur effizienten Bewässerung von Bäumen bei. So werden Feuchtigkeitsniveaus im Boden kontinuierlich überwacht und ausgewertet. Ein speziell entwickelter KI-Algorithmus ermittelt dann für die städtischen Baumpfleger die jeweils besten Routen. Gegossen wird nur dort, wo es auch nötig ist, und somit wird wertvolles Wasser, Energie und Geld gespart. Unterstützt wird das Projekt mit insgesamt rund 400.000 Euro.

Die Leuchtturmprojekte mit Modellcharakter sollen anderen Kommunen einen Anstoß geben, die digitale Transformation aktiv anzugehen und zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten. Ein besonderer Fokus liegt daher auf der Übertragbarkeit der Lösungen. Die Förderprojekte des Programms „Kommunal? Digital!“ sind im Dezember 2021 gestartet und laufen noch bis spätestens Ende September 2024. DK



Einfacheres Handling der Glasfasern: Faserführung, Biegeradien und Einfädung wurden optimiert, der Scharnierkanal zwischen Kassetten und Organizer vergrößert.

Bild: Langmatz

ANGA COM 2024:

Langmatz präsentiert neues Fasermanagement für Netzverteiler

System für Glasfaser-Verteilgehäuse und Fasermanagement erleichtert Handling

Langmatz, Spezialist für den Ausbau zukunftssicherer FTTH-Glasfaser- und FTTH-5G-Netze, bietet ein durchgängiges Portfolio hochwertiger Infrastrukturkomponenten – vom Central Office bis zum Customer Premise. Als Messeneinheit auf der ANGA COM 2024 präsentierte das Unternehmen aus Garmisch-Partenkirchen ein völlig neues Fasermanagement-System, das die Montage und das Handling von Fasern in Glasfaser-Netzverteilern und -Abschlusspunkten deutlich vereinfacht.

Für das neue „Langmatz Fasermanagement-System 3.0 (LFMS 3.0)“ wurden alle für die Glasfaserkabel-Verteilung relevanten Komponenten, von der Montageplatte bis zu den Spleißkassetten, in enger Kooperation mit Kunden im eigenen Haus entwickelt. So wurden Faserführung, Biegeradien und Einfädung deutlich optimiert. Um eine höhere Faserdichte ein- und ausführen zu können, wurde der Scharnierkanal zwischen den neu entwickelten Kassetten und Organizer vergrößert. Zur Vermeidung eines ungewollten Herausspringens der Fasern schließen sich die Scharnierkanäle beim Arretieren der Kassetten automatisch.

„Unsere Forschungs- und Entwicklungsabteilung hat alle Aspekte des Fasermanagements unter die Lupe genommen und innovative Lösungen entwickelt, die die aufwändige Montage und Ablage der Glasfasern nicht nur vereinfachen, sondern auch schneller und effizienter machen“, erläutert Marketingleiter Dieter Klameier die Vorteile. Sämtliche im Hause entwickelten Komponenten werden aus recyceltem Kunststoff im eigenen Werk in Oberau gefertigt. Damit bietet Langmatz für das neue System eine verlässliche Lieferkette.

Leichtere Organisation und Zugänglichkeit der Fasern

Um die Faserführung, den Schutz, die Organisation und die Zugänglichkeit der Glasfasern zu erleichtern, bietet das neue Fasermanagement-System eine Vielzahl von Optimierungen:

- Montageplatte 3.0: Ein schraubenloses Stecksystem, das eine flexible Positionierung der Zugangs-Kabelabfangung in der Tür sowie einen einfacheren und schnelleren Austausch von Komponenten ermöglicht.
- Mikrokabelsortierung 3.0: Adapterplatten sind nicht mehr notwendig und es kann ein insgesamt größerer Durchmesserbereich der Mikrokabel genutzt werden (grau: 16 x Ø 1,2mm - 2,5mm; blau: 12 x Ø 2,3mm - 4,6mm)
- Kopfstück 3.0: Der Einführbereich für die Fasern wurde auf 2 x 105mm pro Kopfstück verbreitert. Außerdem ist der Abmantelbereich in der neuen Variante markiert.
- Zugangs-Kabelabfangung 3.0: Bei der Zugangsabfangung in der Tür können 7 HK-Kabel ≤ Ø 6,5mm oder alternativ 4 HK-Kabel mit Ø 10,5mm (bzw. 4 Wellschläuche bis Ø 13,5mm) befestigt werden. Sie beinhalten ein Stecksystem, integrierte Zugentlastungsbügel und

hat einen Biegeradius von R45.

- Organizer & Faserbrücke 3.0: Ein Organizer bietet 18 Kassettenrastplätze, bei denen die Gefahr von Faserbrüchen deutlich reduziert wurde, da es kaum Lücken, Spalten, Kanten oder Schlitze gibt, in denen sich Fasern verfangen könnten. Die Einzelfaserbrücke verfügt über ein komfortables Stecksystem ohne Schrauben.

- Kassetten & Organizer: Kassetten und Organizer wurden speziell von Langmatz entwickelt und werden, wie alle anderen Komponenten auch, im eigenen Haus produziert. Die Kassetten verfügen über ein patentiertes Positioniersystem, das in drei Stellungen sicher arretiert werden kann, um eine schnelle und einfache Montage zu gewährleisten. Eine integrierte Halterung ermöglicht die Aufnahme von jeweils einem Splitter (bis zu 1:32) in der 5mm Kasette. Weiterer Vorteil: Kassetten und Organizer bieten durch ihre bläuliche Einfärbung einen hohen Farbkontrast insbesondere zu grau/weißen Fasern, ohne den Kontrast zu blauen/hellblauen Fasern zu verlieren.

- Haube 3.0: Als Sonnen- und Regenschutz sowie zur sicheren Aufbewahrung während der Montage verfügt der Gf-NVt in der Version „Large“ zusätzlich über eine Schutzhaube, die an der Tür aufgehängt werden kann.

Einsatz des Systems in Glasfaser-Gehäusen

Mit dem Fasermanagement-System 3.0 erweitert der Spezialist für Glasfaser-Gehäuse seine Produktpalette um ein integriertes, hochwertiges System, dessen sämtliche Komponenten nicht nur im eigenen Haus entwickelt wurden, sondern auch in den eigenen Werken gefertigt werden. Das Fasermanagement-System wird künftig in den Gehäusen der eigenen Glasfaser-Netzverteiler unter der Produktbezeichnung Gf-NVt 3.0 in fünf verschiedenen Baugrößen sowie in zwei Varianten der Glasfaser-Abschlusspunkte zum Einsatz kommen.

Komplettlösungen für den Glasfaserausbau

Das FTTH-Produktportfolio von Langmatz umfasst Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler, Kabelschächte aus Kunststoff, oberirdische Glasfaser-Netzverteiler, unterirdische Verteileinrichtungen, Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte. Das international tätige Unternehmen zählt zu den führenden Infrastrukturanbietern für Breitbandnetze, Energieverteilung und Verkehrstechnik in Europa. □

Difu und Fraunhofer IAO:

Wie wirken sich Smart-City-Maßnahmen auf Städte aus?

Deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise nutzen zunehmend digitale Lösungen, um ihre Kommunen lebenswerter und nachhaltiger zu gestalten. Doch oft ist unklar, wie sich diese Maßnahmen auf den öffentlichen Raum auswirken. Welche Veränderungen für den städtischen Verkehr bringt eine intelligente Ampelschaltung mit Bevorrechtigung für den ÖPNV? Helfen Parksensoren gegen den Parkdruck im Wohnquartier? Diesen und weiteren Fragen gingen das Deutsche Institut für Urbanistik und das Fraunhofer IAO in einer Studie nach und entwickelten ein Modell zur räumlichen Wirkungsmessung von Smart-City-Maßnahmen.

Um zukunftsgerichtete Entscheidungen treffen zu können, ist es wichtig, die Auswirkungen von Smart-City-Maßnahmen auf ein Quartier, eine Stadt oder eine Region zu kennen. Nur dann können Kommunen einschätzen, ob sich angedachte Maßnahmen mit Blick auf das gewünschte Ziel und das Aufwand-Nutzen-Verhältnis lohnen. Das Forschungsteam von Difu und IAO hat deshalb in Kooperation mit dem BBSR eine Praxishilfe erarbeitet, die zeigt, wie Kommunen räumliche Auswirkungen von Smart-City-Maßnahmen erfassen können. Die Publikation ist als schrittweises Handlungsmodell mit Praxisbeispielen konzipiert.

Wertvolle Praxishilfe

Kommunen können nach dieser Methode die Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf den jeweiligen Raum als Wirkungsumgebung bewerten und geeignete Indikatoren zur Wirkungsmessung im Rahmen einer digital gestützten Stadt- oder Regionalentwicklung festlegen. Das Vorgehen ist praxisorientiert in sechs Schritten beschrieben: Von der Gesamtstrategie und Formulierung der messbaren Ziele über die Umsetzung von Maßnahmen bis hin zu deren Evaluation. Zudem ist es flexibel und kann auch für die Wirkungsmessung fortgeschrittener Maßnahmen eingesetzt werden.

Im Mittelpunkt dieser Publikation stehen Ziele und Wirkungen, denn Maßnahmen – ob digital oder analog – sind kein Selbstzweck. Sie werden umgesetzt, um vorab definierte stadtentwicklungspolitische Ziele zu erreichen. „Für Kommunen ist es wichtig, vorab raumwirksame

Ziele zu definieren sowie geeignete Schlüsselindikatoren festzulegen. Diese sind die Grundlage, um räumliche Wirkungen überhaupt messen zu können“, sagt Wissenschaftler Jan Abt vom Deutschen Institut für Urbanistik. In der Praxishilfe werden die einzelnen Stufen des Modells anhand von drei Beispielen veranschaulicht.

Da die Erfassung, Messung und Bewertung der Wirkungen einer Smart City Daueraufgaben sind, sollten Kommunen kontinuierlich überprüfen, ob sie ihre selbst definierten Ziele für eine lebenswerte und nachhaltige Stadt erreichen. „Kommunen sollten das Verfahren als Steuerungs- und Optimierungsinstrument verstehen und es langfristig und unabhängig von Einzelmaßnahmen umsetzen“, betont Janika Kutz, Teamleiterin am Fraunhofer IAO.

In der Studie gibt das Forschungsteam Empfehlungen, wie Kommunen ihre Ziele erreichen können. Diese betreffen unter anderem finanzielle und personelle Ressourcen, nachhaltiges Wissensmanagement und den Umgang mit Daten.

Hintergrund

Die Fördermaßnahme „Modellprojekte Smart Cities“ (MP-SC) wird seit 2019 vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit insgesamt 73 Modellprojekten umgesetzt. Als zentrale Anlaufstelle für die Modellprojekte in Deutschland gestaltet und steuert die „Koordinierungs- und Transferstelle Smart City“ (KTS) den Transfer von Smart-City-Lösungen in die kommunale Praxis. □

Gigabit-Studie von Dialog Consult und VATM:

Wettbewerber als Treiber des Glasfaser-Ausbaus

35,9 Millionen der insgesamt 45,7 Millionen Haushalte und kleinere Unternehmen werden laut einer Studie von Dialog Consult im Auftrag des Verbands der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten (VATM) deutschlandweit Mitte dieses Jahres einen Gigabit-Anschluss über Glasfaser- oder TV-Kabelnetze beziehen. Die Gigabit-Versorgungsquote werde dann bei 78,6 Prozent liegen und somit 2,2 Prozentpunkte über der des Vorjahres.

80 Prozent der gigabitfähigen Haushalte werden von Wettbewerbsunternehmen erreicht. 90,9 Prozent der Nutzer beziehen ihren Gigabit-Anschluss (Homes Activated) von einem Wettbewerbsunternehmen, nur 9,1 Prozent von der Telekom. Die Versorgung der Bevölkerung wird dabei maßgeblich durch HFC-Netze sichergestellt, wobei auch diese Carrier zunehmend FTTH/H-Anschlüsse bauen oder darauf umrüsten.

Bis zum Ende des ersten Halbjahres 2024 wurden im FTTH/H-Markt insgesamt 5,7 Millionen Glasfaseranschlüsse von den Wettbewerbern betriebsfertig (Homes Connected) gebaut. Ins-

gesamt stieg die Glasfaserversorgungsquote im ersten Halbjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 Punkte auf 17,7 Prozent, wobei hier der Anteil der Wettbewerber 70,4 Prozent beträgt. Auch hier sind es laut VATM die Wettbewerber, die den flächendeckenden Glasfaserausbau vorantreiben. Dies zeige nicht zuletzt ihr Anteil von über 72 Prozent im geförderten ländlichen Ausbau.

Unterschiedliche Strategie der Anbieter

Bei den tatsächlichen Nutzungszahlen werde die unterschiedliche Strategie der Anbie-

ter besonders deutlich, so die Studie. Während Wettbewerber um jeden Kunden kämpften und eine Take-up-Rate von 35 Prozent erreichten, verzeichne die Telekom trotz großer Marketingstärke nur 13 Prozent. „Bei der Telekom geht es ganz vornehmlich um Handtuchwerfen zur Investitionsverdrängung und einer lukrativeren Weiterversorgung mit Kupfer DSL“, stellt Studienleiter Andreas Walter fest. Daher baue sie vornehmlich an den Häusern vorbei und schließe viel weniger Kunden an. Dies habe deutliche Auswirkungen auf den Ausbau von Glasfasernetzen, auf die Digitalisierung und den Wirtschaftsstandort.

Ruf nach höheren Bandbreiten

Ein weiteres Ergebnis der Untersuchung ist, dass eine wachsende Anzahl von Verbrauchern nach höheren Bandbreiten verlangt. Im ersten Halbjahr 2024 ist das über gigabitfähige Anschlüsse erzeugte Datenvolumen pro Anschluss und Monat um gut 7 Prozent gestiegen und liegt bei durchschnittlich 435 Gigabyte. Mehr als die Hälfte der Kunden der Wettbewerber fragt Bandbreiten von 250 Mbit/s und mehr nach. Geschäftskunden sind gegenüber hohen Bandbreiten noch affiner, so dass in diesem Marktsegment über 42 Prozent der Kunden Bandbreiten von mindestens 500 Mbit/s nachfragen.

„Ende des Jahres 2024 werden etwa 80 Prozent der Haushalte und KMU mit einem Gigabit-Netz erreichbar sein. Die Zahl mit Gigabit-Netzen erreichbaren 45,7 Mio. Haushalten und KMU in Deutschland wird unter Berücksichtigung von Doppelzählungen Ende 2024 bei etwa 48 bis 49 Mil-

lionen liegen“, so die Prognose. Die Zahl der FTTH/H-Anschlüsse in Deutschland werde Ende 2024 bei 8,5 bis 9,0 Millionen liegen (Homes Connected). Die Glasfaserversorgungsquote werde bis Ende des Jahres auf 18,5 bis 19 Prozent zunehmen. Ende 2024 werden über 5 Millionen Haushalte FTTH/H-Glasfaseranschlüsse aktiv nutzen. Dies entspricht 57 Prozent der Haushalte und KMU mit FTTH/H-Anschlüssen (Homes Connected). Das über Gigabit-Anschlüsse übertragene Datenvolumen werde in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 auf über 460 Gigabyte pro Anschluss ansteigen.

Kontinuierliche Verbesserung und Erfolgskontrolle

Die Erfolgskontrolle des Relaunchs erfolgt durch regelmäßige Auswertung der Website-Besucherzahlen, Verweildauer und Klickraten. „Wir nutzen den datenschutzkonformen Dienst Matomo, um die Nutzung der Website zu analysieren. Das Feedback ist bisher durchweg positiv, und wir arbeiten kontinuierlich daran, die Seite weiter zu optimieren“, sagt Polster.

Zukunftspläne

Für die Zukunft ist die Umsetzung der Seite als Progressive Web App geplant, um die wichtigsten Inhalte noch schneller und einfacher zugänglich zu machen. Zudem wird ein Online-Bürgerbüro angestrebt, das virtuelle Termine mit Sachbearbeitern ermöglicht. „Die Umsetzung der neuen Homepage war ein voller Erfolg, aber wir sehen dies als einen kontinuierlichen Prozess, der ständige Aufmerksamkeit und Wartung erfordert“, so Grillmeier abschließend. □



Die neue Stele im Innenhof zeigt Ausschnitte der neuen Seite und bietet interaktive Funktionen. V.l.: Pressesprecher Walter Brucker, Fabian Polster (Projektverantwortlicher), Landrat Roland Grillmeier und Wolfgang Fenzi (Leiter Hauptverwaltung). Bild: LRA Tirschenreuth

Tirschenreuth:

Relaunch der Landkreis-Homepage

Der Landkreis Tirschenreuth hat seine Website www.kreis-tir.de umfassend überarbeitet und präsentiert sich nun mit einer modernen und benutzerfreundlichen Online-Präsenz. Das Ziel des Relaunchs war es, eine zeitgemäße und effektive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten.

Moderner Auftritt und verbesserte Funktionalität

„Die alte Homepage aus dem Jahr 2014 war technisch veraltet und unübersichtlich. Der Relaunch war längst überfällig, um den aktuellen Anforderungen gerecht zu werden und den Bürgerinnen und Bürgern den bestmöglichen Service zu bieten“, erklärt Landrat Roland Grillmeier. „Die neue Website ist nun nicht nur optisch ansprechend, sondern auch technisch auf dem neuesten Stand.“ Besonderes Augenmerk habe man dabei auf die responsive Darstellung auf allen möglichen Endgeräten sowie auf eine benutzerfreundliche Navigation gelegt.

Technische Verbesserungen und neue Inhalte

Der Relaunch der Website verfolgte dabei mehrere Ziele. Neben einer verbesserten Auffindbarkeit bei Suchmaschinen wie Google, lag der Fokus auf einer übersichtlichen Startseite, die die wichtigsten Informationen schnell zugänglich macht. „Es war uns wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger nun alle relevanten Informationen und Ansprechpartner schnell finden können. Besonders stolz sind wir auf die fast 100 Online-Anträ-

ge, die nun verfügbar sind“, betont Fabian Polster, Projektverantwortlicher für den Relaunch. Auch die Ansprechpartner-Suche nach Schlagwörtern in Verbindung mit einer Info-Stele im Innenhof des Landratsamtes ist ein wichtiger Baustein.

Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit im Fokus

Die neue Website zeichnet sich durch eine klare und intuitive Navigation aus, die es den Nutzern ermöglicht, schnell zu den gesuchten Informationen zu gelangen. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei natürlich auch auf die Barrierefreiheit und den Datenschutz gelegt. „Wir haben Funktionen wie vergrößerbare Schrift und veränderbaren Kontrast eingebaut und auf einfache Sprache geachtet. Eine Zertifizierung in Leichter Sprache haben wir aus Zeit- und Kostengründen nicht umgesetzt, aber die wesentlichen Anforderungen sind erfüllt“, so Polster.

Um die Interaktion mit den Nutzern zu fördern, verfügt die Website über verschiedene interaktive Funktionen, wie die bereits erwähnten 100 Online-Formulare, einen Veranstaltungskalender, verschiedene Kontaktformulare wie die „Post an den Land-

rat“ und die Integration von Social-Media-Verlinkungen. Inzwischen ist auch ein neues Bewerberportal, eine Familien-App sowie ein Chatbot hinzugekommen. Dieses Angebot der „Viind GmbH“ aus Würzburg, das sowohl vorgegebene Antwortmöglichkeiten als auch KI-generierte Antworten bietet, möchte der Landrat besonders hervorheben: „Der Chatbot hilft uns, die häufigsten Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zu analysieren und unser Angebot kontinuierlich zu verbessern.“ Außerdem soll mittelfristig auch die Verwaltung damit entlastet werden.

Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft:

BayKIT-Gründungsphase erfolgreich abgeschlossen

Mit der Eintragung in das bayerische Genossenschaftsregister ist die Gründungsphase der Bayerischen Kommunalen IT-Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT) erfolgreich abgeschlossen. Auch die Geschäftsstelle hat ihren Betrieb aufgenommen.

„Wir freuen uns, dass es jetzt auch in Bayern eine IT-Einkaufsgenossenschaft für den kommunalen Bereich gibt, die es uns ermöglicht, in Zukunft leistungsfähige Verwaltungs-IT ohne viel Aufwand zu attraktiven Konditionen zu beschaffen“, sagt Alex Eder, Landrat des Landkreises Unterallgäu und Vorsitzender des Aufsichtsrats der BayKIT.

Breiter Zuspruch

„Bei kommunalen Trägern stößt die Gründung der BayKIT auf breiten Zuspruch. Seit dem Start konnten wir bereits zahlreiche neue Mitglieder begrüßen. Dies zeigt deutlich die Notwendigkeit einer solchen Organisation, die die Bedarfe der Mitglieder im Verwaltungs- und Schulbereich erfüllen kann“, betont Rudolf Schleyer, erster Vorstand der BayKIT.

Andreas Feller, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Schwandorf und gleichzeitig zweiter Vorsitzender der BayKIT: „Es ist mir eine Ehre, 2. Vorsitzender der BayKIT zu sein. Mit diesem IT-Beschaffer-Netzwerk treten Kommunen gemeinsam auf, sparen sich nicht nur viel Zeit und Geld, sondern schaffen einen Mehrwert durch Bildung eines großen Netzwerkes. Das ist mir ein besonderes Anliegen. Daher war ich be-

reits bei der Gründerversammlung im Januar in München mit dabei.

Nur zusammen in einem größeren Verbund können die Kommunen die neuen Herausforderungen meistern – vor allem im Bereich der Digitalisierung“. Parallel dazu hat die BayKIT-Geschäftsstelle ihren Betrieb aufgenommen. Über die Adresse geschaeftsstelle@baykit.de können dort jederzeit Beitrittsanträge und die Satzung der Genossenschaft angefordert werden. Weitere Informationen und Details zur Aufnahme gibt es auch unter www.baykit.de.

Über die BayKIT

Die Bayerische Kommunale IT-Einkaufsgenossenschaft eG (BayKIT) wurde im Januar 2024 gegründet und ist eine von ihren Mitgliedern getragene Organisation. Genossenschaftsmitglieder können sich zukünftig individuelle und in eigener Verantwortung durchzuführende, komplexe und somit teure Vergabeverfahren ersparen und diese Aufgabe in Gänze an die BayKIT abgeben. Die Geschäftsstelle der BayKIT hat ihren Sitz in München. Von hier aus werden die gemeinsamen Aktivitäten koordiniert und in enger Abstimmung mit den Mitgliedern durchgeführt. □



GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

LEONET, Ihr starker Partner aus Bayern, bringt über 14 Jahre Erfahrung im Glasfaserausbau im Freistaat mit. Wir bieten gigabitfähiges Internet als Schlüsselement für eine zukunftssichere Infrastruktur. Unser ganzheitlicher Ansatz betrachtet Kommunen flächendeckend und kombiniert dabei privatwirtschaftlichen und geförderten Ausbau.

Als Mitglied des „Pakts Digitale Infrastruktur“ der Bayerischen Staatsregierung sind wir mit umfassenden Finanzmitteln für den Glasfaserausbau ausgestattet. Aktuell expandieren wir über unsere Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – und investieren in immer mehr Kommunen Bayerns. Die Zukunft? Vielleicht schon bald bei Ihnen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.



LEONET



Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN
DER INFRAFIBRE

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE



Nelson Killius, Sprecher der M-net Geschäftsführung (li.), und Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung, bei der Eröffnung des neuen Glasfaser-Infocenters in München-Moosach. Foto: SWM

Eröffnung des Glasfaser-Infocenters

SWM und M-net bringen die Lichtgeschwindigkeit in Münchens Wohnzimmer, Homeoffices und Unternehmen

Gemeinsam mit M-net haben die SWM weite Teile der Stadt München mit einem hochmodernen Glasfasernetz erschlossen. Gut 650.000 Haushalte und Unternehmen können schon heute per Highspeed ins Internet, das entspricht einer Abdeckung von rund 70 Prozent. Nun haben die SWM und M-net den Turbo angeworfen: Mit Fiber-To-The-Home (FTTH) kommt noch mehr Bandbreite in den Münchner Haushalten und Unternehmen an. Die Verlängerung der Glasfaser vom Gebäudekeller bis in die einzelnen Wohnungen und Büros ermöglicht noch effektiveres Arbeiten, superschnelles Surfen sowie Streaming und Gaming in höchster Qualität. Allein in den vergangenen Monaten haben die SWM und M-net rund 8.000 Haushalte mit FTTH ausgestattet. Dieser Ausbau soll weiter beschleunigt werden. Beitragen wird dazu auch das neu eröffnete Glasfaser-Infocenter in der Hanauer Straße 20 in München-Moosach.

Im Glasfaser-Infocenter stehen die Experten von SWM und M-net Immobilienbesitzern und Hausverwaltungen Rede und Antwort zu allen Fragen, die die Modernisierung der Gebäude-Infrastruktur betreffen. An einer Schautafel können technische Details anschaulich erläutert werden, etwa wie einfach die technische Umrüstung von den herkömmlichen Kupfer-Anschlüssen im Haus zu zeitgemäßen Glasfaserleitungen vorstattengeht.

Baustein zur Smart City

Mit dem FTTH-Ausbau schließen SWM und M-net die Glasfaserlücke vom Keller bis in die Wohnung. Zusätzlich installieren die SWM beim Ausbau im Gebäude sogenannte Service-Anschlussdosen für den Anschluss von Smart-Gateways zur Digitalisierung der Stromnetze, für PV-Anlagen oder weitere technische Einrichtungen, die einen Kommunikationsanschluss benötigen. Somit können die Anschlussdosen nicht nur für High-Speed-Internet genutzt werden, sondern auch für E-Ladelösungen, Smart-Grid, Smart-Meter, PV-Anlagen und vieles mehr. Damit schaffen SWM und M-net die Voraussetzung für die Digitalisierung und Smart-City-Anwendungen im Gebäude.

Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung: „Mit FTTH sind Wohn- und Gewerbeimmobilien technisch zukunftssicher ausgestattet. Somit wird man auch den steigenden Anforderungen und Ansprüchen an die digitale Infrastruktur gerecht. Privatpersonen wie auch Unternehmen erhalten mit FTTH eine leistungsstarke und verlässliche Daten-Anbindung, auch für Funktionen und Services, die derzeit noch entwickelt werden. Deshalb sollten Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer jetzt handeln und das Kupfer in ihrem Gebäude durch Glasfaser ersetzen. Die SWM und M-net sind auch hierbei ihre erfahrenen und verlässlichen Partner.“

Bislang führen die Glasfaser-Leitungen bei erschlossenen Gebäuden überwiegend nur bis in die Keller, die Datenübertra-

so Nelson Killius, Sprecher der Geschäftsführung von M-net. „Diese Zukunft heißt Glasfaser bis in die Wohnung, denn eine durchgängige Glasfaserverbindung ermöglicht höchste Bandbreiten und ist die Basis für hochwertigste Telekommunikationsdienste. Zudem ist sie auch klimafreundlich: Im Gegensatz zu kupferbasierten Technologien sinken der Stromverbrauch und in der Folge der CO₂-Ausstoß deutlich.“

Schrittmacher für das digitale Heute und Morgen

In den jüngsten Glasfaser-Ausbaugebieten haben M-net und SWM die Gebäude nach Möglichkeit bereits mit FTTH erschlossen. In den bestehenden FTTB-Gebieten (Fiber-To-The-Building) werden Wohn- und Geschäftseinheiten in Absprache mit den Eigentümern sukzessive auf FTTH aufgerüstet. Über M-net steht das Glasfasernetz in München im Rahmen von „Open Access Vereinbarungen“ auch weiteren Telekommunikationsanbietern zu fairen Konditionen für die Versorgung ihrer Kunden zur Verfügung. Der Glasfaserausbau ist neben dem Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und der Elektromobilität ein weiterer Beitrag der SWM für eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt.

Im Rahmen des gemeinsamen Ausbauprojekts für München übernehmen die SWM das Verlegen der passiven Glasfaserinfrastruktur, M-net installiert die aktive Netztechnik und betreibt das Netz mit Telekommunikations- und Mediendiensten. Private Nutzerinnen und Nutzer profitieren so von schnellen und stabilen Internet-, Telefon- und HD-TV-Anschlüssen mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde. Unternehmen erhalten mit der Glasfaser Standortbindungen und hoch performante Vernetzungslösungen mit deutlich höheren Bandbreiten bis hin zu 100 Gigabit pro Sekunde im Up- und Downstream.

Infos zur Glasfaser gibt es auf www.swm.de/glasfaser

BayernFunk ergänzt digitale Bürgerkommunikation

Die App ist für sämtliche bayerischen Landkreise und Gemeinden kostenfrei verfügbar und bietet neue Funktionen

München. Die BayernFunk-App ist eine sichere und vertrauenswürdige Kommunikationsplattform für Kommunen. Sie übermittelt offizielle Informationen an Bürgerinnen und Bürger digital und in Echtzeit.

Bisher wird sie in über 200 bayerischen Gemeinden genutzt. Seit April ist sie für alle bayerischen Landkreise und Gemeinden kostenlos freigeschaltet. Somit können sie den BayernFunk ab sofort exklusiv für ihre digitale Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzen.

In der Rubrik „News“ bietet die BayernFunk-App neben Nachrichten von Gemeindeverwaltung und Bayerischem Innenministerium auch Informationen der örtlichen Vereine, Ehrenamtsorganisationen und Veranstaltungshinweise. Die Bürgerinnen und Bürger können sich selbst aktiv einbringen: Hilfeleistungen suchen oder anbieten, oder sich über die Funktion „Ratsch“ miteinander austauschen.

Seit kurzem liefert die BayernFunk-App offizielle regionale Einsatzmeldungen, Fahndungen und Informationen öffentlicher Institutionen wie Bayerisches Rotes Kreuz und Polizei über den Bereich „Blaulichtkanal“. Zudem unterstützt sie Prävention, Schutz und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Integration des Warnsystems „Katwarn“ – ganz einfach

und kostenfrei per Push-Benachrichtigung. Eine integrierte KI-Löschfunktion bietet Schutz vor unangebrachten Beiträgen auf der Plattform.

Max Heimerl, Landrat des Landkreises Mühldorf am Inn und Vorreiter der digitalen Bürgerkommunikation: „Mit der BayernFunk-App haben die Landkreisebürgerinnen und -bürger alle wichtigen Informationen und Veranstaltungen aus ihrer Kommune immer mit dabei. Darüber hinaus bietet die Kommunikationsplattform ideale Möglichkeiten, sich miteinander zu vernetzen. Das fördert das Miteinander und stärkt die örtliche Gemeinschaft.“

Der Zugang zu einer smarten Bürgerkommunikation in Bayern muss so selbstverständlich sein wie der zu Wasser und Strom. Deshalb kooperieren das Bayerische Rote Kreuz, Fraunhofer IESE, der Landesfeuerwehrverband Bayern und die Versicherungskammer in der Bereitstellung der Kommunikationsplattform BayernFunk.

Informationen: <https://www.bayernfunk.digital/>
Video BayernFunk: <https://www.youtube.com/watch?v=4AjyRoWGP>

CSU-Landtagsfraktion verabschiedet Resolution:

Datenschutz mit Augenmaß

Datenschutz soll den Menschen nutzen – nur mit Augenmaß lassen sich hier Potenziale für Bürger, Wirtschaft und Ehrenamt entfesseln. In ihrer Fraktionssitzung hat die CSU-Fraktion dazu eine entsprechende Resolution verabschiedet.

Darin heißt es: „Wir stehen zum Schutz der persönlichen Daten: Wir stehen zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Datenschutz darf aber nicht zum Bürokratie-Monster werden.“ Wenn Gesundheitsdaten für die wissenschaftliche Forschung nicht breit verfügbar seien und eine effektive Kommunikation zwischen Krankenhaus und Hausarztpraxis erschwert werde, „ist das nicht unser Verständnis von sinnvollem Datenschutz. Wenn sich Straftäter im Internet in der Anonymität verstecken können und Ermittlungsbehörden zum Schutz von Kindern und im Kampf gegen Kinderpornographie nicht auf relevante Daten, etwa IP-Adressen, zur Täterermittlung zugreifen können, wird Datenschutz zum Täterschutz. Hier muss die Bundesregierung endlich einlenken.“

„Wir wollen einen Datenschutz, der schützt, wo es nötig ist, etwa mit Blick auf die großen Plattformen wie Facebook oder TikTok. Der Datenschutz darf aber nichts unnötig komplizieren“, heißt es weiter. Die CSU-Frak-

tion vertraut auf die Freiheit und Eigenverantwortung von Menschen und Unternehmen. Bürokratiebelastungen durch unnötige datenschutzrechtliche Vorgaben lehnt sie ab, „zum Beispiel, wenn Ausnahmeregelungen für kleine und mittlere Unternehmen im Bereich der Verarbeitungsverzeichnissen weitestgehend ins Leere gehen. Wir wollen, dass Daten leichter zugänglich gemacht und übermittelt werden können, wenn es den Menschen dient, etwa beim Versand von ärztlichen Befunden oder Bankunterlagen per E-Mail.“

Im Fokus steht zudem „ein Datenschutz mit Augenmaß statt deutsches ‚Goldplating‘: Die Datenschutzgrundverordnung sei dringend zu überarbeiten, um sie anwenderfreundlicher zu machen und Menschen und Unternehmen zu entlasten. Über das europäische Recht hinausgehende, zusätzliche Datenschutzregelungen in Deutschland sollen laut CSU-Fraktion wieder auf die Eins-zu-eins-Umsetzung zurückgeführt werden, etwa die verschärfte Pflicht zur Bestellung betrieblicher Datenschutzbeauftragter. „Bestrebungen, die Kompetenzen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz auf die Datenverarbeitung auf Landesebene auszuweiten, sehen wir als Angriff auf die föderale Grundordnung und erteilen ihr eine klare Absage.“ **DK**

Staatsminister Füracker besucht Landratsamt Fürstfeldbruck:

260 Verwaltungsleistungen online

„Digitalisierung ist längst ein fester Begriff geworden, der uns täglich begegnet und ja, auch in der öffentlichen Verwaltung ist das gewiss kein Fremdwort mehr“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin anlässlich des Besuchs von Finanzminister Albert Füracker im Landratsamt Fürstfeldbruck. Der Minister machte sich vor Ort ein Bild über den Stand der Digitalisierung der Verwaltung.

„Im Landratsamt Fürstfeldbruck wird mit großem Engagement und Nachdruck am Fortschritt der Digitalisierung gear-

beitet. So freut es mich besonders, dass wir im Rahmen der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes unseren Bürgerinnen

und Bürgern sowie den Unternehmen mit heutigem Stand bereits über 260 Verwaltungsleistungen online anbieten können, womit wir im bayernweiten Vergleich derzeit den zweiten Platz der Landratsämter belegen“, ergänzt der Landrat. „Von den rund 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landratsamt arbeiten bereits rund 800 mit der elektronischen Akte. Bereits seit 01. Oktober 2022 kann der Bauantrag digital bei uns eingereicht werden und der aktuelle Bearbeitungssachstand kann über ein Portal eingesehen werden. Zusammenfassend kann ich für mein Haus mit Freude sagen, dass wir unseren Auftrag, die Digitalisierung unserer Verwaltungsarbeit voranzutreiben, sehr frühzeitig erkannt haben und auf einem äußerst guten Weg sind“, betont Karmasin.

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

„Bei der Digitalisierung hervorragend aufgestellt – Bayerns Verwaltung ist bundesweit bereits an der Spitze! Im Finanzressort haben wir hierfür unter anderem mit dem IT-Dienstleistungszentrum und unserem Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik von Anfang an konsequente Aufbauarbeit geleistet. Beste Ausgangsbedingungen also für die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0: Hand in Hand mit der kommunalen Familie schaffen wir jetzt einheitliche Strukturen und Standards und fördern den Einsatz neuer Technologien. Gemeinsam und unmittelbar setzen wir uns ein, damit Bayerns Verwaltung noch schneller, bürgerfreundlicher und mit weniger Bürokratie funktioniert“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen des Austauschs.

Füracker weiter: „Eine umfassende Bestandsaufnahme und der direkte Austausch bilden die Basis für pragmatische, bedarfsgerechte und nachhaltige Lösungen. Mit der digitalen Zulassung von Kraftfahrzeugen und der digitalen Einreichung von Bauanträgen präsentiert sich das Landratsamt Fürstfeldbruck heute schon als wahrer Vorreiter in Sachen Digitalisierung. Ein herzliches Vergelt's Gott an alle Beschäftigten für Ihr Engagement!“ **□**



Landrat Thomas Karmasin (l.) und der Bayerische Staatsminister für Heimat und Finanzen, Albert Füracker, präsentieren im Rahmen der Initiative #Digitales Bayern 5.0 die digitale Kfz-Zulassung (i-Kfz) im Landratsamt Fürstfeldbruck. Bild: LRA Fürstfeldbruck

Neues bürgerfreundliches Webangebot

Der Landkreis Amberg-Weizbach wird noch bürgerfreundlicher und verbessert weiter sein digitales Angebot. Auf der Startseite der Landkreis-Homepage sind unter der Rubrik „Unsere Heimat“ ab sofort wichtige Informationen rund um den Landkreis und das Landratsamt Amberg-Weizbach auf einen Blick zusammengefasst.

Auch wenn die Optik der einer App ähnelt, ist es keine App im klassischen Sinn. Der Vorteil, so Landrat Richard Reisinger: Der Endnutzer muss nichts herunterladen. Die mobil-optimierten Seiten können im Browser abgerufen werden und sind dadurch unabhängig vom Betriebssystem des Smartphones.

Über den Link mobil.amberg-sulzbach.de gelangen die User direkt zum Angebot. „Wir sehen uns als modernen Dienstleister für unsere Landkreisebewohner. Mit dem neuen Online-Angebot ermöglichen wir es unseren Kunden, noch benutzerfreundlicher an Informationen rund um den Landkreis und das Landratsamt zu kommen“, fasst Landrat Reisinger zusammen.

Dafür verantwortlich zeichnet Matthias Birner, Ansprechpartner für den Bereich E-Government. Er weist auf das responsive Design hin. Heißt, egal mit welchem Endgerät die Informationen abgerufen werden, das

Webdesign gleicht sich an. Die Inhalte passen sich dem jeweiligen Endgerät perfekt an. Das Angebot ist so für einen größtmöglichen Nutzerkreis benutzerfreundlich.

Zudem hat das Landratsamt Amberg-Sulzbach als zertifiziertes Digitales Amt unter der Adresse service.amberg-sulzbach.de auch sämtliche digitale Angebote aufgelistet. Hier finden Bürgerinnen und Bürger sämtliche Online-Verfahren, Online-Formulare, Informationen und weitere Serviceleistungen der Behörde. Auch das Geoportale für den Landkreis Amberg ist hier verlinkt. Mithilfe der BayernID können die Bürger ohne Unterschrift immer mehr Online-Verfahren im Freistaat Bayern nutzen. Auch die sichere Kommunikation mit der Behörde ist hier gewährleistet, so Birner.

Es war die JU-Fraktion im Kreistag, die den Antrag für eine Heimat- oder BürgerApp gestellt hatte. **□**

Von wegen Amtsschimmel

Landratsamt Amberg-Sulzbach ist mit Bring- und Abholservice-Station in der Zulassungsstelle modern und kundenorientiert

Die Paketstationen der Deutschen Post oder anderer Lieferservices kennen viele. Pakete können dort rund um die Uhr abgeholt werden. Diesen Service bietet das Landratsamt Amberg-Sulzbach nun auch in der Zulassungsstelle an, wie die Behörde informiert. An der Bring- und Abholservice-Station (BAS-Station) in der Beethovenstraße können Landkreisbewohner ab sofort ihre Unterlagen zu jeder Tages- und Nachtzeit bringen und abholen.

„Äußerst komfortabel und ohne Wartezeit, so lässt sich das Prinzip der BAS-Station schnell und einfach zusammenfassen. Amtliche Dokumente können hier in Boxen hinterlegt werden, das Ganze elektronisch gesichert. Öffnungszeiten kennt die BAS-Station nicht. Sie steht den Landkreisbewohnern 24/7 zur Verfügung. „Die Bring- und Abholservice-Station ist ein weiterer Schritt hin zur modernen Verwaltung, mit der wir uns den flexiblen Bedürfnissen unserer Kunden anpassen“, freute sich Landrat Richard Reisinger bei der Inbetriebnahme.

singer bei der Inbetriebnahme.

Kein Termin mehr notwendig

Wie funktioniert der Service genau? Wer sein Fahrzeug zulassen möchte, hat ab sofort zwei Möglichkeiten. Entweder die Unterlagen wie gewohnt im Rahmen der regulären Öffnungszeiten in der Zulassungsstelle abholen oder zeitlich völlig flexibel an der BAS-Station. Für letzteres ist nur noch ein Telefonat mit der Zulassungsstelle nötig, um zu besprechen, welche Unterlagen tatsächlich be-

nötigt werden. „Damit wollen wir im Vorfeld verhindern, dass Unterlagen für die Bearbeitung fehlen“, so Verena Hittel, die Leiterin der Verkehrsbehörde.

Zahlencode sorgt für Sicherheit

Per Mail erhalten die Landkreisbewohner dann einen Zahlencode. Diesen müssen sie an der Box eingeben, sodass sich das Schließfach öffnet. Nachdem die Unterlagen für die Zulassung darin abgelegt wurden, kann das Fach geschlossen werden. Mitarbeiter der Zulassungsstelle kümmern sich dann um die zügige Bearbeitung des Vorgangs. Sobald dieser abgeschlossen ist, erhalten die Kunden eine weitere Mail mit der Information, dass die Unterlagen in der BAS-Station zur Abholung bereitliegen. Die Mail enthält zudem einen weiteren Zahlencode, mit dem sich die Box nach dem Zahlvorgang vom Kunden öffnen lässt. Der Code stellt sicher, dass nur berechtigte Personen Zugriff auf die Dokumente haben. Bezahlt werden kann laut Landratsamt mittels EC-Karte.

Die BAS-Station befindet sich beim Parkplatz in der Beethovenstraße, zwischen dem Gebäude der Verkehrsbehörde und dem Medienzentrums.

Im Idealfall hinterlegt ein Berufspendler am Morgen auf dem Weg in die Arbeit seine Unterlagen in der Box und holt die bearbeiteten, fertigen Dokumente am Nachmittag nach der Arbeit wieder dort ab. □



Landrat Richard Reisinger und Verena Hittel, Leiterin der Verkehrsbehörde, testen die neue Bring- und Abholservice-Station der Zulassungsstelle.

Bild: Christine Hollederer

MUCGPT:

KI-Sprachassistent für städtische Beschäftigte gelauncht

Die Beschäftigten der Stadt München können sich über einen neuen Kollegen freuen: MUCGPT, ein fortschrittlicher und innovativer Sprach-KI-Assistent, steht künftig allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung zur Verfügung. Von Dezember bis Februar hatten rund 300 Mitarbeiter der Stadt München die Pilotversion getestet. Dabei wurden 12.000 Nachrichten generiert und von den Testern schließlich 59 Verbesserungsvorschläge eingereicht. Beim Launch-Event im IT-Referat konnten sich Mitarbeiter aus den städtischen Referaten nun selbst ein Bild machen und MUCGPT nach der Präsentation durch die Kollegen aus dem InnovationLab selbst ausprobieren.

Die Begrüßung hatte sich IT-Referentin Dr. Laura Dornheim direkt von MUCGPT erstellen lassen und gab damit gleich ein erstes Beispiel, wie das Sprachmodell eingesetzt werden kann. Auch Bürgermeister Dominik Krause zeigte sich begeistert von der Entwicklung: „Ich bin froh, dass die riesigen Chancen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz für eine bessere, effektivere und schnellere Verwaltung erkannt und direkt umgesetzt werden. Diese Weiterentwicklung ist kein Selbstzweck, sondern wird für die Bürgerinnen und Bürger ein großer Gewinn sein.“

Das IT-Referat leistet hier durch die Integration von KI in Verwaltungsprozesse Pionierarbeit. Wir sind deutschlandweit mit die ersten, die so etwas machen.“ Das Sprachmodell basiert wie ChatGPT auf künstlicher Intelligenz und ist in der Lage, schriftliche Unterhaltungen in Form von Chats zu führen. Hierbei berechnet die KI Wortwahrscheinlichkeiten mit Hilfe eines neuronalen Netzes, um Antworten zu generieren, die natürlich und plausibel klingen. Da die Antworten nicht reproduzierbar sind, bekommt man auf die gleiche Anfrage zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Ergebnisse. Denkbare Einsatzszenarien sind beispielsweise Brainstormings, Zusammenfassung großer Texte, Übersetzungen, die Unterstützung bei kreativen Aufgaben und vieles mehr. Der Unterschied

zu ChatGPT liegt vor allem im Ort der Datenverarbeitung. Dieser liegt anders als bei ChatGPT nicht in den USA, sondern verschlüsselt auf einem europäischen Server.

Bittet man MUCGPT beispielsweise sich vorzustellen, erhält man die folgende Antwort: „Ich bin MUCGPT, ein fortschrittlicher Sprach-KI-Assistent, der speziell für die Stadt München entwickelt wurde. Ich bin in der Lage, natürliche Sprache zu verstehen und zu verarbeiten und kann Ihnen bei der Bewältigung Ihrer täglichen Aufgaben und der Organisation Ihres Arbeitsalltags helfen. Mit meiner fortschrittlichen Technologie und meiner Benutzerfreundlichkeit bin ich sicher, dass ich eine wertvolle Ergänzung für das Team der Stadt München sein werde. Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und Ihnen bei allem zu helfen, was Sie brauchen.“

IT-Referentin Dr. Laura Dornheim: „Künstliche Intelligenz hat eine prominente Zukunft innerhalb der Münchner Stadtverwaltung. Ich sehe die Entwicklung von MUCGPT als Mehrwert für alle Mitarbeitenden und bin stolz, dieses Produkt aus unserem Haus jetzt allen städtischen Kollegen an die Hand geben zu dürfen. In meiner Funktion muss ich diverse Grußworte halten, nicht nur beim Brainstorming dafür habe ich in der Testphase bereits auf MUCGPT zurückgegriffen und erfolgreich genutzt.“ □



ABC Arbeitsplatz Kommune: Mit digitalen Belegen zu effizienten Abläufen

Digitale Prozesse sind der Schlüssel zu mehr Effizienz in der Verwaltung. Als Voraussetzung dafür müssen bereits die zugrunde liegenden Informationen elektronisch vorliegen. Daher ist die konsequente Digitalisierung von Papierbelegen der erste Schritt auf dem Weg der digitalen Transformation.

So empfiehlt es sich, die Rechnungsbearbeitung komplett auf E-Rechnungen umzustellen. Auch in Vorbereitung auf die grundsätzlich ab Jahresbeginn 2025 geltende Verpflichtung zur obligatorischen E-Rechnung für inländische Umsätze zwischen Unternehmen ist dieser Schritt ratsam. Dazu müssen zunächst die Lieferanten informiert werden, dass sie ausschließlich digitale Rechnungen ausstellen sollen. Diese müssen dann auf einer zentralen Rechnungseingangs-E-Mail-Adresse eingehen. Das schafft die Grundlage dafür, dass die Rechnungen dann automatisch weiterverarbeitet werden können – beispielsweise mittels einer Softwarelösung wie dem Cloud-System DATEV-Unternehmen online. Bereits durch diese Veränderung werden Prozessschritte wie das Öffnen der Post, Sortieren oder auch Scannen eingespart. Dennoch in Papier ausgestellte Belege wie Kassenbelege oder Tankquittungen lassen sich heute einfach über das Smartphone scannen und im System bereitstellen. DATEV bietet dafür mit der App Upload mobil eine einfach zu bedienende Option an.

Beleg-Workflows für beschleunigte Prozesse

Die nächste Etappe auf dem Weg in ein digitales Finanzwesen liegt dann im Einrichten von Beleg-Workflows für Rechnungseingang und -ausgang. Anstatt wie bisher die Rechnungen manuell durch die Organisation zu tragen und manuell zu unterschreiben, werden Belege in einem Beleg-Workflow ohne Zeitverlust digital geprüft

und freigegeben. Mit Lösungen für die Belegfreigabe und die Rechnungsfreigabe mit Mittelprüfung bietet DATEV gleich zwei Varianten für die Ausgestaltung dieses Prozesses an.

Ein zusätzlicher Vorteil eines digitalen Beleg-Workflows ist die vollständige Transparenz über den Prüfprozess. Im System ist jederzeit ersichtlich, in welchem Status sich ein Beleg befindet und wie weit die Prüfung schon fortgeschritten ist. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden die Prozesse rund um Rechnungen so deutlich einfacher. Mittels OCR-Erkennung und E-Rechnung können viele buchungsrelevante Daten direkt aus dem Beleg ausgelesen und verarbeitet werden. Das reduziert manuelle Tätigkeiten und erhöht gleichzeitig die Datenqualität.

Automatisiert gesetzeskonform mit der E-Rechnung

Nach dem Rechnungseingang gilt es dann, das Augenmerk auf die Ausgangsrechnungen zu richten. Für eine gesetzeskonforme Rechnungsstellung – mit fortlaufender Rechnungsnummer, Unveränderbarkeit und revidensicherer Speicherung – ist eine geprüfte Software ohnehin notwendig. Deshalb sollte auch die Rechnungsschreibung gleich auf E-Rechnungen umgestellt werden. DATEV stellt dazu als Erweiterung für Unternehmen online das Modul Auftragswesen next bereit.

Neben der technischen Seite der Umstellung auf digitale Belege und elektronische Rechnungs-Workflows ist es außerdem wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von vornherein einzubeziehen. Denn damit die neuen Prozesse ihr volles Potenzial entfalten können, ist die Akzeptanz und die Unterstützung aller beteiligten Fachbereiche ein elementarer Faktor. Weitere Informationen unter: go.datev.de/e-rechnung □

digital. einfach. machen.

Innovative Lösungen, inspirierende Impulse und intensiver Austausch: Die Veranstaltung des Jahres für alle, die kommunale Zukunft gestalten.



AKDB
Kommunalforum

10. Oktober 2024 | München

Jetzt vormerken!
www.akdb.de/kommunalforum

7. Wasserforum Oberpfalz an die Regierung der Oberpfalz:

„Wünschenswert wäre, dass viel Wasser versickern kann“

Rund 100 Vertreter von Kommunen, Landkreisen, Wasserversorgern sowie Verbänden und Einrichtungen kamen zum 7. Wasserforum Oberpfalz an die Regierung der Oberpfalz. „Für eine sichere Wasserversorgung“ lautete das Thema. Aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten die Referentin und die Referenten die Thematik.

„Sicheres Trinkwasser ist eine Aufgabe für uns alle, die uns sehr beschäftigt“, betonte Regierungspräsident Walter Jonas in seiner Begrüßung. Der Bayerischen Staatsregierung sei es ein Anliegen, das Wasser zu sichern. Dafür nötig sei eine Beteiligung aller Akteure. Denn trotz der aktuellen Sicherung der Grundwassersituation sei der langfristige Trend – ein rückläufiger Grundwasserpegel seit gut 20 Jahren – nicht gestoppt. Als Grund nannte Jonas den Klimawandel, Wetterereignisse seien eine Gefahr für die Trinkwasserversorgung. Angesichts der Hochwasser plädierte er für ei-

ne Verstärkung des Hochwasserschutzes.

Grundwassersituation

Über die Grundwassersituation in der Oberpfalz informierte Hans-Dietrich Uhl, Leiter des Sachgebiets Wasserwirtschaft an der Regierung der Oberpfalz. Seit 2001 gebe es in Nordbayern wegen Trockenheit und mangelndem Regen große Wasserverluste. „Das Grundwasser reagiert sehr schnell auf diese Entwicklungen, es hat etwa drei Wochen Reaktionszeit“, erklärte Uhl. Rekordtemperaturen wie im März und April, die über den

bisherigen Monatsmitteln liegen, und dazu wenig Regen – weit unter dem Mittel – wirkten sich auf den Wasserhaushalt aus. „Von den Niederschlägen gelangt immer weniger in den Untergrund. Seit 2000 nimmt der Wasseranteil, der zur Grundwasserneubildung beiträgt, ab“, vertiefte der Sachgebietsleiter. Für die Oberpfalz nannte er das feuchte Winterhalbjahr sowie hohe Temperaturen, was den Abfluss bzw. die Verdunstung gefördert habe. Zwar habe es etwas „Erholung“ gegeben, „aber die Grundwasserhältnisse werden immer schwieriger. Wünschenswert wäre, dass viel Wasser versickern kann“, fasste er zusammen.

Über die neue Trinkwasser-einzugsgebieteverordnung, die am 12. Dezember letzten Jahres in Kraft getreten ist, referierte Jingbo Hasubek vom Re-

ferat Grundwasserschutz und Wasserversorgung im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Sie gab zu, dass vor allem den Wasserversorgern wenig Zeit zur Umsetzung bleibe. „Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist die Verordnung begrüßenswert“, stellte sie fest. Seitens der Betreiber erfolge eine Bewertung der Trinkwassereinzugsgebiete, beim Risikomanagement seien besonders die Behörden gefragt, die unteren Wasserbehörden müssten die Verordnung bis zum 12. Mai 2027 umsetzen. Aufgrund der bayerischen Struktur der öffentlichen Wasserversorgung sei angedacht, „besonders die kleinen Versorger vor bürokratischer Überlastung zu schützen“, erläuterte Hasubek. Noch zu klären seien zahlreiche (rechtliche) Vollzugsfragen, fasste die Referentin zusammen.

Wasserversorgungsbilanzen und SüSWasser

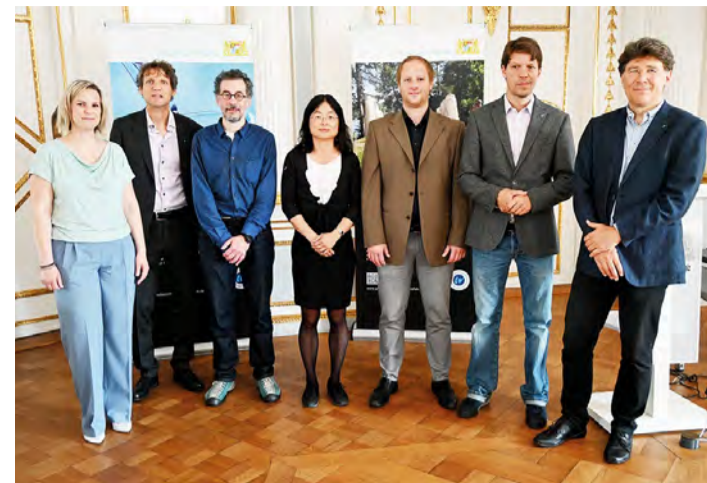
Zwei Themen präsentierte Michael Belau vom Bayerischen Landesamt für Umwelt: die Fort-

Echte Azubis präsentieren hier in kurzen, authentischen Videos ihre Arbeitswelt. Ziel ist es, junge Menschen auch in der digitalen Welt abzuholen und ihnen die Wasserwirtschaft als Arbeitgeber näherzubringen.

Vorteile auf einen Blick

- Rekrutierung von Nachwuchskräften durch erhöhte Sichtbarkeit auf der Website und einem eigenen Online-Stellenmarkt.
- Einheitlicher Auftritt der Branche auf Website Social Media und durch die Mitglieder der Kampagne vor Ort.
- Gestaltete Werbematerialien im Medienpool für maximale Außenwirkung.
- Umfangreiche Informationen für potenzielle Nachwuchskräfte und Quereinsteiger.
- Vernetzung von Interessierten und Arbeitgebern.
- Unterstützung bei eigenen Nachwuchsgewinnungsaktivitäten.

„Wasser – alles klar“ ist mehr als nur eine Initiative – es ist eine Bewegung, die darauf abzielt, die Wasserwirtschaft als zukunftsorientierten Arbeitgeber zu positionieren und die dringend benötigten Nachwuchskräfte zu gewinnen. Die Beteiligung jeder Kommune ist entscheidend, um gemeinsam eine neue Sichtbarkeit zu schaffen und die Branche für junge Menschen attraktiv zu gestalten. □



Die Organisatoren und Referenten des 7. Wasserforums (von links): Claudia Muhr, Hans-Dietrich Uhl, Johannes Müller, Jingbo Hasubek, Felix Schäffer, Michael Belau und Raimund Schoberer. Bild: Markus Bauer

schreibung der Wasserversorgungsbilanzen und das Projekt „Sicherheit der Wasserversorgung in Bayern – überregionale Systeme“ (SüSWasser). In der Oberpfalz gibt es laut Belau Regionen mit 50 Prozent weniger Grundwasserneubildung aus Niederschlägen. Neben dem Klimawandel sieht er die Ursache in einer „sehr überprägten Kulturlandschaft“: Wald/Holz und Zunahme der landwirtschaftlichen Flächen zur Ernährung der Bevölkerung. „Wir müssen diese Themen in der Bevölkerung viel bewusster machen. Wir haben eine horizontale Verteilung des Wassers“, meinte Belau. Ebenso appellierte er für einen strengeren Blick auf das Dargebot. „Wir wollen nicht weg von den ortsnahen, dezentralen Wasserversorgern. Überregionale Systeme sind eine Ergänzung“, betonte Belau. Zum Abschluss berichteten Felix Schäffer vom Freilandmuseum Oberpfalz und Johannes Müller vom Wasserwirtschaftsamt Regensburg über „25 Jahre Weltwasserwoche in Neusath-Perschen“. Heuer zur 25. Ausgabe wurde der Parcours auf 20 Stationen erweitert. Insgesamt 2718 Schüler der vierten Jahrgangsstufe aus Bayern und eine Klasse aus Tschechien nahmen das Angebot wahr, ein großes Netzwerk ist entstanden. „Das Projekt soll auch in anderen Regierungsbezirken vorgestellt werden – Nachahmer sind ausdrücklich erwünscht!“, resümierte Müller. □

Wasser – alles klar:

Nachwuchskräftegewinnung für die Zukunft der Wasserwirtschaft

Die Wasserwirtschaft ist das blaue Rückgrat unserer Gesellschaft und Umwelt, doch auch sie steht vor einer gewaltigen Herausforderung: dem akuten Fachkräftemangel. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) ruft mit der Initiative „Wasser – alles klar“ dazu auf, jetzt aktiv zu werden.

In der öffentlichen Wahrnehmung tritt die Wasserbranche neben Themen wie dem Klimawandel, der Energieversorgung und der Inflation oft in den Hintergrund, doch das muss sich ändern. Schließlich wäre das normale Leben ohne die als alltäglich wahrgenommene Versorgung mit Trinkwasser und die Abwasserentsorgung nicht möglich.

Fachkräftemangel betrifft alle

Ohne qualifizierte Fachkräfte steht einiges auf dem Spiel: Trinkwasserwerke und Abwasseranlagen sind auf gut ausgebildetes Personal angewiesen, um rund um die Uhr einwandfrei zu funktionieren. Fehlen diese Fachkräfte, drohen Störungen, was gravierende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und die Umwelt haben könnte. Kommunale Entscheidungsträger und Personalverantwortliche stehen vor der dringenden Aufgabe, diese kritische Lücke zu schließen,

um die Ver- und Entsorgungssicherheit in ihren Gemeinden weiterhin zu gewährleisten.

„Wasser – alles klar“ ist eine



Beispielplakat der Initiative.

Bild: DWA Bayern

bundesweite Kampagne, die im Januar 2024 startete. Das Ziel ist klar: Die Wasserwirtschaft soll

als nachhaltige, sinnstiftende und technisch innovative Branche im Bewusstsein der Jugendlichen verankert werden. Die Initiative bietet Kommunen und Unternehmen eine Plattform, um sich zu präsentieren und aktiv an der Nachwuchsgewinnung teilzunehmen – und das zu einem minimalen Kostenaufwand.

Jede Kommune, jede Behörde und jedes Unternehmen aus der Wasserwirtschaft kann sich beteiligen und von einem umfangreichen, individualisierbaren Werbemittelpool, einem Online-Stellenmarkt sowie der Vernetzung untereinander profitieren. Die zentrale Website www.wasser-allesklar.de dient als Herzstück der Kampagne. Hier können Teilnehmende ihre Karriereseiten verlinken und Schüler*innen, Auszubildenden und Studierenden erste Empfehlungen zu verschiedenen Berufsbildern erhalten.

Jugendliche erreichen, digitale Medien nutzen

Um die Zielgruppe der 15- bis 20-Jährigen anzusprechen, setzt die Initiative insbesondere auch auf soziale Medien wie TikTok.

46 Mio. Euro für Hochwasserschutz in GAP

Rund 46 Millionen Euro flossen seit 2004 in den Hochwasserschutz an Kanker und Partnach in Garmisch-Partenkirchen. Dies betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der offiziellen Einweihung der Hochwasserschutzmaßnahmen.

„Hochwasserereignisse mit Starkregen und Sturzfluten werden infolge des Klimawandels weiter zunehmen. Jede Hochwasserschutzmaßnahme kann hier den entscheidenden Unterschied machen. Für Garmisch-Partenkirchen bedeutet der modernisierte Hochwasserschutz ein deutliches Plus an Sicherheit. Eines der größten Wildbachprojekte Bayerns ist nun fertiggestellt“, betonte Glauber.

Mit dem Abschluss der umfangreichen Hochwasserschutzmaßnahmen ist an Kanker und Partnach der Schutz vor einem hundertjährigen Ereignis sichergestellt. Zu den nun umgesetzten Maßnahmen gehören insbesondere der Bau eines Hochwasserrückhaltebeckens, einer Teilüberleitung der Kanker in die Partnach

sowie der Ausbau und die Instandsetzung der Flussläufe. Die rund 46 Millionen Euro Investitionskosten teilen sich der Freistaat und der Markt Garmisch-Partenkirchen. Aktuell ist als weitere Maßnahme vor Ort ein Wildholzurückhalt am Ferchenbach vorgesehen.

Bayernweit sollen mit dem laufenden Aktionsprogramm PRO Gewässer 2030 weitere 150.000 Menschen gezielt vor einem hundertjährigen Hochwasserereignis geschützt werden. Mit dem Maßnahmenpaket sollen bis Ende 2030 insgesamt 2 Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert werden. Rund 4 Milliarden Euro wurden bayernweit seit 2001 in den Hochwasserschutz investiert. □

Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

TV BAYERN

LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Güteschutz Kanalbau baut digitale Formate aus

Mit ihren Weiterbildungsangeboten für Mitglieder fördert die Gütegemeinschaft Kanalbau Qualität und Qualifikation. Die Angebote sind auf www.kanalbau.com unter dem Begriff **AKADEMIE** und den Bereichen „Veranstaltungen“, „E-Learning“, „Arbeitshilfen“ und „Technisches Regelwerk“ zusammengefasst und werden konsequent weiter ausgebaut. Unter anderem mit neu erstellten Schulungsvideos, die dem Fachpersonal der Unternehmen wichtige organisatorische und technische baustellenrelevante Sachverhalte näherbringen sollen sowie mit einer ebenfalls neu entwickelten Kanalbau-App, welche eine Schulung zum Thema „Kanalbau in offener Bauweise“ auch für Quereinsteiger möglich macht. Die Formate stehen voraussichtlich Ende dieses Jahres zur Verfügung.

„Die Qualifikation des Fachpersonals ist ein entscheidender Faktor für die Ausführungsqualität auf den Baustellen – und damit auch für die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens“, ist Dr.-Ing. Marco Künster, Geschäftsführer der Gütegemeinschaft Kanalbau, überzeugt. „Deshalb geben wir Unterstützung in Form von praxisnahen Schulungen und bieten darüber hinaus alternative Optionen für die Weiterbildung des Fachpersonals an.“ Hierbei geht es um Abläufe der Gütesicherung und um die fachgerechte Ausführung auf Grundlage des technischen Regelwerkes. Da die Nachfrage

nach diesen Angeboten insbesondere nach der Corona-Pandemie laut Künster wieder deutlich gestiegen ist und die Teilnehmerzahlen im Geschäftsjahr 2023 noch über das Niveau der bisherigen Rekordjahre hinausgingen, wurden nun weitere digitale Formate entwickelt, die auch unabhängig von den personellen Kapazitäten der Organisation Gütegemeinschaft Kanalbau funktionieren.

Wissen für unterwegs

Unter anderem wurde mit webApp.kanalbau.com ein Online-Modul entwickelt, welches

per Tablet oder Smartphone abgerufen werden kann. Die Kanalbau-webApp ist abgestimmt auf Quereinsteiger ohne Vorkenntnisse, aber auch auf Facharbeiter, Vorarbeiter und Poliere. Sie vermittelt, wie Arbeiten bei der offenen Bauweise entsprechend dem aktuellen Regelwerk ausgeführt werden. In unterschiedlichen Sprachen informiert die App über alle erforderlichen Arbeitsgänge und bietet zur Erläuterung viele Abbildungen und Animationen. Die Inhalte können eigenständig und zeitunabhängig durchgearbeitet werden. Ein abschließender Verständnistest gibt Rückmeldung über den Lernerfolg. Zusätzlich kann die App baubegleitend als Unterstützung der Mitarbeiter vor Ort dienen.

Fit für den Berufsalltag

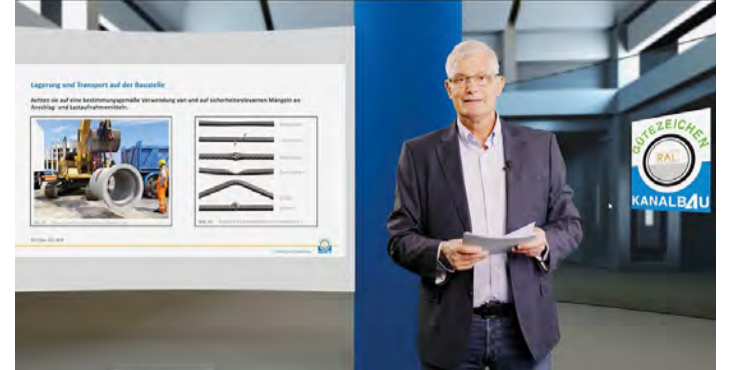
Auch die neuen Schulungsvideos werden den Mitgliedern künftig eine Unterstützung bieten. Die Formate, aufgenommen in einem virtuellen Studio und mit Grafiken anschaulich hinterlegt, werden von Dipl.-Ing. Sven Fandrich, Leitung Bereich Außendienst der Gütegemeinschaft Kanalbau, moderiert. Sie greifen eine Fülle von baustellenrelevanten Themen auf, die von der Wareneingangskontrolle über Verbausysteme, die Herstellung der Betung, den Einbau von Rohren und die fachgerechte Verfüllung

und Verdichtung bis hin zu Rohrstabilität und Eigenüberwachung reichen. Ergänzt werden sie um die Themen Dichtheitsprüfung und Grundstücksentwässerung. „Einen zusätzlichen Mehrwert bekommen diese neuen digitalen Formate auch deshalb, weil sie von den Unternehmen intern zur Weiterbildung ihrer Mitarbeiter genutzt werden können“, so Künster weiter.

Barrierefreier Zugriff möglich

Mit der digitalen Erweiterung des Dienstleistungspaketes hat die Gütegemeinschaft Kanalbau nicht zuletzt das allgegenwärtige Thema Fachkräftemangel konsequent im Blick. Deutschland benötigt qualifizierte Fachkräfte in ausreichender Zahl und auf praktisch allen Ebenen. Insbesondere vor dem Hintergrund langfristiger und tiefgreifender Transformationsprozesse, etwa bei der Digitalisierung oder dem demografischen Wandel steigen die Herausforderungen für die Fachkräftesicherung und den Arbeitsmarkt in Deutschland stetig an. Vor diesem Hintergrund räumen Unternehmen dem Thema Weiterbildung der Mitarbeiter hohe Priorität ein – unter anderem, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

An dieser Stelle bieten die neuen Angebote, auf die ein barrierefreier Zugriff möglich ist, den Nutzern eine professionelle Unterstützung bei der Stärkung der Qualifikation im eigenen Hause. Durch einen einfachen Zugang zu Schulungen und Arbeitshilfen werden die Qualifikation der Mitarbeiter und letztlich die Ausführungsqualität gefördert. □



Die neuen Schulungsvideos können von Unternehmen für die interne Weiterbildung der Mitarbeiter genutzt werden.

Grafik: Güteschutz Kanalbau, Bild: Güteschutz Kanalbau



Stellvertretend für die Landkreise in Bayerisch-Schwaben, die das Hochwasser besonders schwer getroffen hat, nahm Dr. Hans Reichhart (Mitte), Landrat im Kreis Günzburg, die Spende von Helmut Kaumeier (l.), Kommunalnundenmanagement energie schwaben, und Dr. Christian Blümm, Leiter Marketing und Unternehmenskommunikation energie schwaben, entgegen.

Bild: energie schwaben

100.000 Euro für Wiederaufbau nach Hochwasser

energie schwaben spendet an Landkreise im Versorgungsgebiet

Insgesamt 100.000 Euro gehen als Spende der energie schwaben Gruppe an Landkreise in Bayerisch-Schwaben, die das Hochwasser in den vergangenen Wochen stark getroffen hat. Dr. Hans Reichhart, Landrat im Kreis Günzburg, erklärt: „Die Folgen dieses Hochwassers werden wir noch lange spüren. Ich bedanke mich für die Unterstützung von energie schwaben, die uns sehr hilft, für die betroffenen Menschen im Landkreis möglichst schnell Lösungen zu suchen und erste Hilfestellungen zu bieten.“

Unkomplizierte Unterstützung für betroffene Bürger

Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung energie schwaben, betont: „Uns ist es wichtig, den Menschen in der Region schnelle und unkomplizierte Unterstützung zukommen zu lassen. Dafür sind die Landrätinnen und Landräte unsere besten Ansprechpartner: Sie und ihre Teams kennen die Situation vor Ort am besten und können beurteilen, wo Hilfe jetzt am nötigsten ist.“

Mit dem Geld unterstützt energie schwaben die Landkreise Günzburg, Neu-Ulm, Donau-Ries, Dillingen, Augsburg und Unterallgäu. Diese Landkreise waren von den jüngsten Hochwasserereignissen an Donau und Iller beziehungsweise deren Zuflüssen besonders stark betroffen.

Für Energiezukunft gerüstet

Neben der sicheren Versorgung mit Gas liegt der Fokus bei energie schwaben auf Erzeugung und Vermarktung von Biogas und Strom aus erneuerbaren Quellen, Bau und Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen und Dienstleistungen wie die kommunale Wärmeplanung – und das alles in Verbindung mit regenerativen Energien. Das Unternehmen bietet Dienstleistungen rund ums Thema Energie für Kommunen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte. Auch Photovoltaik, Windenergie und Geothermie sind möglich. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen der energie schwaben-Gruppe. Dezentrale Netze spielen eine wichtige Rolle für die umwelt- und klimaschonende Energiezukunft. □

Bewässerung des Ringparks neu gedacht

Förderurkunde über 1.275.000 Euro eingetroffen

Im Jahr 2022 hatte sich das Umwelt- und Klimareferat der Stadt Würzburg mit einer Projektidee zur nachhaltigen Bewässerung des Ringparks für das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ beworben. Nachdem Anfang 2023 von Seiten des Bundes die Mitteilung erfolgte, dass die Stadt Würzburg ausgewählt wurde, konnte die Projektbearbeitung gestartet werden.

Bürgermeister Martin Heilig erläutert: „Kernidee des Projektes ist es, eine ungenutzte und bisher direkt in die Pleichach abgeleitete Quellschüttung im Bereich des Bahnhofs für die Wasserversorgung des Ringparks nutzbar zu machen. Über eine Rohrleitung soll dem Pleicher See das Quellwasser zugeführt werden und ihn stetig mit Frischwasser versorgen. Der See soll als Wasserspeicher für eine zu errichtende Betankungsanlage für Bewässerungsfahrzeuge des Gartenamtes dienen. Weiterhin soll ein Teil des Baum-/ Gehölzbestandes des Ringparks automatisiert bewässert werden.“

Nachdem das Projekt ausgewählt wurde, hat das Gartenamt sogleich begonnen, sich mit der Trinkwasserversorgung Würzburg GmbH, dem Wasserwirtschaftsamt und diversen städtischen Fachämtern abzustimmen. Auch fand im Juni 2023 ein umfangreiches Koordinierungsgespräch mit Vertretern des Bundes inklusive Ortseinsicht am Pleicher See und den Bahnhofsquellen statt, führt der zuständige Projekt- und Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob aus. Darauf aufbauend wurde dann seitens des Gartenamtes der offizielle Zuwendungsantrag erarbeitet und im Oktober 2023 beim Bund eingereicht.

Da das Förderprogramm auf Bundesmittel des Sondervermögens „Klima- und Transformationsfonds“ zugreift, war es von der Haushaltssperre Ende letzten Jahres betrof-

fen. „Nachdem wir monatelang keine Rückmeldung auf unseren Antrag erhalten haben waren wir beunruhigt“, gesteht Oberbürgermeister Christian Schuchardt ein. „Als mir dann im April 2024 die Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen, Klara Geywitz die Förderurkunde zugesandt hat, ist mir ein großer Stein vom Herzen gefallen.“

Unterstützung vom Bund

Der Bund hat zugesagt, das Projekt zur nachhaltigen Bewässerung des Würzburger Ringparks mit sage und schreibe 1.275.000 Euro zu unterstützen. Das ist ein großer Beitrag zur Anpassung an die Klimaerwärmung unserer Stadt. „Für die Unterstützung vom Bund sind wir sehr dankbar“, so Gartenamtsleiter Dr. Helge Bert Grob. Aufgrund der Verzögerungen durch die Haushaltssperre wird sich der Förderzeitraum um ein Jahr bis 31.12.2027 verlängern, was uns bei der komplexen Projektumsetzung etwas Luft verschafft.

Schuchardt zufolge soll das Projekt einen wesentlichen Beitrag leisten, die größte und wichtigste Grünanlage – den Würzburger Ringpark –, resilienter gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen. Zudem erhofft er sich mit der Umsetzung des Projektes einen Mehrwert für zukünftige Vorhaben, das Thema „Nachhaltige Bewässerung“ in Zeiten des Klimawandels eine immer größere Bedeutung gewinnen wird. □

Umwelt-Award für Isar-Renaturierung

Die Renaturierung der kanalisiert Isar zwischen Dingolfing und Landau wurde mit dem Umweltpreis „Life Award“ der Europäischen Union ausgezeichnet.

Frei fließender Fluss mit Nebenarmen und neuen Inseln

Das gemeinsame Projekt des Wasserwirtschaftsamtes Landshut und der Regierung von Niederbayern hat die kanalartige Isar wieder in einen frei fließenden Fluss mit Nebenarmen und neuen Inseln verwandelt. Durch die Renaturierung konnten seltene Tierarten wie der Flussregenpfeifer zurückkehren und fast ausgestorbene Fischarten wie Nase und Barbe sind dank neuer Kiesbänke und der verbesserten Strömung wieder zu sehen.

„Oscar für Naturschützer“

Der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Landshut, Patrik Giebel, freute sich sehr über diesen „Oscar für Naturschützer“. Jetzt gelte es, weiterhin an der frei fließenden Isar zu arbeiten und sie zu schützen. „Die Natur, die Artenvielfalt, die Menschen in Niederbayern – sie alle haben mit dem Life-Projekt ‚Flusserlebnis Isar schon längst gewonnen‘ betonte Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. Dass das ‚Flusserlebnis Isar‘ nun auch noch aus einer Vielzahl anderer Projekte aus ganz Europa für die Auszeichnung ausgewählt worden sei, mache ihn sehr stolz und sei eine Bestätigung für die Arbeit. „Ganz besonders freut es mich, dass ausdrücklich die exzellente Zusammenarbeit von zwei bayerischen Behörden gewürdigt worden ist.“

DK

VKU-Branchenumfrage:

Die Sorgenfalten kommunaler Badbetreiber

Vorsichtig optimistisch blicken die kommunalen Badbetreiber auf die diesjährige Freibadsaison, aber der Ausblick auf die kommenden fünf Jahre und die Situation der Hallenbäder sehen düster aus. Fachkräftemangel bereitet den Betreibern Sorgen, und der Sanierungsbedarf der Hallenbäder ist ein weiteres Problem. Diese Erkenntnisse stammen aus einer Branchenumfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) unter 314 Betreibern kommunaler Bäder in ganz Deutschland.

Die Freibadsaison 2023 war zwar für die meisten Betreiber kommunaler Bäder (46 Prozent) besser als das Krisenjahr 2022. Allerdings ist auch der Anteil der Bäder, denen es im Jahr 2023 schlechter ging als im Jahr zuvor, von 17 auf 27 Prozent gestiegen. Die Gründe hierfür sind vielfältig.

Immense Herausforderungen

Die Mehrheit der Badbetreiber (54 Prozent) blickt eher pessimistisch in die Zukunft. Zu den größten Herausforderungen zählen der Fachkräftemangel (78 Prozent), der Sanierungsstau/-bedarf (60 Prozent) und der notwendige Wandel zum grünen/klimaneutralen Bad (40 Prozent), d.h. die Umstellung auf eine erneuerbare Energieversorgung und mehr Energieeffizienz. Knapp zwei

Drittel der Befragten gaben an, dass sie sich eine stärkere politische Unterstützung wünschen.

Für 2024 erwarten die meisten Freibadbetreiber ähnlich viele oder mehr Besucher als 2023, aber es mangelt an Personal. Bis zum 1. Mai 2024 waren noch 50 Prozent der offenen Stellen unbesetzt.

Der bauliche Zustand der Freibäder ist noch gut, jedes sechste Freibad (16 Prozent) wurde frisch saniert. Allerdings muss in den kommenden fünf Jahren mehr als jedes dritte Freibad umfangreich saniert werden – im Vorjahr war es noch weniger als ein Drittel. Bei der Sanierung sehen sich 56 Prozent der Freibadbetreiber mit Hindernissen konfrontiert, so etwa durch nicht ausreichende Fördermittel (37 Prozent), gefolgt von gestiegenen Baukosten (26 Prozent). DK

Wasser ist unser ELEMENT

- Versuchsbohrungen
- Geothermie
- Brunnenbau
- Grundwasser messstellen
- Brunnensanierung
- Kern-/Aufschlussbohrungen
- Brunnenrückbau
- Brunnenregenerierung

WEIKERT Wir suchen Verstärkung!

Brunnensanierung - Bohrungen
GmbH & Co. KG
Bamberger Straße 20 · 96172 Mühlhausen
Tel. 09548 98296-0 · Fax: 09548 98296-222
info@weikert-brunnenbau.de
www.weikert-brunnenbau.de
weikert-brunnenbau



Staatsministerin Michaela Kaniber mit Teilnehmern des Runden Tischs.

Bild: StMELF/Schmidhuber

Borkenkäfer im Bayerischen Wald

Forstministerin Michaela Kaniber macht die Landkreise Regen und Freyung-Grafenau zur exklusiven Modellregion

Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber bekräftigte am „Runden Tisch Borkenkäfer“ in Zwiesel den Schulterabschluss mit den Waldbesitzern vor Ort: „Bayern leistet für seine Waldbesitzer maximale Fürsorge. Das Waldschutzmonitoring in der Region wurde nochmal massiv ausgeweitet. Die Borkenkäferfallen wurden auf 30 Stück verdoppelt und die Luftbeobachtung rund um den Nationalpark beträgt nun drei Kilometer. Auf der Fläche unterstützen wir die Waldbesitzer mit umfangreichen Fördermaßnahmen. Allein im letzten Jahr mit 430.000 Euro nur in den Landkreisen Regen und Freyung-Grafenau. Zusätzlich stärken wir den Runden Tisch um ein Arbeitsgremium. Und wir machen die beiden Landkreise zur exklusiven Modellregion eines Projekts der LWF. Zusammen mit allen Akteuren müssen wir alles dafür tun, die grüne Lunge der Region zu schützen und für die kommenden Generationen zu erhalten.“

Gemeinsam mit Vertretern des Privat-, Kommunal- und Staatswaldes sowie dem Nationalpark veranstaltet das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Regen quartalsweise Runde Tische, verstärkt seit 2022, um einen Informationsaustausch zur aktuellen Käferlage zu ermöglichen. Dieses bewährte Format wird nun um ein zusätzliches Arbeitsgremium erweitert, mit dem Ziel regelmäßig gemeinsame Bekämpfungsmaßnahmen abzustimmen. Ergänzt wird die Arbeit vor Ort durch das Forschungsprojekt „Forstliches Kalamitätsmanagement“ der Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft. Im Rahmen des Projektes wird ein praxisgerechtes Managementsystem zur Bewältigung von Kalamitäten entwickelt. Damit profitieren die Waldbesitzer von Erkenntnissen aus Borkenkäfer-Schwerpunkten, wie zum Beispiel dem Frankenwald.

Kaniber bekräftigte am Runden Tisch: „Nur im engen Schulterabschluss können wir es schaffen, eine weitere Ausbreitung zu verhindern. So gewinnen wir wichtige Zeit, um weitere Schäden zu vermeiden und die Fichtenbestände der Region in klimastabile Mischwälder umzubauen. Wir müssen wieder agieren, um nicht nur reagieren zu können,“ so die Ministerin.

„Ich danke allen Beteiligten für den guten und konstruktiven Austausch. Es hat sich klar gezeigt, dass alle bereit sind, zusammen an einem Strang zu ziehen. Auch die durch meinen Ministerkollegen Thorsten Glauber ermöglichte, intensive Käferbekämpfung im Nationalpark, begrüße ich ausdrücklich. Mit den heutigen Impulsen vom Runden Tisch zu möglichen Weiterentwicklungen des Käfermanagements in der Region werde ich nochmals auf ihn zugehen,“ so die Forstministerin weiter.

Die Forstverwaltung steht allen Waldbesitzern mit Beratung, Forschung und einer Förderung auf Rekordniveau zur Seite. Allein für die Borkenkäferbekämpfung hat der Freistaat Bayern im letzten Jahr rund 24 Millionen Euro Fördermittel ausbezahlt. Ein wei-

teres wichtiges Element bei der Borkenkäferbekämpfung sind ausreichende Holzlagerkapazitäten. Hier unterstützt der Freistaat durch die Übernahme von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Kosten.

Die Ministerin lobte den Einsatz der Försterinnen und Förster vor Ort, die aktuell unter anderem mit rund 5.000 Einzelberatungen im Jahr in der Fläche

tätig sind. Sollte sich die Käfersituation weiter zuspitzen und dadurch Engpässe am Amt Regen bei der Förderung entstehen, sagte Forstministerin Kaniber zu, eine personelle Unterstützung zu prüfen.

Weiteres Infomaterial

- Weiter Informationen zum Forschungs- und Innovationsprojekt „Forstliches Kalamitätsmanagement Bayern“ finden sich unter <https://www.lwf.bayern.de/waldbesitzer-forstpolitik/336312/index.php>
- Weitere Informationen zum Waldumbau finden sich unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de. Beratung und Unterstützung für interessierte Waldbesitzer bieten die Försterinnen und Förster der Forstverwaltung (Försterfinder: <https://www.waldbesitzer-portal.bayern.de/025776/index.php>)

Staatsminister Joachim Herrmann:

Wer löscht morgen?

Das Ergebnis des Forschungsprojekts „Engagement & Freiwillige Feuerwehr/Wer löscht morgen?“ mit der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm ist ein wichtiger Beitrag, um das enorme ehrenamtliche Potenzial in den bayerischen Feuerwehren dauerhaft zu erhalten“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann bei der offiziellen Übergabe des Abschlussberichts durch die Projektleiterin Prof. Dr. Doris Rosenkranz in Nürnberg.

Mit herausragender Expertise und einer umfassenden Untersuchung mit verschiedensten Methoden habe das Projekt zahlreiche wichtige Handlungsimpulse erbracht, um die Feuerwehren fit für die Zukunft zu machen. Der Innenminister dankte dem Forscherteam für diesen fundierten und wertvollen Blick von außen. Rosenkranz betonte, „dass es nicht die eine Stellschraube gibt, die sofort für ausreichend Feuerwehrmitglieder sorgt. Zielführend ist ein strategisches und gesamtheitliches Herangehen, das insbesondere die Perspektive der Aktiven und der künftigen Aktiven in den Blick nimmt.“ Nun sei es laut Herrmann wichtig, die zahlreichen Ideen gemeinsam um zu setzen: „Hier sind wir alle gefordert – Feuerwehren, Kommunen, Staat und Politik – mit anzupacken, damit wir auch in Zukunft auf unser etabliertes Hilfeleistungssystem setzen können.“

320.000 ehrenamtliche Feuerwehrleute in Bayern

Wie Herrmann erläuterte, sei es keinesfalls selbstverständlich, dass sich rund 320.000 Frauen und Männer in Bayern ehrenamtlich in den Feuerwehren engagieren. Überrascht habe ihn die Erkenntnis aus dem Bericht, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger gar nicht wissen, dass der Feuerwehrdienst weit überwiegend ehrenamtlich geleistet werde. „96 von 100 Feuerwehrmännern und -frauen leisten diesen Dienst an der Gemeinschaft ehrenamtlich. Dies müssen wir den Menschen besser vor Augen führen und im Bewusstsein verankern! Nur wer weiß, dass die Feuerwehrleute ehrenamtlich tätig sind, kann sich selbst aktiv beteiligen und mitgestalten.“

Der Innenminister betont: „Jeder kann mitmachen! In den Feuerwehren finden alle ihren Platz, man muss nicht besonders stark, groß oder technisch versiert sein, um sich einzubringen. Jede und jeder – Mann oder Frau, Alteingesessene, Zugezogene oder Menschen mit Migrationshintergrund – kann helfen und Teil des starken Teams sein!“ Herrmann abschließend: „Damit sich auch weiterhin genügend Freiwillige engagieren, müssen wir vor allem eines – das hat die Studie gezeigt: Den Menschen stärker in den Mittelpunkt stellen!“

Stadt Garching bei München:

Kneippanlage, Kletterwürfel und Calisthenicsanlage

Drei neue Freizeiteinrichtungen im nördlichen Bürgerpark auf einmal

Gleich drei neue Bürgerpark-Einrichtungen konnten Garchings Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann und Ralph Gutknecht vom städtischen Umweltreferat den Garchingern und Garchingern Anfang Mai übergeben. Die Anlagen am nördlichen Eingang ergänzen damit Abenteuerspielplatz, Boule-Bahn und Picknickbereich, die daran angrenzen und sich bereits großer Beliebtheit erfreuen.

Die Platzfläche der Calisthenicsanlage besteht aus einem grünen Kunststoff-Fallschutzbelag und wassergebundener Wege-Decke. Entstanden ist eine multifunktionale Workoutanlage mit fest installierten Sportgeräten, welche Trendsportarten wie Parcours und Streetworkout in einer Anlage verbindet. Ausgestattet ist diese für Anfänger und für Fortgeschrittene. Die Hindernisse werden durch Parcoursläufer selbstständig nach gewünschtem Schwierigkeitsgrad kombiniert. Sitzgelegenheiten laden zum Zuschauen und Durchatmen ein.

Gegenüber der Calisthenicsanlage, im Obstthain, wurde ein Kletterwürfel installiert, der besonders Teenager und ältere Kinder zum Klettern ermutigt. Mit seinem skulpturähnlichen Aussehen und professionellen Klettergriffen lädt der Würfel zu einschätzbaren Kletterherausforderungen und Spielen ein. Die Möglichkeit, in der eigenen Geschwindigkeit zu klettern, zu kriechen und zu balancieren, macht den Kletterwürfel zu einer sicheren Option für Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten und sorgt gleichzeitig für stundenlangen Nervenzickel und Kletterspaß. Der Fallschutzbelag ist ein stoßdämpfender Spielplatzboden mit Holzhacksnitzel.

Bachaufweitung Nord und Kneippanlage

Zum nördlichen Eingangsbereich gehört auch die nach Osten angrenzende Bachaufweitung des Wiesäckerbachs mit Holzdeck und Kneippanlage. Dabei wurde der bestehende Bach nach Westen zum Park hin aufgeweitet. Im mittleren Bereich bildet sich zwischen dem alten Flussbett und der Bachaufweitung eine Insel, die bei Hochwasser teilweise überflutet wird. Findlinge sind als Störsteine eingesetzt und

erzeugen ein natürlich anmutendes Flussbild. In langsamen Randbereichen wurde Schilf angepflanzt. Seitlich der Bachaufweitung wurden typische Auengehölze ergänzt. Die verschiedenen Weidenarten dienen zur Befestigung des Ufers und sind daher temporär durch eine Drahtose vor Biberbiss geschützt.

Um einen guten Zugang zum Bach zu ermöglichen, sind zwei Treppenanlagen mit Handlauf eingebaut. Im nördlichen Bereich löst sich diese Insel auf und der Wiesäckerbach gliedert sich in einen neuen seichten sowie in einen bestehenden tiefen Bereich auf. Das große Holzdeck und die Sitzstufenanlage laden zum Verweilen ein und die natürliche Kneippanlage dient zur Abkühlung an heißen Sommertagen. □



V.l.: Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann, Stadt Garching b.München, Ralph Gutknecht, Umweltreferat, mit Lucia Thumann und Julia Csoti (beide adlerolesch Landschaftsarchitekten) präsentieren die neue Kneippanlage im Bürgerpark.

Bild: Stadt Garching

Messe RETTmobil in Fulda:

Hochgeländegängiger Unimog als Tanklöschfahrzeug

Mercedes-Benz Special Trucks präsentierte auf der diesjährigen RETTmobil ein Unimog Tanklöschfahrzeug. Mit zahlreichen Offroad-Eigenschaften ist das Fahrzeug für Einsätze in besonders schwerem Gelände, wie beispielsweise Wald- und Vegetationsbrände oder Hochwasser- und Hilfeleistungseinsätze, konzipiert. Besucher konnten sich vor Ort zum Unimog und seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten bei Blaulichtorganisationen beraten lassen. Weitere Einsatzfahrzeuge auf Unimog-Basis, wie beispielsweise einer der 26 vom Land Hessen kürzlich beschafften Unimog U 5023 mit Logistikaufbau für Wechselmodule (GW-L KatS), waren ebenfalls auf der RETTmobil zu sehen. Die nächste RETTmobil findet vom 14. bis 16. Mai 2025 wieder in Fulda statt.

Der hochgeländegängige Unimog U 5023 bietet eine Reihe von technischen Eigenschaften, mit denen er für Einsätze in unwegsamem Gelände und speziell für die Waldbrandbekämpfung gerüstet ist. Mit der hohen Bodenfreiheit von 50 Zentimeter kann der Unimog selbst im extremen Gelände viele Hindernisse überfahren und durch die großen Rampen- und Böschungswinkel auch steile Hänge erklimmen. Die Kombination aus spezieller Geländebereifung und integrierter Reifendruckregelanlage, durch die eine schnelle Anpassung des Reifendrucks während der Fahrt möglich ist, sorgt dabei für Traktion auf verschiedenen Untergründen. Die sogenannte Wadfähigkeit von bis zu 1,2 Meter als Sonderausstattung erlaubt es der Besatzung beispielsweise Flüsse zu durchfahren oder ihr Fahrzeug in Überschwemmungsgebieten einzusetzen. Der Unimog ist zudem mit einem Hitzeschutz an allen betriebsrelevanten Leitungen ausgestattet, was die Sicherheit der Einsatzkräfte und die Zuverlässigkeit des Fahrzeugs in hitzeintensiven Umgebungen steigert.

Der Unimog U 5023 ist mit einem Aufbau von Rosenbauer ausgestattet, der den Anforderungen eines TLF 3000 nach Feu-

räteräumen, während die Trittschwellenbeleuchtung die Sicherheit der Einsatzkräfte bei Nacht zusätzlich erhöht. Für Einsätze im Dunkeln ist eine Umfeldbeleuchtung mit etwa 5.000 Lumen pro Meter an Bord und weitere Ausstattungen wie ein Lichtmast können ergänzt werden.

Hohe Stabilität, geringes Gewicht

Das Aluminiumschweißgerippe des Rosenbauer-Aufbaus gewährleistet hohe Stabilität bei gleichzeitig geringem Gewicht, während die bestmögliche Gewichtsverteilung zwischen Vorder- und Hinterachse sowie ein niedriger Schwerpunkt die Fahreigenschaften des Fahrzeugs optimieren. Mit Aufbau liegt der Böschungswinkel am Heck bei 42 Grad, was auch das Fahren in sehr anspruchsvollem Gelände mit wechselnder Topografie erlaubt. □



Mercedes-Benz Special Trucks zeigt auf der RETTmobil einen hochgeländegängigen Unimog als Tanklöschfahrzeug.

Bild: Mercedes-Benz Special Trucks

BuGG-Bundeskongress in Düsseldorf:

Biodiversität Gebäudegrün

Beim zweitägigen Fachkongress des Bundesverbandes Gebäudegrün e.V. (BuGG) in Düsseldorf drehte sich alles um die biologische Vielfalt rund um Gebäude mit Dach- und Fassadenbegrünung. Wie BuGG-Präsident Dr. Gunter Mann vor mehr als 250 Teilnehmern betonte, „haben wir ganz bewusst den diesjährigen Bundeskongress unter das Thema Biodiversität gestellt, um diesen für Wirtschaft und Gesellschaft extrem wichtigen Aspekt zu fokussieren. Beim Gebäudegrün geht es um ein besseres Mikroklima, Extremwettermanagement, Gesundheit, effizienten Gebäudebetrieb, aber eben auch um die Schaffung von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere, um Artenschutz und die Wahrnehmung von Verantwortung.“

Tatsache ist: Der Verlust von vielfältigen Lebensräumen in der freien Landschaft führt zu neuen Herausforderungen im bebauten Raum. Auf europäischer Ebene werden naturbasierte Lösungen propagiert, dazu gehören auch sogenannte Schwammstadtkon-

zepte und Maßnahmen zur Förderung der grün-blauen Infrastruktur, insbesondere die Gebäudebegrünung. „Es gilt, ein kluges Regenwassermanagement mit dem Schutz und Ausbau von Lebensräumen für die Flora und Fauna zu verbinden und gleich-

zeitig, wo möglich, Naturerfahrungsräume für die Menschen vor Ort zu schaffen“, betont der BuGG.

Flächenpotenzial für kreative Nutzung

Insbesondere in den hochverdichteten Innenstädten, aber auch in Neubau- und in Gewerbegebieten sei Freiraum für Grünflächen ein äußerst knappes Gut. Der überwiegende Teil der Flächen sei durch Gebäude, Plätze und Straßen versiegelt und biete keine Chance für Regenwasserversickerung und Verdunstung und erst recht nicht für Pflanzen und Tiere. Allerdings bieten Ge-

bäude auf Dächern und an Fassaden aus Verbandssicht ein riesiges Flächenpotenzial, das kreativ genutzt werden müsse. Längst seien die Systeme zur Dach- und Fassadenbegrünung technisch ausgereift und in Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie bei Investoren als nachhaltige, lebendige Elemente zur Schaffung von klimawirksamen und ästhetisch ansprechenden Gestaltungen anerkannt.

Das abwechslungsreiche Tagungsprogramm umfasste Fachvorträge zu verschiedenen Aspekten der Dach- und Fassadenbegrünung, gesetzliche Rahmenbedingungen, wissenschaftliche Untersuchungen sowie Praxisbeispiele von Unternehmen und Büros. Darüber hinaus standen Informationen zu Förderungen und Zertifizierungssystemen auf der Agenda. Jeder Themenblock wurde von einer Podiumsdiskussion mit den Referenten begleitet. Eine Fachausstellung verschiedener Unternehmen rundete die Veranstaltung ab.

Es wäre von Vorteil, könnte man bestehende Minimalbegrünungen fit für den Klimawandel und für Biodiversität machen. Der Regensburger Naturgartenplaner Reinhard Witt zeigte am Beispiel einer Dachbegrünung von über 3000 qm in München, wie dies funktioniert. Auf das bestehende Dachsubstrat von 8 cm Höhe wurden im Jahr 2018 7 cm zusätzliches Substrat aufgebracht und artenreich mit heimischen Wildpflanzen begrünt.

Prof. Dr. Wolfgang W. Weisser, Lehrstuhl für Terrestrische Ökologie an der TU München, stell-

te seinerseits die Methode „Animal-Aided Design“ vor, die das Ziel hat, Tiere in architektonische Planungen mit einzubeziehen. Hier gilt es, gute Gestaltung mit der Förderung von Naturerlebnissen zu verbinden. Anhand von Praxisbeispielen wurden dabei Möglichkeiten und Herausforderungen erörtert.

In den Diskussionen wurde auch deutlich, dass es einen neuen Blick auf das Stadtgrün braucht. In längeren Trockenphasen oder im Winter können auch etablierte Dach- und Fassadenbegrünungen zeitweise weniger attraktiv aussehen – wie in der Natur. „Die Vorstellung von ganzjährig frisch grünen, blühenden und schmucken Grünflächen entspricht nicht den natürlichen Zyklen – auch eine Wiese oder ein Wald verändern sich im Jahreslauf. Hier ist eine neue Ästhetik gefragt, die anerkennt, dass eben auch vorübergehend vergilbte Grünflächen ökologischen Wert haben“, erläuterte Gunter Mann. Diese Sichtweise zeige sich auch in jüngeren Konzepten zur Nachhaltigkeitsbewertung. Das Gebäudegrün sei sowohl im Zertifizierungssystem der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) als auch im aktuell erstellten Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) ausdrücklich enthalten.

Sichtbare und wertvolle Naturerfahrungsräume

„Vielfalt braucht Vielfalt“, lautete der Tenor des Kongresses.

Mit einer Vielfalt der Pflanzen, unbedingt auch heimischen Arten, vor allem aber einer Vielfalt der Strukturen und Materialien, wie Totholz, Steinen, Sandlinsen und Wasserstellen sowie standorttypischen Substraten könnten vielfältige Lebensräume auch für Insekten und Tiere, vor allem Vögel geschaffen werden. Solche Gebäudebegrünungen seien dann auch sichtbare und wertvolle Naturerfahrungsräume für Menschen.

Wie der BuGG-Präsident darlegte, „haben wir gesehen, dass vielfältige, intensive Dachbegrünungen, mindestens aber ökologisch aufgewertete extensive Dachbegrünungen, übrigens auch in Kombination mit PV-Anlagen, bestens geeignete Räume für die Biodiversität sind. Die Fassadenbegrünung etabliert sich als kreatives Aufgabenfeld zur nicht nur ästhetisch, sondern auch ökologisch wertvollen Gebäudegestaltung.“

Als Messgröße für den ökologischen Wert von biodiversem Gebäudegrün wurde vor allem die Anzahl von Arten in Flora und Fauna gesehen. Viele Insekten und auch Vogelarten finden gerade in speziell begrüntem Dach- und Fassaden ihre Futter-, Nist- und Schutzräume. Bundesumweltministerin Steffi Lemke, die die Schirmherrschaft für den Fachkongress übernommen hatte, verdeutlichte in ihrer Videobotschaft die Bedeutung des Gebäudegrüns und verwies ausdrücklich auf sein Potenzial einer ökologisch orientierten Planung, Gestaltung und nachhaltigen Pflege. **DK**

Ein kleines Jubiläum

Fünf Jahre Beuthauser und REFORM

Mit dem Vertrieb des Geräteträgers Metrac fiel im Jahr 2019 der Startschuss für die Zusammenarbeit von Beuthauser und REFORM. Aufgrund der guten Erfahrungen, gerade was After-sales, die Serviceabwicklung und die Kundenzufriedenheit angeht, erfolgte im Frühjahr 2023 ein wegweisender Schritt: Beuthauser übernahm die Gebietsbetreuung der gesamten REFORM Fahrzeugpalette in Thüringen, Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern.

Konkret bedeutet das: Neben der Metrac-Baureihe erhalten Kunden seither auch die Transporter Muli sowie die Boki Kommunalfahrzeuge bei Beuthauser. Zudem ist Beuthauser für den flächendeckenden Service verantwortlich. „Nach einem Jahr können wir ein erstes Zwischenfazit ziehen: Die Teams von Beuthauser und REFORM wachsen immer mehr zusammen. Die intensiviertere Zusammenarbeit ist für beide Seiten und insbesondere die Kunden ein Gewinn“, sagt Claus Artmayer, Leiter Kommunaltechnik bei Beuthauser.

Kontinuierlicher Austausch

Allerdings ist der Ausbau einer Partnerschaft kein Selbstläufer, sondern mit viel Arbeit verbunden. „Unser Projektplan sah von Anfang an vor, alle Beteiligten eng in Entscheidungsprozesse einzubinden und einen intensiven Austausch zu pflegen. In einem ersten Schritt haben sich die rund 50 Vertriebs- und Servicekollegen beider Unternehmen bei REFORM in Dorfen kennengelernt“, so Artmayer weiter.

Im März 2023 folgte die offizielle Auftaktveranstaltung der intensivierten Partnerschaft mit einer REFORM-Ausstellung bei Beuthauser in Hengersberg. Im Januar dieses Jahres kamen die Mitarbeiter von Beuthauser und REFORM dann erneut zusammen, um in offener Runde die bisherige Zusammenarbeit zu beleuchten.

Weiterer Ausbau der Geschäftsbeziehungen geplant

Auch REFORM bewertet die Partnerschaft positiv. „Nach dem Start der erfolgreichen Zusammenarbeit im Jahr 2019 war es der logische Schritt, das komplette REFORM Sortiment in einem erweiterten Gebiet durch die Firma Beuthauser am Markt vertreten zu lassen. Die überaus erfolgreiche Abwicklung diverser Aufträge führte Ende 2023 zu einem besonderen Auftrag bei einem renommierten Kunden. Die Professionalität und Umsetzung der bisher gemeinsam abgewickelten Projekte ermöglicht uns, diesen Großauftrag zusammen mit Beuthauser umzusetzen“, berichtet Johannes Lindner, Verkaufsleiter Kommunaltechnik bei REFORM.

Zugleich kündigt er an: „Für das Jahr 2024 arbeiten wir gemeinsam an einem weiteren Ausbau unserer Geschäftsbeziehung und der erfolgreichen Weiterentwicklung der professionellen Marktbearbeitung mit dem gesamten umfangreichen Sortiment von REFORM.“

Markt Fürstzell:

Zurück zum Unimog

Bauhof erhält U 427 mit Sonderausstattung

Von der Kinderbetreuung über verschiedene Bildungseinrichtungen bis hin zum vielfältigen Vereinsleben und einer verlässlichen medizinischen Versorgung vor Ort – Fürstzell im niederbayerischen Landkreis Passau positioniert sich mit vielen Argumenten als lebenswerte Marktgemeinde für alle Altersgruppen. Auch die Infrastruktur und die Pflege der Straßen und Wege spielt eine zentrale Rolle. Bei diesen und weiteren Aufgaben wird das Team des Bauhofs künftig von einem leistungsstarken Allrounder unterstützt: einem Unimog U 427, der über Beuthauser in Hagelstadt beschafft wurde.

Mit dem Neuzugang ist nach rund 40 Jahren erstmals wieder ein Unimog für den Bauhof im Einsatz. „Die Entscheidung beruht vor allem auf zwei Faktoren:

Ein ausschlaggebender Punkt war zum einen die Geländegängigkeit des Unimog. Wenn beispielsweise Biberdämme beseitigt werden müssen, können wir

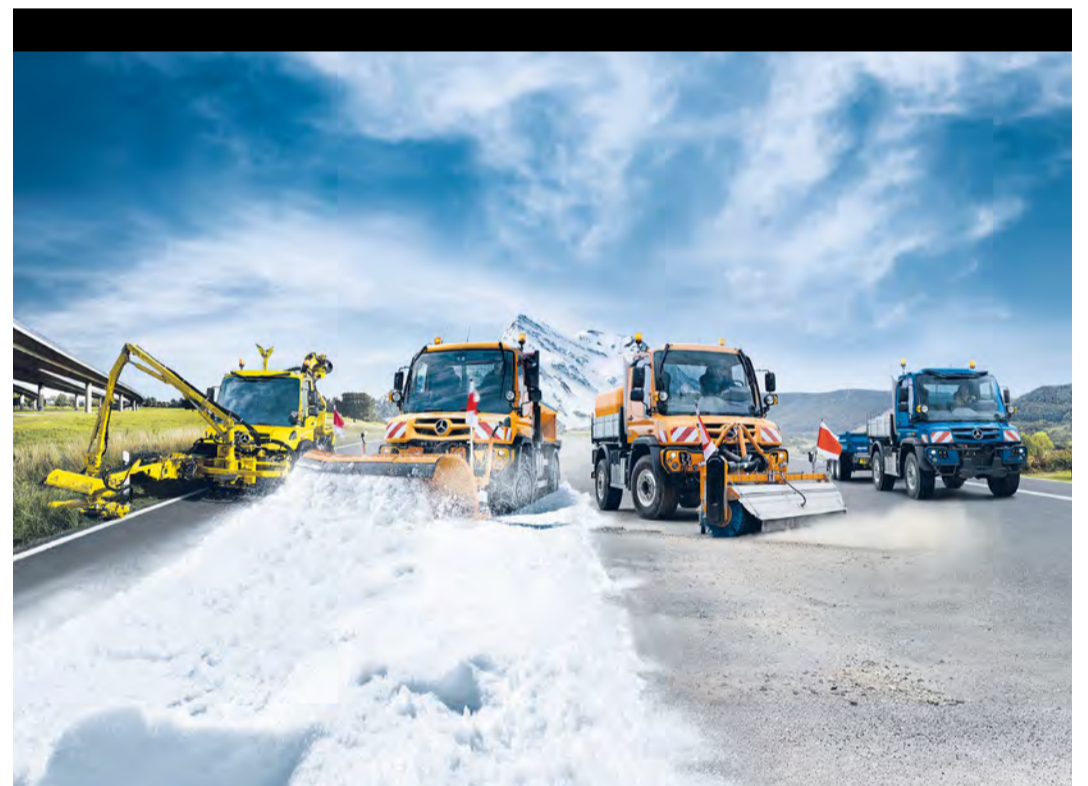
direkt bis zum Damm fahren und das Material aufladen. Das vereinfacht die Arbeit ungemein“, sagt Bauhofleiter Mario Weiß. Als zweiten zentralen Faktor nennt er den Service. Mit Beuthauser wurde ein regionaler Partner mit einem schlagkräftigen Service-Netz gewählt. Auch die verlässliche und zügige Ersatzteilbeschaffung überzeugte den Bauhof.

Zweckmäßige Ausstattung

Zum Einsatz kommt der U 427 vorwiegend im Winterdienst, bei Transporten und im Bereich der Bankettpflege. Dementsprechend wurde er mit diversen Zubehör ausgestattet. Neben einer Stahlpritsche nach Sondermaß von Hecca entschied sich der Bauhof auch für einen Schneepflug von Schmidt aus der Tarron-Serie, einen Streuer von Bucher Municipal sowie Front- und Heckkraftheber von AS-Söder. Der 6-Tonnen-Heckkraftheber beispielsweise wird benötigt, damit ein Wegepflege- und Instandhaltungsgerät eingesetzt werden kann. Damit können in einem Zug die Schotter- und Feldwege aufgefäst und dann gleich wieder glatt gewalzt werden. In der Folge freuen sich die Anwohner und Besucher von Fürstzell über ebenmäßige Straßen. **□**



Nach 30 Jahren setzt der Bauhof Fürstzell wieder auf einen Unimog. Bauhofleiter Mario Weiß (2.v.r.) nennt als Gründe die Geländegängigkeit, den Service und die Ersatzteilverfügbarkeit. Bild: Beuthauser



365 Tage voller Tatendrang.

Maximale Auslastung im Ganzjahreseinsatz mit dem Unimog Geräteträger. Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt: Unzählige kleine und große Jobs möchten zuverlässig und schnell erledigt werden – allen voran Mähen, Mulchen und Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren und Reinigen sowie Laden und Transportieren.

Hier bringt der Unimog seine Vielseitigkeit ins Spiel. Denn der Geräteträger kann dank seiner standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen eine Vielzahl von Geräten antreiben.

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Marktgemeinde Emskirchen im schönen Frankenland. Die Gemeinde zählt 6.147 Einwohner, hat 31 Ortsteile und Weiler und umfasst 67 km².

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

2008 wurde ich in den Gemeinderat gewählt und durfte seitdem auch das Amt der Zweiten Bürgermeisterin ausüben. Seit 2020 bin ich Erste Bürgermeisterin und hauptamtlich tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?



Sandra Winkelspecht

Erster Bürgermeisterin
Markt Emskirchen

Vor meinem Amtsantritt 2020 habe ich für einen Bundestagsabgeordneten gearbeitet.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Ich bin familiär vorgeprägt. In meiner Familie gab es immer schon Kommunalpolitiker. Dadurch wurde mein Interesse geweckt, mich aktiv für meine Heimatgemeinde einzubringen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Da ich bereits 12 Jahre das Amt der Zweiten Bürgermeisterin ausüben durfte, habe ich einen guten Einblick in die Aufgaben und den Tätigkeitsbereich des Ersten Bürgermeisters erlangen können. Zusätzlich habe ich verschiedene Seminare besucht.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Der Start in meine Amtszeit war überschattet von der Corona-Pandemie und all ihren Auswirkungen. Die Arbeit begann quasi direkt mit Krisenbewältigung. Dazu kam, dass ein Zusammenkommen mit Bürgerinnen und Bürgern für sehr lange Zeit sehr schwierig war.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Zur Zeit beschäftigen wir uns mit dem „Wind

an Land-Gesetz“ und somit mit der Ausweisung neuer Windkraftvorranggebiete. Daneben verlegen wir im gesamten Gemeindegebiet Glasfaser. Weitere Themen sind die Schaffung neuer Gewerbe- und Baugebiete und der Rechtsanspruch der Ganztagesbetreuung im Grundschulalter.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Wir möchten ein attraktives Angebot für unsere Jugendlichen schaffen, das den Bedarf auch tatsächlich deckt. Die Sanierung unserer Straßen ist und bleibt ein großes Aufgabengebiet.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Nachdem ich mich auch noch zu den jungen Kolleginnen zähle, bin ich noch dankbar für gute Ratschläge.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich arbeite sehr transparent und bin jederzeit ansprechbar. Wir informieren den Gemeinderat vor jeder Sitzung sehr umfassend und im Anschluss an Gemeinderatsitzungen bzw. Ausschusssitzungen setzen wir die Bürgerschaft über alle Entscheidungen ausführlich in Kenntnis.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird Kommunalpolitik tiefgreifend verändern, indem sie Prozesse effizienter macht, die Bürgerbeteiligung erhöht, und die Transparenz verbessert. Die Herausforderung besteht darin, diese Technologien verantwortungsvoll einzusetzen, um die Vorteile voll auszuschöpfen zu können und gleichzeitig Risiken wie Cyberbedrohungen und Datenschutzprobleme zu minimieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Wer einen Baum pflanzt, um in seinem Schatten zu sitzen, hat den Sinn des Lebens nicht verstanden.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als eine Bürgermeisterin, die ihre Gemeinde am Herzen lag. □

Unterfränkische Kulturtag:

„Rhönkääppchen macht Kultur“

Unter dem Motto „Rhönkääppchen macht Kultur“ fanden die diesjährigen Unterfränkischen Kulturtag statt – heuer erstmals in einer integrierten Ländlichen Entwicklung, der „Allianz Kissinger Bogen“.

Seit fast 40 Jahren präsentiert der Bezirk Unterfranken gemeinsam mit jeweils einem anderen Landkreis eine der vielen unterfränkischen Kulturlandschaften. Heuer konnten Interessierte in den Märkten Oberthulba, Burkardroth, Bad Bocklet und der Gemeinde Nüdlingen die Vielfalt und das kulturelle Erbe Unterfrankens miterleben. Zu dem Event unter dem Motto „Vielfalt der Blasmusik im Markt Oberthulba“ versammelten sich beispielsweise Musikbegeisterte aus der ganzen Region, um einem spektakulären Nachmittag und Abend voller musikalischer Darbietungen beizuwohnen.

Die Kulturtag lockten mit einem bunten Strauß aus Veranstaltungen wie Märkten, Vernissagen und Lesungen. Daneben gab es Ausstellungen, Führun-

gen, Konzerte und vieles mehr. Begonnen wurden die Unterfränkischen Kulturtag mit der Auftaktveranstaltung auf Schloss Aschach, mit der auch die Sonderausstellung „Gekauft – Unterfranken handelt“ eröffnet wurde.

Passend dazu findet im Graf-Luxburg-Museum nach wie vor die Salonausstellung „Ein Graf kauft Kunst“ statt. Das Team um Museumsleiterin Josefine Glöckner gibt damit tiefe Einblicke in die Handelsgeschichte der Region und deren Einfluss auf das tägliche Leben. Präsentiert werden historische Handelsplätze und Märkte bis hin zu modernen Einkaufsformen. Außerdem wird beleuchtet, wie Handel das soziale und kulturelle Leben Unterfrankens geprägt hat. Die Sonderausstellung läuft noch bis zum 8. September 2024 und kann zu



Finanz- und Heimatminister Albert Füracker verleiht Demografiepreis Bayern 2023.

Bild: StMFH

den Öffnungszeiten der Museen besichtigt werden.

Allianz Kissinger Bogen

Harald Hofmann, Erster Bürgermeister der Gemeinde Nüdlingen und Sprecher der Allianz Kissinger Bogen, stellte zum Auftakt die Bedeutung der regionalen Verbundenheit und der kulturellen Vielfalt, die durch die Allianz Kissinger Bogen und die beteiligten Gemeinden gefördert werde, heraus. „Wir sind hier, um das kulturelle Leben in unserer Region mit neuen Impulsen zu bereichern und die Lebensqualität unserer Bewohner zu erhöhen“, erklärte Hofmann.

Bezirkstagspräsident Stefan Funk verwies auf die kulturelle Relevanz und die Innovationen, die die Region prägen. Insbesondere hob er die erfolgreiche Renovierung des Schlosses und seines Museums, die das historische Erbe für die Zukunft bewahrt hat, hervor. Zudem machte Funk auf die Erfolgsgeschichte der Veranstaltungsreihe aufmerksam. Es sei von Anfang an darum gegangen, der regionalen Kultur immer wieder neuen

Gewinner des Bayerischen Demografiepreises 2023:

Bayern fit für die Zukunft machen

Sieben Preisträger erhielten in Nürnberg aus den Händen von Staatsminister Albert Füracker den „Bayerischen Demografiepreis 2023“. „Das Heimatministerium zeichnet kreative, innovative und nachhaltige Ideen und Projekte mit insgesamt 15.000 Euro aus und macht sie damit als Vorbilder sichtbar“, unterstrich Füracker.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Zukunftssicher“ wurden der „Pflegekrisendienst“ des Landkreises Erding, die Vereine Oberfranken Offensiv und Avanti – Mobile Zukunft Schwarzenbruck, sowie der Campus GO eG ausgezeichnet.

Der „Pflegekrisendienst“ bietet schnelle, unkomplizierte medizinische Hilfe vor Ort, wenn kein anderer Dienst verfügbar ist. Die enge Vernetzung mit Nachbarschaftshilfen vor Ort und dem etabliertem Pflegestützpunkt ermöglicht eine sehr kurzfristige Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Lebensqualität verbessern

Der Verein Oberfranken Offensiv e.V. zeigt mit seinem Projekt „Digitales Gesundheitsnetzwerk Oberfranken-DGNO“, wie telemedizinische und digitale Technologien eingesetzt werden können, um die Lebensqualität der Menschen vor Ort zu verbessern. Durch die Vernetzung von Gesundheitsdienstleistern, die Nutzung digitaler Daten und den Einsatz moderner Kommunikation wurde ein oberfrankenweites Gesundheitsnetzwerk entwickelt: Dabei wurden unter anderem eine Oberfranken-Regio-Online-Sprechstunde, ein Oberfranken-Regio-E-Rezept sowie eine Oberfranken-Telekonsil-Plattform konzipiert. Mit der Teilnahme von bereits 57 Medizinerinnen und Mediziner, 16 Pflegeheimen, drei ambulanten Pflegediensten und zwei Kliniken stellt das Konzept ein durchschlagskräftiges Instru-

ment dar, das Gesundheitswesen neu auszurichten.

Mit dem Projekt „Mobile Zukunft Schwarzenbruck“ stellt sich der Verein Avanti – Mobile Zukunft Schwarzenbruck e.V. der großen Herausforderung, Mobilität nachhaltig und generationenübergreifend zu gestalten. Das vorbildhafte Projekt zeigt alternative Verkehrslösungen auf und bietet zahlreiche kostenfreie Angebote an, die auf die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger angepasst sind.

In Zeiten, in denen ländliche Regionen zunehmend mit dem Rückzug medizinischer Dienstleistungen kämpfen, hat sich Bayerns erste gemeinwohlorientierte Genossenschaft zur Sicherung der medizinischen Versorgung Campus GO eG dieser Herausforderung angenommen. Im April 2023 wurde das erste Medizinische Versorgungszentrum in Schneeberg eröffnet. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der hausärztlichen Versorgung und zu einer erheblichen Verbesserung des Arbeitsumfelds für Ärztinnen und Ärzte.

In der Kategorie „Meine.Heimat.Arbeit&Familie“ wurde der Landkreis Regen mit seinem Projekt „ZAUBERWÖLD“ bedacht, das einen völlig neuen Ansatz in der regionalen Berufsorientierung verfolgt: Jugendliche aus den Abschlussklassen unterschiedlicher Schulen werden auf einer Begegnungs- und Austauschplattform mit regionalen Unternehmen zusammengebracht. Im Rahmen von Workshops und verschiedenen Inter-

aktionen arbeiten Schülerinnen und Schüler mit Unternehmern an konkreten Aufgaben.

Preisträger in der Kategorie „Meine.Heimat.Lebensqualität“ sind der Verein PYR-einander sowie der Kreisjugendring Augsburg-Land. Im Markt Pyrbaum werden Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Kommunalverwaltung, Kirchen und regionale Unternehmen vernetzt, um gemeinsame Veranstaltungen für Seniorinnen und Senioren im Ort zu organisieren. Das Projekt „PYR-einander“ schlägt eine Brücke zwischen den Generationen und zeigt, wie durch Vernetzung verschiedener Akteure gemeinschaftsstärkende Synergien entstehen. Zudem setzt es sich für soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren ein.

Sprachrohr für die Jugend

Der Kreisjugendring Augsburg-Land zeigt mit seinem Projekt „JUZE Adelsried“, was innerhalb eines Jahres mit viel Engagement auf die Beine gestellt werden kann: Die Jugend vor Ort hat einen attraktiven Raum für sich geschaffen, aber auch die Dorfgemeinschaft profitiert. Mit zahlreichen neuen Veranstaltungen bereichert die Jugend das Dorfleben. Darüber hinaus ist eine Jugendinitiative entstanden, die als Sprachrohr für die Jugend dient. **DK**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Gemeinde Unterammergau:

Bürgermeister Robert Stumpfegger überraschend verstorben

Die Gemeinde Unterammergau trauert um Robert Stumpfegger. Der Erste Bürgermeister verstarb vollkommen unerwartet. Zweiter Bürgermeister Michael Buchwieser schreibt auf der Internetseite der Gemeinde: „Wir verlieren einen wichtigen Teil unserer Gemeinschaft und werden ihn in liebevoller Erinnerung behalten.“

Robert Stumpfegger befand sich mit mehreren Landkreispolitikern zu einem kommunalen Austausch in Bad Reichenhall, als er leblos in seinem Hotelzimmer aufgefunden wurde. Die Todesursache ist nicht bekannt. Robert Stumpfegger hinterlässt seine Frau und drei Kinder. □



Die bayerische Fahnenstickerei ist immaterielles Kulturerbe: mittig v.l. Willi Hogger, stv. Landrat Landkreis Regensburg, Staatsminister Albert Füracker, Dr. Florian Englmaier, Fahnen Kössinger GmbH und Christian Kiendl, Bürgermeister Schierling. Bild: Christian Blaschka/StMFH

Staatsminister Füracker:

Auszeichnung für sieben lebendige Traditionen in Bayern

Aufnahme in das Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes

„Unsere Heimat Bayern ist geprägt von Traditionen wie Bräuchen und Festen, Musik und Tanz, überliefertem Wissen und traditionellen Handwerkstechniken – das bayerische Landesverzeichnis ist seit März um weitere dreizehn kulturelle Ausdrucksformen reicher. Die bewusste Pflege und Weitergabe dieser besonderen kulturellen Schätze in unserer Heimat wirkt identitätsstiftend und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gemeinschaft. Durch Offenheit für Neuinterpretationen bleiben Traditionen lebendig und begeistern auch die nächsten Generationen. Diese Begeisterung der Menschen und das damit verbundene Engagement macht unsere Heimat Bayern so lebenswert und attraktiv. Es ist mir daher eine große Freude, gleich sieben der insgesamt dreizehn diesjährigen Neuaufnahmen im festlichen Rahmen in der Residenz München zu würdigen und persönlich auszeichnen zu dürfen. Die neuen Einträge in unserem Bayerischen Landesverzeichnis zeigen, wie sich unzählige Menschen für ihre lebendige Tradition und ihre Heimat einsetzen. Ihnen gebührt höchster Respekt und außerordentlicher Dank für ihren Einsatz für unsere Heimat Bayern!“, betont Finanz- und Heimatminister Füracker bei der Urkundenübergabe in der Residenz München.

Seit 2003 stellt die UNESCO immaterielle kulturelle Ausdrucksformen in den Fokus der Öffentlichkeit. Überall auf der Welt sollen überliefertes Wissen und Können, das einen wesentlichen Bestandteil unserer Alltagskulturen ausmacht, als immaterielles Kulturerbe sichtbar gemacht sowie Maßnahmen unterstützt werden, die zur Erhaltung und Weiterentwicklung geeignet sind. Bis heute sind 180 Staaten dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes beigetreten. Deutschland ist seit 2013 Vertragsstaat. Neben dem Bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes gibt es in Bayern ein eigenes Landesverzeichnis, das nun 82 Eintragungen enthält.

Folgende Kulturformen wurden nach Empfehlung durch das unabhängige Expertengremium neu in das Bayerische Landesverzeichnis aufgenommen:

Chinesenfasching Dietfurt

Der Chinesenfasching in Dietfurt an der Altmühl gehört zu den bekanntesten Faschingsveranstaltungen in Bayern. Am „Unsinnigen Donnerstag“ bewegt sich ein rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählender Umzug mit „Kaiserpaar“, teilweise chinesisch gewandeten Fußgruppen und Umzugswagen in Richtung Stadtplatz, wo der „Empfang“ vor dem „Thron“ einen Höhepunkt bildet. Der Name basiert auf dem historischen Ortsnamen „Chinesen“ für die Dietfurter und wird seit dem frühen 20. Jahrhundert als Faschingsmotto umgesetzt. Heute gibt es einen engagierten Kulturaustausch mit China, zum Umzug kommt der Generalkonsul und chinesische Kulturvereine beteiligen sich.

Fahnenstickerei

Die Fahnenstickerei umfasst neben der Planung, Gestaltung und Ausführung auch die Pflege und Restaurierung von Fahnen.

Bis zum frühen 19. Jahrhundert handelte es sich um reine Handarbeit, die unter anderem in Klöstern und speziellen Werkstätten erledigt wurde. Seit der Industrialisierung kamen dann auch Stickmaschinen zum Einsatz. Ihren Höhepunkt erlebte die Fahnenstickerei durch das Aufblühen des Vereinswesens im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Zum handwerklichen Wissen und Können zählen die Kenntnis der Materialien und die Sticktechniken ebenso wie die für eine Restaurierung historischer Stücke notwendigen Spezialkenntnisse.

Kreuther Leonhardifahrt

Die Leonhardifahrt ist eine Prozession zu Pferd, die zu Ehren des als Viehpatron verehrten heiligen Leonhard von Limoges in Kreuth, wie auch in anderen Orten in Altbayern und Westösterreich, alljährlich an seinem Gedenktag am 6. November durchgeführt wird. Seit 1599 in Kreuth belegt, handelte es sich in der Frühen Neuzeit um Umritte mit Pferdesegnung, spätestens seit dem frühen 20. Jahrhundert kamen auch Fuhrwerke mit den sogenannten „Truhenwagen“ hinzu, auf denen die in Tracht gekleideten Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Kirche ins Dorf fahren. Als Besonderheit der Kreuther Leonhardifahrt gilt das Lenken der Pferde nicht vom Wagen aus, sondern vom Sattel.

Studioglasbewegung Frauenau

Die Studioglasbewegung Frauenau zielt seit den 1960er Jahren auf handwerklich und künstlerisch gestaltetes Glas – meist Unikate – ab, das nicht den Regeln der seriellen und auf Akkord ausgelegten Glasproduktion in großen Glashütten folgt. Studioglas wird in Frauenau und seiner Umgebung inzwischen von mehreren Generationen von Handwerkerinnen und Handwerkern sowie Künstlerinnen und Künstlern in individuellen Studios und

Werkgemeinschaften hergestellt. Zentral für die Vermittlung ist die 1987 gegründete internationale Sommer-Akademie. Dadurch werden Wissen und Können in einer Region erhalten und vermittelt, die bis vor wenigen Jahrzehnten für die Glasproduktion in Bayern und darüber hinaus von zentraler Bedeutung war.

Schwäbischwerder Kindertag zu Donauwörth

Der „Schwäbischwerder Kindertag“ zu Donauwörth, der seit 1680 belegt ist, findet im zweijährigen Rhythmus gegen Ende des Schuljahres am „Kindertag-Wochenende“ statt. Rund 870 Schulkinder und weitere Akteure spielen in historischen Gewändern in einem farbenprächtigen Festumzug und durch ein großes Historienspiel die Stadt- und Reichsgeschichte nach. Zum Umzug gehören auch aufwändig gebaute Wagen. Der seit 1983 gebräuchliche Name des Kinderfestes bezieht sich auf die Blütezeit der ehemaligen Reichsstadt, die bis zur Reichsacht von 1607 „Schwäbischwerd“ hieß.

Memminger Fischertag

Der Ende Juli gefeierte Fischertag hat sich als zentrales Stadtfest im schwäbischen Memmingen um das jährliche Abfischen und Reinigen des Stadtbaches entwickelt, das seit dem 16. Jahrhundert belegt ist. Im Mittelpunkt steht das Bemühen, aus dem Stadtbach mit einem Kescher den größten Fisch zu fangen, um dadurch zum „Fischerkönig“ oder zur „Fischerkönigin“ gekrönt zu werden. Um dieses Ereignis herum hat sich ein teils historisierender Festkomplex herausgebildet, zu dem unter anderem eine Wallenstein-Woche im vierjährigen Rhythmus gehört. Seit 2022 ist die Teilnahme beim Bachausfischen nicht mehr auf Männer beschränkt.

Die vier Knabenchöre Bayerns

Zu den „Vier Knabenchören Bayerns“ zählen die Chöre in Regensburg und Augsburg, hervorgegangen aus mittelalterlichen Domsingschulen, sowie in Bad Windsbach und Bad Tölz, die nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden. Die Tradition der Knabenchöre beruht auf deren besonderer Stimmlage. Die Chöre bemühen sich um eine praktisch wie theoretisch fundierte musikpädagogische Ausbildung und sind für ihre international renommierten Konzerte bekannt. Das Repertoire umfasst Chorwerke von der Gregorianik über die moderne Oper bis hin zum Volkslied. Mittlerweile nimmt der Chor in Regensburg auch Mädchen auf.

GZ PINOS WELT

Der Untergang des Abendlandes ist vorerst abgewendet. Jedenfalls haben die Europawahlen am 9. Juni nicht die befürchtete Unregierbarkeit Europas durch eine braune Schlammlawine nationalistischer und extremistischer Parteien gebracht. Stärkste und mit 190 Mandaten gestärkte Fraktion wurde die EVP, die Sozialdemokraten kamen mit milden Verlusten davon; nur die Liberalen sowie die Grünen mussten etwas mehr Federn lassen.

Ja, Zugewinne haben auch die nationalistischen und populistischen Parteien erhalten, aber da muss man sicher differenzieren. Beispiel Italien: Da ist die wild um sich schlagende, Putin-freundliche Lega und da ist die stärkste Regierungspartei, Fratelli d'Italia. Letztere ist sicher nicht im klassischen Sinne progressiv, aber wenn Ministerpräsidentin Meloni als Gipfel-Gastgeberin in Apulien aus dem G7-Abschlussdokument



linksaußen ist wieder stark und wo sie angetreten ist auch die neue Partei BSW, die sich noch nicht recht zwischen links- und rechtsaußen entscheiden kann. Dass sie außen ist, hat sie mit dem beschämenden Auszug ihrer Abgeordneten, zusammen mit denen der AfD aus dem Bundestagsplenum bei der Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj eindrucksvoll demonstriert.

Was also tun in den Rathäusern und Kreistagen, in die viele Mandatsträger auf deren Tickets eingezogen sind? Kindergärten, Umgebungsstraßen und Angelegenheiten des Bauhofs sind ja per se nicht parteipolitisch oder ideologisch, sondern nur pragmatisch zu diskutieren. Die Gretchenfrage heißt: Wie hältst Du es mit der Zusammenarbeit? Schließlich sind Gemeinde-, Stadt- oder Kreisräte keine Parlamente, sondern Verwaltungsorgane der Kommune, die zwar nach parteipolitischen Spielregeln funktionieren, aber immer noch das Wohl der Allgemeinheit über alles andere zu stellen haben. Noch fataler wird die Frage, sobald die Gemeinde- oder Kreisordnung verlangt, dass es bei Abstimmungen keine Enthaltung geben kann. Man kann ja schließlich nicht permanent auf die Toilette gehen, um nicht mit einer anderen Partei stimmen zu müssen, obwohl man deren Standpunkt in einer Sachfrage teilt.

Man wird wohl – Brandmauer hin, Abscheu gegen prussischen Populismus her – nicht darum herum kommen, auf kommunaler Ebene unterhalb formeller Koalitionen auch mit Parteien und Gruppierungen zu arbeiten, deren ideologische Grundhaltung man ablehnt. Das nennt man Pragmatismus.

Und hoffen darf man, dass Nicolás Gómez Dávila Recht hat: „Die Wahrheit wird sich nie beweisen; nur der Irrtum verrät sich früher oder später.“

Die Gretchenfrage in der Kommunalpolitik

das Bekenntnis zum Recht auf Abtreibung streichen lässt, mag das in linken Kreisen Schnappatmung auslösen, bürgerlich-konservativ eingestellte Menschen können es ertragen.

Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel. Frankreich erlebte geradezu einen Tsunami der alten Front National (die jetzt in guter französischer Tradition anders heißt) und Präsident Macron hat gleich das Parlament aufgelöst. Die spannende Frage ist, ob er das aus einer Art Todessehnsucht heraus gemacht hat oder um die Le-Pen-Truppe in der Regierung zu zermürben. Motto: Dann macht ihr den Dreck doch selber.

Etwas gruselig ist auch die Deutschlandkarte anzusehen, in der die jeweils regionalen Siegerparteien der Europawahl in den Wahlkreisen eingetragen sind. 35 Jahre nach dem Mauerfall zeichnen sich die Konturen der alten Bundesrepublik schwarz für die Union ab und die alternative Farbe Blau zeichnet die Umrisse der deutschen Länder, die mal als die „Jungen Länder“ bezeichnet wurden und jetzt ganz schön alt aussehen. Das ist staatspolitisch und als Zwischenstand der deutschen Einheit mehr als bedenklich, auch wenn aufgrund der geringen Bevölke-

Ihr Pino

Motivation für die Einsatzkräfte

Abensberger Kindergartenkinder bemalen Sandsäcke

Zur Unterstützung und Motivation der vielen Freiwilligen an den Hochwasserdämmen haben die Kinder des Abensberger Kindergartens „Lummerland“ Sandsäcke mit schönen, farbigen Motiven verziert. Anfang Juni wurde ein ganzer Stapel bemalter Säcke an die Abensberger Feuerwehr übergeben. Angestoßen wurde die Aktion durch die Abwesenheit des Kinderpflegers Markus Glas, der sechs Tage im Hochwasser-Einsatz war – er ist selbst Mitglied der Feuerwehr.

Fantastische Werbung fürs Ehrenamt

Weil die Kinder seiner Gruppe wissen wollten, wo ihr Markus ist, wurde das Interesse an der Feuerwehr riesig – und weil viele von der dramatischen Situation wussten, wollten sie mithelfen.

Die „Lummerland“-Verantwortlichen rund um Leiterin Cathleen Winkler haben deshalb Farbe mit Kleber gemischt („Damit's hält!“) und legten mit den Kindern los. „Die Nachfrage war gigantisch, alle wollten mitmachen“, so Frau Winkler.

Abensbergs Erster Bürgermei-

ter Dr. Bernhard Resch, Feuerwehr-Kommandant Konrad Bauer und 2. Kommandant Bernhard Resch freuten sich sehr: „Das ist eine schöne Unterstützung und Motivation für die Einsatzkräfte.“ Sie dankten allen Beteiligten, insbesondere den vielen kleinen Künstlerinnen und Künstlern, die mit farbenfrohen Motiven und aufmunternden Zeichnungen gar nicht sparsam waren. Auch Kreisbrandmeister Fabian Weyerts war bei der Übergabe gerne dabei und schloss sich dem Dank an. Das sei eine tolle Aktion und eine fantastische Werbung für das Ehrenamt. □



V.l.: Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, von der Freiwilligen Feuerwehr Abensberg der stellvertretende Kommandant Bernhard Resch, Kreisbrandmeister Fabian Weyerts, zuständig auch für die Kinder- und Jugendfeuerwehren, Kommandant Konrad Bauer und „Lummerland“-Leiterin Cathleen Winkler sowie Kinderpfleger und Feuerwehr-Mitglied Markus Glas inmitten der Kindergartenkinder, die in den letzten Tagen Sandsäcke bemalt haben.

Bild: Knott/Stadt Abensberg

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Markus Bauer (FW) heißt der neue Rathauschef von Tüßling im Landkreis Altötting. In einer Stichwahl setzte er sich mit 57 Prozent der Wählerstimmen gegen Carolin Auer (CSU) durch, die 43 Prozent auf sich vereinen konnte. Der bisherige Bürgermeister Helmuth Wittich (FW) war aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,2 Prozent.

In Sugenheim (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) behielt Toni Schiefer (SPD) mit 67,1 Prozent der Stimmen die Oberhand. Sein Kontrahent Günther Schell (Freie Wähler Oberer Ehegrund FWOE), der auch von der CSU nominiert worden war, und Kämmerer in der Verwaltungsgemeinschaft Iphofen ist, kam auf 32,9 Prozent. Wahlbeteiligung: 76,2 Prozent.

Jan-Malte Marberg ist neuer Bürgermeister von Bad Brückeneu (Landkreis Bad Kissingen). In einer Stichwahl setzte sich der SPD-Kandidat mit 53,8 Prozent der Stimmen gegen Dirk Stumpe (Parteilose Wählergemeinschaft PWG) durch, der 45,7 Prozent erreichte. 0,5 Prozent der Stimmen waren ungültig. Der Urnengang in der unterfränkischen Kleinstadt war nötig geworden, weil nach nur vier Jahren Dienstzeit CSU-Bürgermeister Jochen

Vogel nach einer Post-COVID-Erkrankung seinen Posten niederlegen musste. Wahlbeteiligung: 49,9 Prozent.

Denkbar knapp war die Entscheidung in Iggenbach im Landkreis Deggendorf. Mit nur sechs Stimmen Vorsprung heißt der neue Erste Bürgermeister der Gemeinde Wolfgang Schwarz von der SPD. Mit 50,2 Prozent gewann er gegen seinen Herausforderer Bernhard Lenz (Unabhängige Bürgerliste Iggenbach e.V.), der 49,8 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Wahlbeteiligung: 72,9 Prozent.

Deutlich fiel dagegen der Sieg des amtierenden Zweiten Bürgermeisters von Jetzendorf (Landkreis Pfaffenhofen), Tobias Endres (Parteiunabhängige), mit 74 Prozent der Stimmen aus. Er behielt die Oberhand gegenüber Emily Rumpf (Grüne) und Bastian Hepperle (parteilos) mit jeweils

10,2 Prozent der Stimmen und Florian Bachmeier (CSU), der bei 5,7 Prozent landete. Wahlbeteiligung: 79,3 Prozent.

In Zeilarn im Landkreis Rottal-Inn heißt der neue Erste Rathauschef Karl Holböck (Vereinigte Wählergemeinschaft). Der parteilose Bürgermeister Michael Stolz war wegen eines Streits über eine Asylbewerberunterkunft zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 62,4 Prozent. **DK**

Landkreis Donau-Ries:

Digitallotsen-Netzwerktreffen

Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring zu Gast in Rain

Im Mai fand das alljährliche Digitallotsen-Netzwerk im Landkreis Donau-Ries statt. Es bietet den ehrenamtlich engagierten Digitallotsen und Digitallotsinnen eine Plattform, um ihr Wissen über die digitale Welt zu teilen und auszubauen. Unter der Schirmherrschaft von Landrat Stefan Rößle versammelten sich zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einem inspirierenden Abend im Zeichen der Digitalisierung.

Landrat Stefan Rößle eröffnete die Veranstaltung mit lobenden Worten: „Ich bin beeindruckt, wie viele ehrenamtlich engagierte Menschen sich heute zum Digitallotsen-Netzwerk getroffen haben. Sie helfen den Menschen in unserem Landkreis, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Egal ob einfache oder schwere Fragen, Sie stehen ihnen zur Verfügung – das macht mich sehr stolz.“

An dem Netzwerk, das in diesem Jahr in der Stadt Rain stattfindet, nahmen insgesamt 45 Digitallotsen und deren Organisa-

zent. Wahlbeteiligung: 73,5 Prozent.

Neues Oberhaupt in Markt Schwaben (Landkreis Ebersberg) ist Walentina Dahms. Die Kandidatin von CSU und FW erhielt 62,3 Prozent. Ihr Herausforderer Ronny Schreiber, der für die Grünen und eine parteifreie Gruppe ins Rennen gegangen war, erreichte 37,7 Prozent der Wählerstimmen. Der parteilose Bürgermeister Michael Stolz war wegen eines Streits über eine Asylbewerberunterkunft zurückgetreten. Wahlbeteiligung: 62,4 Prozent. **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH der Sonderdruck „Mehrwert durch Erneuerbare“ anlässlich des Bayerischen Energie- und WasserkraftForums bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Die Veranstaltung wurde durch eine Fortbildung der Initiative „Deutschland spricht über 5G“ bereichert. Lynn Willner vermittelte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in ihrem Vortrag „Wie funktioniert eigentlich Mobilfunk“ wichtiges Wissen über die Grundlagen des Mobilfunks und die Unterschiede zwischen 4G und 5G. Der Vortrag klärte zum Beispiel darüber auf, dass 5G die schnellere Nachfolger-Version von 4G ist und keine neuen Masten benötigt, um ausgestrahlt zu werden. Weitere Vorteile von 5G wurden erläutert, darunter höhere Datenraten, schnellere Reaktionszeiten und verbesserte Datensicherheit.

Digitallotsen-Alltag im Austausch

Bei einem kleinen Imbiss hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, sich über neues Wissen sowie aktuelle Herausforderungen aus ihrem Digitallotsen-Alltag auszutauschen.

Die Digitalisierungskoordination des Landkreises, Laura Brummer, zeigte sich erfreut über den Erfolg der Veranstaltung: „Die Digitallotsen und deren Organisatoren sind meiner Meinung nach

ganz besondere Menschen. Es freut mich jedes Mal, wenn wir durch unsere regelmäßig stattfindenden Fortbildungen und Netzwerke neues Wissen streuen und weitere Kontakte knüpfen können.“

Pilotprojekt ausgeweitet

Die Digitallotsen sind ein Projekt des Landkreises Donau-Ries. Das Projekt wurde von der Stabsstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit unter der Leitung von Klemens Heining er initiiert und wird von dort bei Marketing, Aus- und Fortbildung unterstützt. Organisatoren sind die einzelnen Kommunen. In diesem Rahmen unterstützen die Digitallotsen in den Kommunen Hilfesuchende beim Umgang mit Handy, Tablet und Laptop. Gestartet ist das Projekt im Herbst 2022 mit den fünf Pilotkommunen Nördlingen, Donauwörth, Wemding, Harburg und Deiningen so erfolgreich, dass die Zahl der Partnerkommunen auf acht gestiegen ist. Auch in Rain, Ederheim und Oettingen gibt es mittlerweile eine Anlaufstelle. Weitere Informationen zu den Digitallotsen können abgerufen werden unter www.donau-ries.de/themen/digitalisierung/digitallotsen.

Vorschau auf GZ 13

In unserer Ausgabe Nr. 13/2024, die am 4. Juli 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Abfall, Entsorgungsmanagement, technische Lösungen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management

LIEFERANTENNACHWEIS

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

www.etsch.de

Etichel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- Nachrüstbar im laufenden Betrieb
- Montage vor Ort durch modulare Bauweise
- Keim- und schadstoffübertragungsfrei
- Werkseigener Kundendienst
- Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de

Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!

MIKROBIOM LAB INNOVATION

www.mikrobiom-lab.de



V.l.: Stefan Graf, Dr. Birgit Kreß, Vinzent Ellissen, Constanze von Hassel und Karl-Heinz Fitz



15. BAYERISCHES ENERGIEFORUM UND 10. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM IN GUNZENHAUSEN

Mehrwert durch Erneuerbare

Gelungene Premiere in Gunzenhausen: Erstmals veranstaltete die Bayerische GemeindeZeitung das Bayerische Energie- und WasserkraftForum gemeinsam mit dem Bayerischen Gemeindetag. „Das macht uns sehr stolz. Damit stellen wir eine noch bessere Versorgung mit relevanten Themen für unsere Besucher und Partner sicher“, stellte GZ-Verlegerin Constanze von Hassel fest. Breiten Raum nahm dabei die Kommunale Wärmeplanung ein, die seit 1.1.2024 verpflichtend ist.

Mehr als 300 Teilnehmer informierten sich in Gunzenhausen über neue Produkte, aktuelle Dienstleistungen, konkrete Lösungsmöglichkeiten und gut funktionierende Beispiele. Noch mehr Aussteller als in der Vergangenheit, 39 Partner sowie 35 Referentinnen und Referenten wohnten der bewährten Fachveranstaltung bei.

Dr. Birgit Kreß, Erste Bürgermeisterin Markt Erlbach und Zweite Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, hob in ihrem Grußwort die Bedeutung der Wasserkraft hervor. In Bayern sorgten 4.200 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 2,9 GW in hohem Maße für eine grundlastfähige Absicherung. Somit sei die Wasserkraft neben Wind und Sonne eine immens wichtige Energiequelle, so Kreß.

Mit Blick auf die Kommunale Wärmeplanung warnte die Vizepräsidentin vor einer „vorzeitigen Beauftragung und Schnellschüssen“. Die bereits von zahlreichen Landkreisen auf den Weg gebrachten Energienutzungspläne könnten hier eine wertvolle Vorarbeit leisten. Hier würden Daten erhoben, auf die die Kommunen zurückgreifen dürfen.

„Bei uns im ländlichen Raum gibt es bereits in vielen der 14 Ortsteile Wärmenetze, die teilweise über Biogas oder andere Energieträger gespeist werden“, berichtete Gastgeber Karl-Heinz Fitz, Erster Bürgermeister der Stadt Gunzenhausen. Aktuell sei man gerade dabei, ein Baugebiet mit 90 Bauplätzen zu realisieren und ein kaltes Nahwärmenetz aufzubauen. „Im Neubaubereich, wo der Energiebedarf in den Häusern nicht mehr so hoch ist, ist dieses Unterfangen leichter zu realisieren“, betonte Fitz, wies aber auch darauf hin, dass der Bebauungsplan relativ lang gedauert habe und „allein die Konzeption des Nahwärmenetzes wieder eine Zeitspanne von ein bis zwei Jahren verschlingt“. Insgesamt aber sei die Stadt Gunzenhausen auf einem guten Weg, konstatierte der Rathauschef.

Julia Langer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie warb für die vom Team Energiewende Bayern initiierten Bayerischen Energietage, die nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr heuer fortgesetzt werden und vom 21. bis 29. September 2024 stattfinden.

Unter dem Motto „Energiewende. Hier. Jetzt.“ wird gezeigt, wie die Energiewende vor Ort gelingt. Positivbeispielen und Vorbildern soll eine große Bühne gegeben werden. Ob Nachbarschaftsgemeinschaft, Kita oder Verband, ob Anlagenbetreiber oder Stadtwerke, ob Start-up oder alteingesessenes Unternehmen, ob Kommune oder Landkreis: Alle können mitmachen und sich mit Aktionen und Veranstaltungen beteiligen. „Denn schließlich ist die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, das nur gemeinsam funktioniert“, erklärte Langer.

Kooperationspartner des Bayerischen Energie- und WasserkraftForums waren erneut VKU Bayern und die Bayerischen Energieagenturen. Als Medienpartner fungierte einmal mehr TV Bayern live. [DK](#)

TV-BERICHTE



Über die Veranstaltung gibt es einen Fernsehbeitrag von TV Bayern live: <https://tinyurl.com/38eass79>

DOKUMENTATION



Vorträge der Veranstaltung finden Sie im internen Bereich, online abrufbar unter: www.bayerisches-energieforum.de. Passwort via Mail an: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

PARTNERBEITRÄGE



Auf Seite 35 finden Sie Beiträge unserer Partner.

DIREKTOR STEFAN GRAF | BAYERISCHER GEMEINDETAG UND
FABIAN SCHATZ | BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE



Stefan Graf



Fabian Schatz

Das WPG in Bayern: Erste Schritte hin zur Kommunalen Wärmeplanung

DIE ERSTEN 100 TAGE DES WÄRMEPLANUNGSGESETZES

Klimaschutz ist seit April 2024 ein Menschenrecht. Dieses Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat eine Signalwirkung: Zum ersten Mal wurde ein Land (Schweiz) verklagt, zu wenig für den Klimaschutz gemacht zu haben. Damit erreichten die Klägerinnen, die Schweizer Klimaseniorinnen, einen historischen Sieg. Nun bangen viele Länder, dass auch sie nach der EMGR-Entscheidung juristisch belangt werden, mehr Maßnahmen zeitnah für den Klimaschutz zu ergreifen – auch die deutsche Bundesregierung und Bundestag müssen nachlegen, um jetzt die Weichen für eine klimaneutrale Zukunft zu stellen.

Die nationale Politik hatte Ende 2023 die rechtliche Grundlage für die verbindliche Einführung einer flächendeckenden Wärmeplanung geschaffen. Seit 1. Januar 2024 ist das Gesetz für Wärmeplanung und Dekarbonisierung (WPG) in Kraft. Fabian Schatz, Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, und Direktor Stefan Graf, Bayerischer Gemeindetag, zogen über die ersten 100 WPG-Tage ihr Fazit und sprachen über noch ungeklärte Fragen rund um eine flächendeckende Wärmeplanung, deren Ziel es ist, in Gebieten mit dezentraler Wärmeversorgung bestehende Wärmenetz- oder Wasserstoffnetzgebiete auf ihre Um- und Ausbaumöglichkeiten zu untersuchen. Schatz verglich den Weg zu einem eigenen Wärmeplan mit einem Marathonlauf, bei dem es gilt, immer wieder neue Hürden und Herausforderungen zu überwinden. Wie im Sport braucht es Durchhaltevermögen. Er wünsche sich bei der Umsetzung weniger Aufregung, weil

die Wärmeplanung in jeder Kommune seiner Meinung nach einem „iterativen Prozess“ unterworfen sei. Denn für ihn stehe fest, dass auf dem Weg zum finalen Ergebnis die Wärmeplanung mit immer neuen Daten weiterentwickelt und verbessert wird: „Wir stehen an der Seite der Kommunen und wollen die Belastung so gering wie möglich halten. Es wird Unterstützung bei Fragen und Herausforderungen geben“, erläuterte Schatz.

Sinnvolles und zielgerichtetes Planungsinstrument

Nach Ansicht der beiden Referenten bringe jedoch die Kurzfristigkeit der gesetzlichen Regeln des Bundes offene Fragen, beispielsweise wie die Analyse eigentlich finanziert werden soll. →





#Team Energiewende

Markus Briechele, Julia Langer

Doch beide versichern: Die Wärmeplanung stelle ein sinnvolles und zielgerichtetes Planungsinstrument für örtliche Entwicklungskonzepte dar und sei ein wichtiges Instrument für die Dekarbonisierung der Wärmenetze. Mit der Erstellung des Wärmeplans erhielten Bürger und Gewerbebetriebe einen detaillierten Überblick mit welchem Energieträger und welcher Versorgung sie lokal rechnen können. Diese Planungssicherheit im Hinblick auf künftige Wärmeversorgungsoptionen könne einen Beitrag leisten, dass Kommunen als Wohnort oder als Ort zur Ansiedlung von Gewerbe attraktiver werden. So könne beispielsweise ein Hausbesitzer auf die Installation einer Wärmepumpe oder Biomasseheizung verzichten, wenn die kommunale Wärmeplanung ermittelt, dass das Gebiet, in dem sich das Haus befindet, künftig an das Fernwärmenetz angeschlossen wird.

Ruf nach Kostenausgleich für kommunalen Zusatzaufwand

Da eine direkte Übertragung von Aufgaben durch den Bund an die Kommunen verfassungsrechtlich nicht möglich ist, muss dies jetzt jedes Bundesland für sich lösen, wer die Erstellung des Wärmeplans in Angriff nehmen muss. Der Freistaat, so der Energieexperte des Gemeindetags, Stefan Graf, beabsichtige die Kommunen als planungsverantwortliche Stelle einzusetzen, da sie die nötigen Kenntnisse der konkreten Voraussetzungen vor Ort am besten kennen. Aktuell wird die landesrechtliche Umsetzung erarbeitet. Der Gemeindetag fordert für den Zusatzaufwand der Kommunen einen Kostenausgleich. Schließlich erhalte der Freistaat eine finanzielle Unterstützung von 79 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt. Graf legte ein Konzept vor, wie dieser Kostenausgleich aussehen könnte: „Der Freistaat soll ein Musterleistungsverzeichnis für externe Fachplaner die mit der Erstellung des Wärmeplans beauftragt werden und auch die Kosten dafür tragen: „Wir fordern einen pauschalen Kostenersatz für den internen Aufwand einer Kommune. Des Weiteren soll das [ENP¹](#), das Bayerische Förderprogramm Energiekonzepte und kommunale Energienutzungspläne um den Aspekt Fernwärmecluster von Kommunen erweitert werden. Denn es braucht finanzielle Anreize, damit sich Kommunen zusammenschließen. Das aktuell feststellbare Kirchturmdenken, dass jede Kommune allein für sich plant, ist nicht zielführend. Eine Erweiterung der ENP-Förderung wäre hier sicherlich eine

große Unterstützung und Anreiz für eine stärkere Kooperation der Gemeinden untereinander.“ Hinsichtlich einer Anpassung des ENP-Förderprogramms stehe das Wirtschaftsministerium, so eine Ergänzung von Schatz, bereits im Austausch mit dem bayerischen Finanzministerium.

Datengrundlage Energie-Atlas

Bayern verfügt mit dem Energie-Atlas [Kommunale Wärmeplanung²](#) über eine aussagekräftige Datengrundlage für die Wärmeplanung. Dieses Datenfundament ist ein gutes Tool, um loslegen zu können. Schatz kündigte an, dass der Energie-Atlas noch stärker an den Wärmebedarf in den Kommunen angepasst und um weitere Daten erweitert werden soll. So fragt das Bayerische Landesamt für Statistik die Kehrbuschdaten, die sehr kleinteilig sind, bei den Bezirksschornsteinfegern ab, um mehr über die erfassten Anlagen in den jeweiligen Kehrbezirken zu erfahren. In Zukunft sollen die Feuerstättenarten genauso digital erfasst werden wie die Nennwärmeleistungen und der Heiz- und Brennwert der Anlagen. Im Jahr 2024 sollen die Daten aus dem Berichtsjahr 2023 vorliegen. Ziel sei es, ein digitales Abbild des Freistaates Bayern zu erhalten, um ein Fundament für eine kosteneffiziente Wärmeplanung zu schaffen und interkommunale Zusammenschlüsse als regionale Cluster zu erleichtern.

In der anschließenden Fragerunde erhielten die anwesenden Bürgermeister und Vertreter der Kommunen zusätzliche Hinweise, wie die Wärmeplanung in Angriff genommen werden kann. So empfehlen die Referenten Schatz und Graf, dass für die Wärmeplanung mindestens ein Jahr Arbeit angesetzt werden müsse. Zudem appellieren sie an die Kommune nicht allein loszulaufen. Sie verabschiedeten sich vom Plenum mit dem Tipp: „Schließen Sie sich mit anderen Kommunen zusammen, um gegenseitig von den Erfahrungen benachbarter Gemeinden zu profitieren.“ Das senke die Kosten und bedeute Zeitersparnis, weil nicht jeder individuell die Herausforderungen eigenständig lösen muss. [HOF](#)

¹ ENP ENERGIENUTZUNGSPLÄNE ONLINE
www.enponline.de

² ENERGIE-ATLAS BAYERN KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG
www.energieatlas.bayern.de/kommunen/kommunale_waermeplanung



DETLEF FISCHER | VERBAND DER BAYERISCHEN ENERGIE- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V. – VBEW

*Mit gutem
Beispiel voran*



Detlef Fischer

Mit Strom durch den Winter – ein Erfahrungsbericht

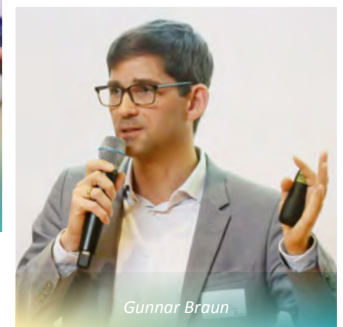
DER WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT – EIN ERFOLGREICHES PRAXISBEISPIEL SUCHT NACHAHMER

2040, 2045, 2050: Was nach einem Nummerncode klingt, sind die Klimaschutzziele nach Jahren von Bayern, Bund und der EU. Alle verfolgen das gleiche Ziel: Klimaneutralität.

Danach sollen nur noch so viele Treibhausgase in die Atmosphäre freigesetzt werden, wie die Natur absorbieren kann, d.h. Wälder, Ozeane und Böden aufnehmen können. Das 2023 in Kraft getretene bayerische Klimaschutzgesetz soll Bayern bis 2040 klimaneutral machen. Das Klimaschutzgesetz des Bundes peilt das Jahr 2045 als Ziel an. Der Europäische Rat beschloss im Jahr 2019, die Klimaneutralität 2050 zu erreichen. Die Fristen sind nach Ansicht von Detlef Fischer, Hauptgeschäftsführer Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft, sehr ambitioniert: „Mir fehlen für das Erreichen der Klimaneutralität Tempo, Tempo, Tempo. Denn nur mit Aufschreiben von Worten und einer Jahreszahl wird das Klima nicht neutral. Es braucht Taten. Denn die Energieabhängigkeit muss nach dem Wegfall von der Primärenergien Atomenergie, Mineralöl oder Kohle verringert werden. Wasserkraft und Erneuerbare Energien müssen dies zeitnah kompensieren. Und jeder muss seinen Beitrag für den grünen Wandel und den Übergang zu einer emissionsfreien Gesellschaft leisten. Ich stellte mir die Frage, wie ich im privaten Verbrauch klimaneutral werden kann und begann mit dem Umbau meines Eigenheims.“ Aktuell liegt in Bayern der Primärenergieverbrauch eines jeden Bürgers bei durchschnittlich 98 kWh pro Tag, das ungefähr einem Verbrauch von 10 Litern Mineralöl entspreche.

In Gunzenhausen stellte Fischer seinen individuellen Praxisbericht vor, welche Herausforderungen er beim Umbau seiner Doppelhaushälfte zu bewältigen hatte. Der energetische

Gebäudestandard ist mittlerer Standard mit einem Wärmebedarf mit Brauchwasser von rund 12.000 kWh pro Jahr. „Zuerst einmal musste sich meine Familie von der alten Technologie trennen. Es war wie bei einer Scheidung. Es begann ein neuer Lebensabschnitt für unseren Haushalt, in dem am Anfang nicht alles rund lief. Denn die neuen Technologien harmonierten nicht automatisch. Bei der Steuerung gibt es noch viel Schau- und Handarbeit zu erledigen. Doch insgesamt fällt mein Resümee positiv aus: Mit viel Durchhaltevermögen funktioniert die Klimaneutralität in den eigenen vier Wänden. Die Elektrifizierung (Elektromobilität/Wärmepumpe) bekommt mit der Eigenversorgung neuen Schwung. Jeder kann auf diese Weise seinen Beitrag zu mehr Klimaneutralität leisten. Denn ich bin überzeugt, dass jeder im Privaten viel bewegen kann.“ Nachdem im Oktober 2023 noch die alte Gasheizung gegen eine Luft-Wasser-Wärmepumpe ausgetauscht wurde, zieht Fischer Bilanz: Diese hat einen COP (Coefficient of Performance) von 4,72. Der Stromverbrauch liegt bei 218 kWh und die Thermische Energie beläuft sich auf 1.030 kWh. Bei seiner Rechnung nach Wirtschaftlichkeit und des Hausverbrauchs zieht er ein erfreuliches Fazit: Fischer hatte nicht nur Strom im Winter; sondern die Investitionskosten für PV, Wärmepumpe und die Heimpladestation für das E-Auto haben sich mittlerweile schon amortisiert. Offen bleibt noch die Frage, wie jeder den hohen Stromverbrauch bei der Wärmeumwälzung im Bad einsparen kann. Aber eine mögliche Lösung kann Teil der Fortsetzung des Praxistestes in naher Zukunft sein. Auf jeden Fall lädt dieses positive Beispiel von Detlef Fischer zum Nachmachen ein. Copy and paste ist ausnahmsweise ausdrücklich erwünscht. **HOF**



Wärmeversorgung 2045

DAS E-REZEPT FÜR DIE ENERGIEWENDE: MEHR NUTZUNG DER POTENZIALE VON GEO- UND AQUATHERMIE

Derzeit stammt laut einer Analyse des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) die Hälfte des täglich produzierten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen. Aus der Solarenergie kamen 31,7 Prozent des Stroms, aus der Windenergie 23,9 Prozent und Wasserkraft lieferte 5,8 Prozent. Beim Umbau des Energiesystems werden nach Ansicht von Gunnar Braun, Geschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) in Bayern, noch zu wenig die Potenziale aus Geo- und Aquathermie berücksichtigt. Nach seiner Ansicht könne hiermit der Großteil des bayerischen Wärmebedarfs abgedeckt werden. Bis zu 40 Prozent könne aus Tiefengeothermie abgedeckt werden, bis zu 60 Prozent mit oberflächennaher Geothermie nach Sanierung. Diese liefere Wärmeenergie und Klimakälte beispielsweise für Einfamilienhäuser, Bürogebäude, Schulen oder Werks- und Montagehallen.

Bei seiner Vorschau auf die Wärmeversorgung 2045 stellte Braun die Leistungen der unterschiedlichen Wärmepumpenkategorien und Einsatzgebiete gegenüber: Luft-Wasser, Sole-Wasser und Abwärme. Dabei weisen die beiden letzteren Kategorien eine bessere Strombedarfsbilanz auf. Braun ist überzeugt, dass es in den nächsten 21 Jahren auf einen Energieträgermix ankomme, um den Endenergieverbrauch in Gebäuden, Industrie und Verkehr zu decken. Wie sich der Strommix zusammensetzt, ist von Tag zu Tag unterschiedlich, denn die Erzeugung erneuerbarer Energie hänge vom Wetter, der Tageszeit und von der Jahreszeit ab. Für sämtliche Vorhaben, egal ob der klimafreundliche Strom aus Wind- und Wasserkraft oder durch Wasserstoff oder der Sonne komme, sei es wichtig, frühzeitig die Bürger zu beteiligen. Denn nur mit einem „gemeinsamen Anpacken für die Energiewende“ gelinge die Transformation der Wärmeversorgung.

Überzeugen statt verunsichern

Daher schlägt der VKU einen Energiewende-Fonds mit lokaler Ausprägung vor, um die Energiewende zu finanzieren. Dies hätte den Vorteil, dass die Klimaschutzziele bürgernah und vor Ort erreicht werden können. Energieunternehmen suchen private Investoren für ihre Vorhaben. Finden sie genügend Investoren, steuern Bund und Land noch weitere Finanzmittel bei. Der

Staat und die privaten Investoren sind an dem erwirtschafteten Gewinn beteiligt, bis der Fonds nach Ende der Laufzeit zurückgezahlt wird.

Neben der regionalen Koordination sei in der Kommunikation von Seiten der Kommunen, Versorger und Medien in Richtung der Bürger noch viel Luft nach oben. Es gelte doch die Menschen zu überzeugen und nicht durch negative Schlagzeilen in Medien zu verunsichern. Begriffe wie „Schock“, „Energie-Hammer“ oder „Klima-Reinfall“ bewirken das genaue Gegenteil. Dies veranschaulichte Braun anhand einer Bildschlagzeile vom 19. und 21. April 2024. Auslöser der Berichterstattung war eine Studie, die der VKU mit seinen 221 Mitgliedsunternehmen in Bayern und dem vbew in Auftrag gab. Hier sollten die Potenziale von Wärmepumpen in Flüssen und Seen untersucht werden. Die Boulevardzeitung veröffentlichte den gleichen journalistischen Artikel unter zwei unterschiedlichen Überschriften: „Unsere Flüsse können Gas und Öl ersetzen“ (19. April) und „Lösen unsere Flüsse unser Energieproblem?“ (21. April). Auf die Frage des Referenten, welche Überschrift das Publikum wählen würde, um auch weniger Interessierte für die Energiewende zu gewinnen, fiel das Urteil einer Schnell-Umfrage eindeutig aus: Die Überschrift vom 19. April wäre der Gewinner, wenn das Gunzenhausener Publikum die Blattmacher wären, weil diese neutraler, sachlicher und weniger negativ sei. [HOF](#)

ADVERTORIAL

BAYERISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT

Energie-Atlas Bayern: Daten, Tools und Tipps zur Energiewende

Der Energie-Atlas Bayern ist zentrale Anlaufstelle für Fragen zum Energiesparen, zur Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien. Interessierte finden schnell, kompakt und fachlich fundiert die gesuchten Informationen und Daten. Das Angebot wird ständig weiterentwickelt – neu dabei sind unter anderem Potenzialdaten zu Photovoltaik auf Dachflächen und oberflächennaher Geothermie.



Oberflächennahe Geothermie: Potenziale für Bayern erkennen

Neue Karten¹ zeigen die in Bayern nutzbaren geothermischen Potenziale für Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren und Grundwasserwärmepumpen. Sie unterstützen Kommunen, Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen bei der Frage, ob und wie Geothermie die Wärmewende vor Ort voranbringen kann.

Photovoltaik auf Dachflächen: Sonnige Potenziale nutzen

Wie groß ist das Potenzial für Photovoltaik² auf bayerischen Dächern? Im Energie-Atlas Bayern sind nun Daten wie Potenzial, Ausbaustand und Ausbaugrad für Regierungsbezirke, Landkreise und Gemeinden in Bayern ersichtlich. Die Potenziale wurden auf Basis einer genaueren Datengrundlage neu erhoben und eignen sich ideal als lokale Planungsgrundlage.

Freiflächen-Photovoltaik: Planung und Genehmigung meistern

Freiflächen-Photovoltaikanlagen unterliegen gesetzlichen Vorschriften auf Bundes- und Landesebene. Die neue „Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen“³ bündelt daher die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen und unterstützt mit weiteren Hinweisen.

Steckbrief Stromdaten: Für jeden Ort in Bayern verfügbar

Der „Steckbrief Stromdaten“⁴ fasst Informationen zu Stromverbrauch und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien kompakt auf einer Seite zusammen und zeigt den Ausbau vor Ort in den letzten zehn Jahren. Die übersichtliche grafische Darstellung kann hervorragend für die Kommunikation genutzt werden.

Kommunale Wärmeplanung:

Die Herausforderung schaffen

Die Wärmeplanung ist in den kommenden Jahren eine der zentralen Herausforderungen in Kommunen. Auf der Seite „Kommunale Wärmeplanung“⁵ gibt es nützliche Tipps und Infos für die nächsten Schritte sowie Hinweise auf unterstützende Angebote des Energie-Atlas Bayern.



Der Kartenteil:

Daten zur Energiewende in Bayern finden und verstehen

Der Kartenteil des Energie-Atlas Bayern enthält über 200 digitale Info-Karten und rund 800.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen. Er bietet damit ideale Voraussetzungen für den schnellen Überblick und intensive Recherchen.

Weitere Angebote des Energie-Atlas Bayern im Überblick:

- Eine räumliche und zeitliche Recherchefunktion⁶ durchsucht die in den Karten dargestellten Daten nach verschiedenen Kriterien und bietet die Möglichkeit zum Daten-Download.
- Das Tool Mischpult⁷ zeigt den aktuellen Stand der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien an. Interessierte erfahren, wie groß der Anteil erneuerbarer Energien am aktuellen Stromverbrauch bzw. Wärmebedarf ist und welche Potenziale vorhanden sind.
- Das Tool 3D-Analyse Wind und PV⁸ visualisiert, wie neue Windenergie- und Photovoltaik-Freiflächenanlagen in der Landschaft wirken würden.
- Die Gebietskulisse Windkraft⁹ weist bayernweit Flächen aus, in denen die Nutzung von Windenergie unter Berücksichtigung von Umweltaspekten voraussichtlich möglich ist.
- Die Karte zur Wärmebedarfsdichte¹⁰ zeigt grob auf, wo hohe Wärmebedichten vorliegen und wo gegebenenfalls zentrale Wärmeversorgungen eine geeignete Alternative zu dezentralen Heizsystemen darstellen.
- Mit der praktischen iFrame-Funktion¹¹ können individuell zusammengestellte Karten auf der eigenen Webseite eingebunden werden.
- Der „Heizungsvergleich“¹² erleichtert die Suche nach der passenden Heizung und berücksichtigt nun auch die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes.

Online-Sprechstunde

Das Team des Energie-Atlas Bayern beantwortet regelmäßig Fragen zum Portal. Die nächsten Termine¹³ finden Sie unter Aktuelles auf der Startseite.

WEITERFÜHRENDE LINKS

1. Oberflächennahe Geothermie	https://tinyurl.com/3p9tk8p9	9. Gebietskulisse Windkraft	https://tinyurl.com/4e27mydv
2. PV-Potenzial auf Dachflächen	https://v.bayern.de/y2PJK	10. Wärmebedarfsdichte	https://v.bayern.de/FWNdl
3. Planen Genehmigen von Freiflächen-PV	https://tinyurl.com/2n67hckr	11. iFrame-Funktion	https://tinyurl.com/3bvrd8bd
4. Steckbrief Stromdaten	https://tinyurl.com/4bwbnnmf	12. Heizungsvergleich	https://tinyurl.com/4h2bhd6
5. Kommunale Wärmeplanung	https://tinyurl.com/mr2pay6x	13. Termine Sprechstunde	https://tinyurl.com/tkx8bk
6. Recherchefunktion	https://tinyurl.com/4ye4p826		
7. Mischpult	https://tinyurl.com/3dnk3r4w		
8. 3D-Analyse Wind und PV	https://tinyurl.com/5n8zwrhr		

Der Energie-Atlas Bayern wird bereitgestellt vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) und Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) und finanziert vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi).

ADVERTORIAL

LENK

Windenergie in Kommunen

So können Städte und Gemeinden erfolgreich Windkraft-Projekte umsetzen

Der Ausbau der Windenergie in Bayern ist ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren und CO₂-neutralen Energieversorgung. Kommunen können durch frühzeitige Planung und kluges Handeln Akzeptanz und Wertschöpfung vor Ort erreichen.

Die Energiewende voranbringen: Das wollen viele Städte und Gemeinden in Bayern. Dank überarbeiteter 10H-Regelung und dem Wind-an-Land-Gesetz des Bundes hat der Ausbau der Windenergie im Freistaat neuen Schwung bekommen.

Den Kommunen kommt bei diesem Ausbau der Windenergie eine große Bedeutung zu: Sie können geeignete Flächen für Windräder ausweisen und stehen mit den Menschen vor Ort im ständigen Dialog. Sie können vermitteln, weshalb der Ausbau der Windkraft so bedeutsam ist und durch frühzeitiges Handeln und kluge Konzepte erreichen, dass die Menschen vor Ort auch wirtschaftlich von Windenergieanlagen profitieren.

Deswegen bietet die Wissensplattform Wind der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) im Bayerischen Landesamt für Umwelt mit ihren Leitfäden und Informationen rund um Windenergie den Städten und Gemeinden im Freistaat wertvolle Hilfestellungen und viele Unterstützungsangebote.

Von Artenschutz über Finanzierung bis zu Waldrecht finden Interessierte auf der Wissensplattform Wind fundiert recherchierte und fachlich geprüfte Beiträge zu zahlreichen Aspekten der Windenergie – dabei immer im Fokus: die Situation in Bayern und landesrechtliche Regelungen.

Die Themenplattform „Planen und Genehmigen“ bündelt alle in Bayern maßgeblichen ergänzenden Verwaltungsvorschriften und sonstigen Hinweise. Auch gibt es hier wichtige ministerielle Hinweis- und Vollzugsschreiben zum Herunterladen. Raumordnung und Regionalplanung werden ebenso thematisiert wie immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren und steuerliche Aspekte des Betriebs von Windenergieanlagen.

Wie Städte und Gemeinden Windkraftprojekte erfolgreich umsetzen und begleiten können, das erläutert der Abschnitt Windenergie in Kommunen. Neun Module zeigen anschaulich den Weg von den ersten Schritten des Projekts bis zum fertigen Windpark. Kommunale Entscheidungsträger bekommen wichtige Informationen zu:

- Regionalplanung
- Kommunale Zielklärung
- Flächensicherung
- Interessenbekundungsverfahren
- Projektentwicklung und Genehmigungsverfahren
- EEG-Ausschreibung und Stromvermarktung
- Finanzierung und finanzielle Teilhabe
- Bau des Windparks
- Betriebsphase des Windparks

Praktische Tipps für Verwaltungsangehörige geben die Leitfäden der Landesagentur für Energie und Klimaschutz, die auf der Wissensplattform Wind zum Download angeboten werden. Diese Leitfäden fassen auf wenigen Seiten die wichtigsten Aspekte eines Themas zusammen und geben Ratschläge für die Praxis. So findet sich hier zum Beispiel eine Argumentationshilfe für die Windenergie, die kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Verwaltungsangestellte bei der Vorbereitung auf Dialogveranstaltungen zu Windenergieprojekten auf kommunaler Ebene unterstützt. Auch kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die sich über die praktische Umsetzung von kommunalem Flächenpooling informieren möchten, werden hier fündig.

Die Wissensplattform Wind ist Teil des Energie-Atlas Bayern, dem Internetportal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende und zu Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Der Energie-Atlas Bayern bietet Anwendungen sowie digitale und interaktive Karten mit denen für ganz Bayern wichtige Daten abrufbar und vielfältig kombinierbar sind. So ist zum Beispiel die Gebietskulisse Wind eine wichtige Planungsgrundlage für ein Windenergievorhaben. Neben der Windkraft sind die Themenfelder Biomasse, Wasserkraft, Solar, Abwärme weitere Rubriken zu denen Interessierte viele Fachartikel, Leitfäden und Publikationen finden.

Den Kommunen, die bei sich ein Windenergie-Projekt umsetzen und Hilfe vor Ort brauchen stehen die Windkümmerer zur Seite, die von der bayerischen Landesagentur für Energie und Klimaschutz koordiniert werden. Diese bieten seit 2020 den Kommunen kompetente und zielorientierte Beratung und begleiten Sie auf Ihrem Weg hin zur regionalen Windenergie. Aktuell gibt es noch freie Plätze in dem Programm Windkümmerer 2.0: Interessierte Städte und Gemeinden können sich noch bewerben.

DIE WISSENS- UND THEMENPLATTFORM WIND FINDET SICH UNTER:
www.energieatlas.bayern.de/thema_wind

WEITERE INFORMATIONEN UND ANMELDUNG ZUM PROGRAMM WINDKÜMMERER GIBT ES AUF:
www.lenk.bayern.de/themen/energiewende/windkueemmerer_kommunen

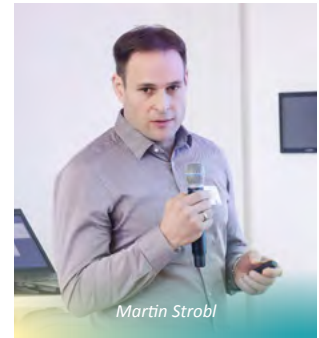


Bei der Planung und dem Bau von Windenergieanlagen gibt es vieles zu beachten: Die Leitfäden der Landesagentur für Energie und Klimaschutz geben Kommunen nützliche Hilfestellungen.



Kommunen in der Pflicht: Errichtung und Betrieb von Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse

Bild: Andreas Gückhorn auf Unsplash



Martin Strobl

Eine Strommarktanalyse. Erlöse für Photovoltaik-Freiflächenanlagen und die finanzielle Beteiligung der Kommune

GEMEINDEN STEHEN UNTER STROM – ALLES ANDERE ALS DIE SONNENSEITE

Stromerzeugung aus Windkraft und Photovoltaik nimmt im Freistaat Bayern zu. So lag laut des Bayerischen Landesamtes für Statistik die Bruttostromerzeugung im Jahr 2022 bei 40.209 GWh aus Erneuerbaren Energieträgern. In seiner Strommarktanalyse stellte Martin Strobl den finanziellen Ertrag von PV-Anlagen für die Kommunen dar.

Strobl, der bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft die Arbeitsgruppe Ökonomik der regenerativen Energien leitet, sieht vor allem in den negativen Spotmarktpreisen und den aktuellen Stromvergütungen die größte Herausforderung für die bayerischen Kommunen: „Die Kommunen sind nach dem § 2 des EEG-Gesetzes in der Pflicht. Demnach liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse. Die Herausforderung besteht darin, dass man meistens dann einspeisen kann, wenn alle anderen auch einspeisen. Aufgrund des Überangebots an Strom auf dem Markt hat dies zumeist einen negativen Spotmarktpreis an der Strombörse zur Folge. Dieser negative Strompreis hat den Effekt, dass die Förderung nach dem EEG aussetzt. Wer bei negativen Marktpreisen Strom einspeist, erhält keine Erlöse, sondern muss für seinen eingepreisten Strom letzten Endes bezahlen. Zudem ist der Marktpreis hoch spekulativ.“

Schritt für Schritt zum Erfolg

Nach Berechnungen des Bayerischen Wirtschaftsministeriums wird im Freistaat täglich jeder fünfte Hektar neu beanspruchter Fläche für Freiflächenphotovoltaik verwendet. Im letzten Jahr konnte das Ministerium für eine bessere Vereinbarkeit aus Landwirtschaft und Umweltschutz bereits einen kleinen Erfolg erzielen. Bislang musste eine PV-Anlage komplett umzäunt werden. Dies hatte für die Wildtiere zur Folge, dass wichtiger Lebensraum verloren geht. Im Jahr 2023 verständigte sich das Wirtschaftsministerium mit der Versicherungswirtschaft, dass künftig ein Durchschlupf für Wildtiere in Rehgröße in die Zuananlagen rund um eine PV-Freifläche eingebaut werden kann. Eine entsprechende Veränderung der bisherigen Vorgaben für die Gemeinden in der Bauleitplanung soll erfolgen. Positiv sind die vielen Bürgerbeteiligungen auf kommu-

naler und regionaler Ebene, die sich zu genossenschaftlich organisierten Energieproduzenten zusammenschließen und somit einen wichtigen Beitrag beim Gelingen der Energiewende leisten.

Neben den verschiedenen Akteuren und der Vereinbarkeit von Artenschutz und Energiewende haben die Gemeinden ein Interesse, dass sich eine PV-Freifläche auch lohnt. Um den negativen Spotmarktpreisen entgegenzuwirken, schlägt Strobl eine Garantievergütung vor: „Es braucht mehr Flexibilität für den Erzeuger, um die negativen Strompreise zu verhindern. Die Politik muss sich mehr Gedanken machen, wie auch bei einem Stromüberschuss vergütet wird. Denn eines steht fest: Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien hat einen weiter sinkenden Preis zur Folge. Aktuell gibt es in den Zeitfenstern negativer Preise für die Kommunen, die gerade in die Errichtung einer neuen EE-Anlage investiert haben, nichts zu verdienen. Es muss etwas unternommen werden, dass auch neue Anlagen eine Förderung erhalten. Denn nach den Vergütungsregeln der EEG-Novelle liegen bei Erstinbetriebnahme einer Solaranlage ab Februar 2024 die Fördersätze bei 4,9 Cent / kWh.“ [HOF](#)



Reinhard Kofler, RIWA, (r.) im Gespräch mit Fachbesuchern



LIFE RIVERSCAPE LOWER INN

Seit über zwei Jahrhunderten hat der Mensch den Verlauf des Inn gemäß seinen Anforderungen geformt. Das LIFE-Projekt „Riverscape Lower Inn“ dient der Erreichung wesentlicher Ziele der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie der Europäischen Union im Rahmen des Natura 2000 Programms. Dafür werden ökologische Maßnahmen zur Entwicklung der Flusslandschaft entlang des Unteren Inns zwischen der Salzachmündung und Schärding umgesetzt. Ein zentraler Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der Fischpopulation, wobei neben neuen Wanderkorridoren auch Lebensraum für Vermehrung und Aufwuchs von Jungfischen geschaffen wird.

www.life-riverscape-lower-inn.eu/de

Das Projekt „Riverscape Lower Inn“ wird durch das LIFE-Programm der Europäischen Union gefördert. (LIFE 19 NAT/DE/000087)



PASCAL LANG | EGIS EG

Energiedorf Bundorf – Energiewende ganzheitlich gedacht



Pascal Lang

Die EGIS-Energie ist eine EnergieGenossenschaft, die von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen in der Region Inn-Salzach sowie deutschlandweit gegründet wurde. Sie ist überzeugt, dass die Energiewende in Deutschland in erster Linie von Bürgern umgesetzt werden sollte. Seit ihrer Gründung 2013 zählt die EGIS eG mittlerweile 2.485 Mitglieder, darunter 27 Kommunen, und gehört somit zu einer der größten EnergieGenossenschaften in Deutschland. Sie beteiligt sich an Projekten zur Erzeugung Erneuerbarer Energie unter Berücksichtigung einer landschafts- und umweltverträglichen Gestaltung. „Bei uns steht Nutzen- vor Gewinnmaximierung“, erläuterte Vorstandsvorsitzender Pascal Lang.

Mit dem Genossenschaftskapital der Mitglieder hat die EGIS eG bisher annähernd 30

Projekte deutschlandweit umgesetzt, darunter vor allem zahlreiche Photovoltaik-Anlagen wie etwa die PV-Lärmschutzwand in Neuötting, den Bürgersolarpark im unterfränkischen Reckertshausen mit seinen innovativen Großspeichern oder die Bürgersolaranlagen Unterdietfurt bzw. Frankenthal.

Der im September 2023 ans Netz gegangene PV-Park im unterfränkischen Bundorf ist der größte zusammenhängende Solarpark in Bayern. Etwa ein Drittel der 125 Megawatt großen Erneuerbaren-Energien-Anlage wurde in Bürgerhand realisiert. Der Solarpark erzeugt rund 131 Milliarden Kilowattstunden Strom jährlich. Rechnerisch kann er damit den Energiebedarf für private Haushalte des gesamten Landkreises Haßberge und darüber hinaus decken. Die Freiflächen-Solaranlage in Bundorf umfasst eine Fläche von 125 Hektar. Mehr als 232.000 Photovoltaikmodule wandeln dort die Energie der Sonne in erneuerbaren Strom um.

Die Anlage spart jährlich rund 91.000 Tonnen CO₂ ein. Das entspricht etwa der Summe an Klimagasen, die 8.000 Personen in Deutschland im Jahr verursachen. In Bundorf leben etwa 900 Menschen. Rechnerisch können mit dem regenerativen Strom des Solarparks knapp 40.000 Vier-Personen-Haushalte versorgt werden.

Die Idee vom EGIS-Energiedorf entstand im Herbst 2020. Bereits im Oktober 2022 begann der Bau des Solarparks. 2023 wurde in Bundorf das Fernwärmenetz errichtet. Das Fern-

wärmesystem der EGIS eG besteht aus einer Heizzentrale mit Großwärmepumpe, einem Biomassekessel, einem Warmwasserspeicher sowie dem über 1.600 Meter langen Leitungsnetz.

Gleichzeitig wurde in Bundorf und in seinen umliegenden Ortsteilen eine E-Ladeinfrastruktur, versorgt aus dem 100 Prozent ökologischen EGIS-Strom-Tarif, realisiert. E-Autofahrer können ihre Fahrzeuge mit grünem Strom aufladen. So entsteht ein nachhaltiger Wertschöpfungskreislauf in der Region.

„Das Konzept der Bundorfer Anlage ist einmalig in Deutschland. Bisher wurde die Leistung von Energiewendeprojekten nicht ganzheitlich ausgeschöpft. Mit dieser Anlage beweisen wir, dass man Solaranlagen sektorenübergreifend denken kann und sollte“, hob Lang hervor.

„Finanziert von vielen Bürgerinnen und Bürgern, Stiftungen, Vereinen und Kommunen aus ganz Deutschland investieren wir in die Energieversorgung der Zukunft.“ DK



Das EGIS-Team

JULIANE HAUSKRECHT | CON|ENERGY CONSULT GMBH

Digitale Werkzeuge und interkommunale Kooperation: eine Antwort auf die neue Daueraufgabe Wärmeplan

Für die Wärmeplanung braucht es ein leistungsstarkes IT-Werkzeug, wie z.B. einen echtdatenbasierten digitalen Zwilling. Mit diesem Simulationstool für die Wärmeversorgung können aussagefähige Wärmepläne erstellt werden. Juliane Hauskrecht, Geschäftsführerin von con|energy consult GmbH, berichtete über den Einsatz der eigenen Simulationssoftware simergy bei zahlreichen kommunalen Projekten wie z.B. für Regionen in Brandenburg oder in Städten wie Lübeck oder Berlin.



Juliane Hauskrecht

Mithilfe eines Simulationsalgorithmus bildet das Tool die Heizstruktur im Zeitverlauf ab. Die Software ist ein digitaler Zwilling, der für die Gebietskörperschaften, Energieversorger oder Netzbetreiber in die Zukunft blickt. Denn die Software errechnet die belastbare Grundlage für die Transformation in eine klimaneutrale und dekarbonisierte Zukunft und bildet diese visuell in Karten ab. Alle Beteiligten erhalten ein virtuelles, detailliertes Abbild des lokalen Wärmemarktes, wie dieser sich in einem bestimmten Gebiet entwickeln wird. Diese Berechnung dient als ein wichtiges Fundament für eine integrierte und datengesteuerte Wärmeplanung. Die Simulation beinhaltet z.B. Informationen darüber, welche Gebäude bereits energetisch saniert wurden. Vorteil dieses digitalen Zwillings ist es, dass dieser modular aufgebaut ist und individuell auf das jeweilige geographische Gebiet angepasst werden kann. Mit diesem Status-Quo erhält jede Kommune einen umfassenden Überblick über die aktuelle Versorgungssituation (Gebäude, Netze, Verbrauch) und die Bevölkerung eine Hilfestellung bei ihrer langfristigen Energieplanung. Denn die digitale Lösung bietet eine Prognose hinsichtlich Energieträger nach dem örtlichen Gebäudebestand und den Jahreszeiten und kann im Voraus berechnen, wann eine Überhitzung der Stadt wahrscheinlich ist oder eine Verkehrsüberlastung eintreten wird. Im nächsten Schritt könnten dann mögliche Lösungen auf Praxistauglichkeit untersucht werden.

Praxisbeispiel: Wärmekataster Land Brandenburg

Als Praxisbeispiel schilderte Hausrecht ihre Erfahrungen über den, für das Land Brandenburg ab 2022 erstellten Wärmekataster, einer flächendeckenden Bestands- und Potenzialanalyse. Dieses kartografische Verzeichnis von bestehenden Wärme- und Kältequellen/-senken sowie über die Netzinfrastruktur hat con|energy im vergangenen August 2023 abgeschlossen. Basierend auf verfügbaren Daten zur Gebäudegeometrie und Gebäudenutzung, genutzter Energieträger sowie Informationen zu Gas- und Fernwärmenetze kann nun eine Abschätzung des Wärmebedarfs und Endenergieverbrauchs erfolgen. Für Bayern könne sich Hausrecht eine interkommunale Kooperation sehr gut vorstellen, in der sich Landkreise und Gemeinden zusammenschließen. Denn ein digitales Abbild der eigenen Kommune stelle eine enorme Unterstützung bei Infrastruktur- und Ressourcenplanung sowie beim Thema Nachhaltigkeit dar.

„In Bayern braucht es aber hierfür eine vollumfängliche Erfassung, Georeferenzierung und Abbildung der Wärme- und Kältequellen des Bundeslandes genauso wie Informationen über Wärme- und Kältenetz“, so Hausrecht. „Sobald der Freistaat final entschieden hat, die Kommunen als planungsverantwortliche Stellen für die Wärmeplanung zu benennen und ein valider Datensatz vorliegt, könnten wir eine bayerische Lösung in Angriff nehmen. Die Vorteile eines einheitlichen und gemeindeübergreifenden Organisierens liegen auf der Hand, ansonsten sind die Wärmenetze in Zukunft so löchrig wie ein Schweizer Käse. Doch im Freistaat fehlt bis jetzt die landesrechtliche Umsetzung.“ ^{HOF}



Gestalten Sie
mit uns die
Energiezukunft
in Bayern.

**Wir unterstützen
Ihr Vorhaben mit unserem
Netzwerk vor Ort.**

VSB ist Ihr regionaler Partner:

- Akzeptanzfördernde Projektentwicklung
- Individuelle Energielösungen
- Energieparkmanagement

VSB Neue Energien Deutschland GmbH

Regionalbüro Regensburg

Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg

0941 298375 122 | bayern@vsb.energy

www.vsb.energy



Dr. Sylke Schlenker-Wambach



v.l.: Walter Albrecht, Detlef Fischer, Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Tanja Erb

DR. SYLKE SCHLENKER-WAMBACH | ENERGIE SCHWABEN GMBH

Kommunale Wärmeplanung – Lösungen von energie schwaben

Die kommunale Wärmeplanung wird zum Dreh- und Angelpunkt der Energiewende auf kommunaler Ebene. CO₂-Ausstoß senken, Energie sparen und erneuerbare Quellen ausbauen: „energie schwaben unterstützt Kommunen in ihrer Region bei der Planung und Umsetzung von nachhaltigen und zukunftssicheren Wärmekonzepten“, stellte Dr. Sylke Schlenker-Wambach, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, fest.

Mit Hilfe unterschiedlicher Daten erlaubt die kommunale Wärmeplanung, viele verschiedene Aspekte in der Ortsentwicklung nebeneinanderzulegen und in einem größeren Zusammenhang zu betrachten. Städte und Gemeinden nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Als regionaler Energiedienstleister ist energie schwaben Experte auf dem Gebiet der Energiezukunft und bietet alles aus einer Hand: Von der Bestandsanalyse bis zur Kalkulation und Umsetzung geeigneter Maßnahmen. Das entlastet die Verwaltungen, aber auch Bürger und Bürgerinnen. Denn mehr Klimaschutz durch eine effiziente Energieversorgung bedeutet auf längere Sicht weniger finanzielle Belastung für alle.

Erster Schritt und Grundlage für den Handlungsplan ist die Bestandsanalyse. Aktuelle Daten liefern zum Beispiel Katasterämter, Open Source Quellen und andere Geoinformationssysteme. Für jedes einzelne Gebäude können damit Bedarf und Einsparpotenzial ermittelt werden. Darauf folgt die Potenzialanalyse: Gibt es Biogasanlagen im Umkreis? Welche Flächen eignen sich für Photovoltaik- oder Windenergieanlagen? Gibt es Firmen, deren Abwärme genutzt werden kann? Aus den Daten der Analysen wird ein Zielszenario entwickelt: Welche Ergebnisse wollen wir in welchem Zeitraum erreichen? Und schließlich entwickelt die Kommune eine Wärmewendestrategie, in der geeignete Umsetzungsmaßnahmen bereits festgelegt sind: Heizungstausch, Netzausbau, ÖPNV stärken, Ladestationen für Elektroautos errichten und vieles mehr – maßgeschneidert auf die Bedarfe der Gemeinde.

Besonders in kleinen Kommunen im ländlichen Raum gibt es laut Schlenker-Wambach spezifische Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt.

Dazu zählen:

- Große Fläche mit geringer Einwohnerzahl, viele Ortsteile, dazwischen land- und forstwirtschaftliche Flächen
- Individuelle Interessen und direkte Involvierung der Akteure vor Ort (Landwirte, Unternehmer usw.)
- Hoher Anteil an Selbstversorgung (Holz, PV usw.)
- Wenig Industrie und direkte Abwärmepotenziale
- Geringe Wärmeliniedichte
- Viel Fläche für Erzeugungsanlagen, lange Zuleitungen mit hohen Kosten
- Begrenzte Ressourcen an Geld und Personal, teilweise auch in VGs gebündelt.

„Die Wärmewende auf dem Land ist nur mit der Bevölkerung umsetzbar und erfordert das ganze Spektrum an Lösungen“, machte die Referentin deutlich. Klimaschutzziele ließen sich am besten im Dialog erreichen. energie schwaben erarbeitet umsetzbare Vorschläge und Innovationen und entwickelt gemeinsam mit den Kommunen die Wärmeplanung, die optimal zur Vor-Ort-Situation passt. Dies ermittelt das Team von Sylke Schlenker-Wambach im Rahmen der Vorarbeiten für den kommunalen Wärmeplan.

Kapazitäten für eine künftige Wärmeversorgung sieht Schlenker-Wambach in räumlich verorteten Potenzialen zur Nutzung Erneuerbarer Wärme, in der potenziellen Wärmebedarfssenkung durch energetische Sanierung, in räumlich verorteten Potenzialen für Abwärme (Industrielle/kommunale Abwärme-Quellen) und für die Nutzung Erneuerbarer Energien (insbesondere Wind und PV) sowie im GTP-Gastransformationspfad (H₂). [DK](#)

ANDREAS LEDERLE | ERDWÄRME GRÜNWALD GMBH

Geothermie in Bayern – so gelingt's!

Geothermie birgt ein enormes Potenzial für einen relevanten Beitrag der grünen Wärmewende. „In Bayern und ganz Deutschland liegt hydrothermisches und petrothermisches Potenzial direkt unter unseren Füßen. Im Gegensatz zu anderen erneuerbaren Energien wie Wasserkraft oder Solar- und Windenergie steht die Erdwärme, unabhängig von Tages- und Jahreszeit und von den meteorologischen Gegebenheiten, immer zur Verfügung. Erdwärme ist daher eine ständig verfügbare, heimische, krisensichere und umweltfreundliche Energiequelle“, unterstrich Andreas Lederle.



Tiefengeothermie stabilisiert sich als Strom- und Wärmeerzeuger. Im Jahr 2022 hatte die tiefe Geothermie einen Anteil von 0,3 Prozent an der bayernweiten Bruttostromerzeugung, wobei rund 176 Mio. kWh Strom erzeugt wurden. Zur Wärmeerzeugung trug sie mit 1.140 Mio. kWh rund 0,6 Prozent bei. Die Wärmeerzeugung aus Geothermie hat sich seit 2012 mehr als verdreifacht.

Praxisbeispiel Grünwald

Die energetische Nutzung konzentriert sich in Bayern auf das Molassebecken südlich der Donau. Hier steht mit dem Malm der potenziell ergiebigste Thermalgrundwasserleiter Bayerns zur Verfügung. Lederle zufolge beträgt die technisch gewinnbare Wärmeenergie durch Tiefengeothermie für Temperaturen über 80 Grad 8.929 MW, was einer 45-prozentigen Deckung des Bayerischen Wärmebedarfs entspreche.

Im Oktober 2008 sicherte sich die Gemeinde Grünwald die Geothermiequelle in Laufzorn in der Nachbargemeinde Oberhaching und brachte das Projekt der Erdwärme Grünwald auf den Weg. Ein 100 Prozent kommunales Energieversorgungsunternehmen, das auf die heimische, regenerative Energie Geothermie setzt. Die Erfahrungen der Erdwärme Grünwald GmbH der vergangenen fast 20 Jahre sind nach Angaben des Geschäftsführers umfassend: „Die größten Herausforderungen waren und sind Genehmigungsverfahren, Fündigkeitsrisiken, lange Projektphasen und die täglichen Anforderungen an einen reibungslosen Betrieb.“

Im Spätsommer 2009 war Bohrbeginn in Laufzorn. Im August 2010 starteten die Arbeiten zum Bau des Grünwalder Fernwärmenetzes, seit Oktober 2011 fließt Wärme an Haushalte, Unternehmen und kommunale Einrichtungen in Grünwald. Bereits Ende 2017 war das Fernwärmenetz fertig erstellt →

Wasserstoff –
der klimaneutrale
Alleskönner

**Wir machen
das Gasnetz
fit für grünen
Wasserstoff**

 **energie
schwaben**

meillon

und konnte bis 2023 auf rund 110 Kilometer ausgebaut werden. Aktuell sind über 3.500 Haushalte, Gewerbe und öffentliche Gebäude an die geothermische Fernwärme angeschlossen. Zusätzlich produziert die EWG seit Ende 2014 in ihrem ORC-Kraftwerk grünen Strom und speist ihn ins öffentliche Stromnetz ein.

Kooperation mit Stadtwerken München

Südlich des bestehenden Standorts „Laufzorn I“ soll nun das Großprojekt „Laufzorn II“ realisiert werden. Geplant ist ein weiterer Standort zur Wärmeversorgung mit vier Bohrungen (Doppeldublette). Eine Erweiterung auf sechs Bohrungen ist nachträglich möglich. Der Bau des Bohrplatzes ist für das zweite Halbjahr 2024 vorgesehen. Das „Laufzorn II“-Projekt ist Teil des Großvorhabens „Perlschnur“, einem überregionalen geothermischen Wärmeverbund, an dem die EWG in Kooperation mit den Stadtwerken München arbeitet. 2025 soll der Baubeginn für das Geothermie Heizkraftwerk „Laufzorn II“ erfolgen.

2020 hat die Erdwärme Grünwald mit weiteren Geothermie-Unternehmen die Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ ins Leben gerufen. Unterstützer sind Unternehmen der Bau- und Zulieferindustrie, Verbände und Forschungsinstitute sowie kommunale und private Energieversorgungsunternehmen. Ziel dieses Zusammenschlusses ist die Verbreitung von Geothermie als Wärmelieferant zu fördern und das Wissen und die Erfahrungen der Kooperationspartner einfach und transparent weiterzugeben.

Aus Lederles Sicht muss das Augenmerk nun darauf liegen, verantwortliche Umsetzungseinheiten aufzubauen, zeitnahe Forschungsprojekte zu fördern, bürokratische Hürden für Genehmigungsprozesse abzubauen, ein Geothermie-Erschließungsgesetz zu erlassen, das Förderumfeld zu verbessern, günstige Projektbedingungen zu schaffen und Finanzierungsinstrumente für Kommunen bereitzustellen. Wichtig sei letztlich ein klares Bekenntnis der Staatsregierung zum umfassenden Einstieg in die Geothermie als Vertrauens- und Investitionsgrundlage für die Bevölkerung, die Kommunen und die Geothermie-Branche. [DK](#)



Das Team von RIWA und netCADservice mit den Referenten Klaus Gottschalk (2.v.l.) und Reinhard Kofler (r.)

REINHARD KOFLER UND KLAUS GOTTSCHALK | RIWA GMBH UND NETCADSERVICE GMBH

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und Einführung eines Energie-Management-Systems

ENERGIEMONITORING UND DATENERHEBUNG VON GEBÄUDEN SIND KEINE „ROCKET SCIENCE“

Das Ziel der CO₂-Neutralität wird nur mit der Nutzbarmachung verschiedener Energieformen, der energetischen Sanierung der Bestandsgebäude und mit Geoinformationsdaten bei der Energieplanung gelingen. Auf dieses Erfolgstrio legen Reinhard Kofler (RIWA GmbH) und Klaus Gottschalk (netCADservice GmbH) den Fokus bei ihrem schwäbisch-oberbayerischen Doppelvortrag. Die RIWA GmbH hat ihren Firmensitz in Kempten, netCADservice in Freilassing. „Jeder will doch wissen, was in seinem Gemeindebezirk möglich ist. Mit unserem System kann jede Kommune individuelle Angaben machen und sich so Baukosten für Dämmung,

Solaranlagen oder Wärmepumpen und CO₂-Einsparungen berechnen lassen. Wir wollen mit unserer IT-Technologie vor allem kleine Kommunen und Hausbesitzer unterstützen“, sagt Kofler. Die RIWA GmbH hat eine über 25-jährige Erfahrung mit Geoinformations-Systemen (GIS). In Gunzenhausen stellte das Unternehmen ein Energie-Management-System (EMS) vor, das ein Energiemonitoring ermöglicht. Dieses Energieverbrauchscontrolling (Strom, Gas, Wasser, Wärme) soll nicht nur die Anlagen und Komponenten überwachen und analysieren, sondern auch Einsparpotenziale ermitteln. →

Die RIWA-Spezialisten haben vor kurzem das große Geodatenprojekt „Interkommunale 3D-Energieplanung“ für den Landkreis Kulmbach abgeschlossen. In einem Konvoiverfahren wurden für die 22 Städte, Märkte und Gemeinde des Landkreises mit seinen 72.000 Bewohnern die Potenziale von Gründächern und Wärmepumpen ermittelt. Das 3D-Modell zeigt auf, welche Gebäude sich beispielsweise für die Installation einer Solaranlage eignen. „Der Zusammenschluss von mehreren Gemeinden bei der Wärmeplanung hat viele Vorteile: Das Verfahren wird preiswerter, einfacher und schneller. Jeder profitiert von den Erfahrungen der Nachbargemeinde“, erklärte Kofler.

Praxisbeispiel Landkreis Unterallgäu

Gerade startete das interkommunale Pilotprojekt im schwäbischen Landkreis Unterallgäu. Für die gemeinsame Wärmeplanung des Marktes Türkheim mit den Gemeinden Rammingen und Wiedergeltingen sind neben netCAD Service und RIWA auch die Lechwerke mit dabei. Nun werden die Potenziale der Wärmeversorgung für die rund 11.000 Einwohner und Industrie- und Gewerbebetriebe der drei Kommunen analysiert und visualisiert. Hier kommt die flexRM-Software aus dem Haus netCADService zum Einsatz. „Der Datenschutz spielt für uns eine große Rolle. Daher liegt die Datenhoheit bei der Kommune sowohl bei der Datenerhebung als auch beim -austausch. Die Daten der Hausbesitzer und Gewerbebetreibenden werden anonym erfasst“, erläutert Klaus Gottschalk, geschäftsführender Gesellschafter der netCADService GmbH.

Ein wichtiger Baustein für die Energiewende fehle laut Kofler bei allen Überlegungen in der Energiepolitik: Die großen Potenziale der Gebäudesanierung werden nach seiner Ansicht noch zu wenig berücksichtigt. „Fragen über die sanierten Bestandsgebäude sowie über die Vollbenutzungstunden der Wohngebäude, Bürohäuser, Rathaus, Schulen und Krippen werden zu wenig beantwortet. Die Lösungen für eine energetische Sanierung des Gebäudebestandes, ist ein großer Schlüssel für mehr CO₂-Neutralität“, ist sich Kofler sicher. „Die Erhebung der Daten ist zwar eine Mammutaufgabe, aber keine „rocket science“. Warum können nicht einfach die Daten für die Grundsteuer des Bundes, die für Grundstück und Immobilie seit 2022 abgefragt werden, für die kommunale Wärmeplanung genutzt werden?“ HOF



Als Ansprechpartner vor Ort: RIWA und netCADService

LEW

Neu: Das LEW Green Data Center – ab Herbst 2024!

Energiewende in den Kommunen – und jetzt?

Energiewende? E-Mobility? Green IT?
Sind dies Herausforderungen im Rathaus-Alltag?

Lassen Sie uns Ihr kompetenter Partner sein, so dass Veränderung beim Bürger ankommt. Alle Möglichkeiten ausschöpfen und damit Ihre Gemeinde in eine rundum gut versorgte Zukunft zu begleiten – das ist unsere Aufgabe.

Kontaktieren Sie uns – jetzt:

Walter Albrecht, T +49 821 328-1320
walter.albrecht@lew.de



Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie





Wasserstoff liefert neue Wertschöpfungspotenziale

THOMAS EICHENSEHER | LANDESAGENTUR FÜR ENERGIE UND KLIMASCHUTZ (LENK)

Grundlagen und Förderungen im Bereich Wasserstoff

Um unsere Klimaziele zu erreichen, brauchen wir innovative Technologien. Als Energieträger der Zukunft kann Wasserstoff (H₂) Besonderes leisten. Er schlägt die Brücke zwischen Energie, Verkehr, Industrie und Wärme, lässt sich vielseitig und emissionsfrei nutzen und ist gleichzeitig gut transportierbar und speicherbar. Wie Thomas Eichenseher betonte, komme der Wasserstoff auf der Erde nahezu ausschließlich gebunden vor. „Er ist keine Energiequelle und muss unter Energieeinsatz gewonnen werden.“

Nach den in der Bayerischen Wasserstoffstrategie formulierten Zielen der Staatsregierung soll der Freistaat im Bereich der Wasserstofftechnologie weltweit eine Vorreiterrolle einnehmen. Neben einer Unterstützung der Energiewende steht Wasserstoff auch für neue Wertschöpfungspotenziale und nachhaltige Geschäftsmodelle für die bayerische Wirtschaft.

Aktuell gibt es eine Vielzahl an Fördermöglichkeiten auf Europäischer, nationaler und auch auf Landesebene. Zur Unterstützung des dezentralen Aufbaus einer heimischen Produktion von erneuerbarem H₂ in Bayern stellt der Freistaat 150 Millionen Euro für das Bayerische Förderprogramm zum Aufbau einer Elektrolyse-Infrastruktur (BayFELI) zur Verfügung. Bezuschusst werden die Anschaffungskosten von Elektrolyseuren und ihren unmittelbar verbundenen Anlagenbestandteilen mit einer Förderquote von 45 Prozent (mittlere Unternehmen bis zu 55 Prozent, Kleinunternehmen bis zu 65 Prozent). Für Speicher oder EE-Anlagen gibt es keine Förderung. Die Zuwendungssumme beträgt maximal 5 Mio. Euro.

Der erste Förderaufruf fand von September bis Mitte Oktober 2023 statt. 42 Projektskizzen gingen beim Projektträger VDI Technologiezentrum ein, 13 Projekte erhielten einen Zuschlag. Die Mittel des Aufrufs wurden von ursprünglich geplanten 50 auf 65 Mio. Euro aufgestockt. Der nächste Förderaufruf ist für Mitte 2024 geplant.

Beim Bayerischen Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur (Projektträger Bayern Innovativ) erfolgt die Förderung als Zuschuss. Gefördert werden die technische Infrastruktur sowie die Kosten der Installation und Ausrüstung (nicht der Gesamtprojektkosten). Für öffentliche Tankstellen gibt es eine Unterstützung von bis zu 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Für KMU ist eine Erhöhung um 10 Prozent möglich. Für betriebsinterne Tankstellen sind bis zu 40 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben möglich. Die Zuwendungssumme für ein einzelnes Projekt soll 2 Mio. Euro nicht überschreiten.

Im Wesentlichen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Versorgung der Tankstelle mit 100 Prozent erneuerbarem Wasserstoff
2. Öffentliche Tankstelle: Abgabe 24 Stunden an sieben Wochentagen
3. Betriebsinterne Tankstelle: Es darf keine Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit geben.

Die Förderlotsen Bayern (Projektträger Bayern Innovativ) fungieren wiederum als einheitliche Ansprechpartner für Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen. Sie informieren über das gesamte Spektrum der Technologieförderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene und unterstützen bei der Entwicklung von Projektideen und der Identifikation geeigneter Förderprogramme. Darüber hinaus beraten und unterstützen die Förderlotsen bei der Antragsstellung und begleiten während des gesamten Fördervorhabens.

An der Landesagentur für Energie und Klimaschutz unterstützen sog. Wasserstoff-Multiplikatoren den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft in Bayern. Sie stehen Regionen, Kommunen und kommunalen Unternehmen zur Seite, die konkrete Wasserstoff-Projekte anstoßen wollen. Sie unterstützen bei Vorüberlegungen und bewerten erste Projektideen für den Aufbau möglicher Infrastruktur wie Elektrolyseanlagen oder Tankstellen. Dazu werden Umsetzungsmöglichkeiten und geeignete Förderinstrumente präsentiert.

Um bayerische Kommunen und Landkreise zu einer eigenen Energiewende-Strategie zu inspirieren, bieten die Wasserstoff-Multiplikatoren auch individuelle Führungen für kommunale Akteure durch den Energiepark in Wunsiedel an. Dieser Park beherbergt Bayerns größte Elektrolyse-Anlage mit einer Anschlussleistung von 8,75 MW. Pro Jahr werden dort bis zu 1.350 Tonnen Wasserstoff ausschließlich mit erneuerbarer Energie hergestellt. Die Führungen werden durch einen Kurzvortrag und Workshops begleitet, um grundlegende Schritte auf dem Weg zur Wasserstofftechnologie aufzuzeigen. [DK](#)

KARINA SCHRÖDER | ENERPIPE GMBH

Wärmenetze im ländlichen Raum erfolgreich umsetzen

Einleitend erklärte Schröder das Grundprinzip von Nah- und Fernwärme: „Es ist nicht die Infrastruktur, die sie privat mit ihren Heizkörpern kennen, sondern etwas komplexer, von der Thematik her aber ähnlich. Wir haben als Erzeuger eine Energiequelle, von der die Abnehmer mit Wärme versorgt werden wollen. Abhängig von der Lokation kann die Erzeugerquelle mit Biogas, industrieller Abwärme oder Biomasse betrieben werden. Wichtig ist dabei: Wo steht die Anlage und wo befinden sich die Abnehmer? Der Aufbau eines Wärmenetzes ist wie ein Baum. Je größer die Entfernung desto kleiner sind die Rohrleitungen für den Transport. Weil wir mit unseren dezentralen Pufferspeichern planen, können wir grundsätzlich unser Wärmenetz schlanker dimensionieren. Zusätzlich arbeiten wir mit gleitenden Vor- und Rücklaufemperaturen, abhängig von der Außentemperatur. Die gesamte Netzinfrastruktur ist dabei für mehrere Jahrzehnte ausgelegt.“

Zum 2007 gegründeten Unternehmen Enerpipe mit rund 130 Mitarbeitern erklärte Schröder, dass es keine Netze baut und betreibt, sondern als Systemanbieter auf die Wärmeverteilung spezialisiert ist. Der Fokus liege auf der Auswahl von Erzeugerkonzepten und der damit verbundenen Wärmeverteilung. Ausgewählt würden auch die Übergabetechnik sowie das Rohrleitungskonzept. Umsatzträger sei aber nicht die Planung, sondern der Verkauf von Produkten als Systemanbieter. Das Produkt- und Leistungsspektrum fasste sie zusammen: Projektsteuerung, Großpufferspeicher, Verteileranlagen, Heizhaussteuerung, Rohr- und Verbindungssysteme und Nahwärmespeicher. Schließlich werde auch Unterstützung bei der Auswahl der beteiligten Akteure wie Planer, Betreiber, Tiefbau, Heizungsbau und Elektriker angeboten. So bleibe die Wertschöpfung in der Region. Als Referenzen beschrieb Schröder die Nahwärmenetze in Dittenheim und Dornhausen im Detail. Und im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen wurden bereits insgesamt 65 Wärmenetze realisiert.

Um ein Projekt erfolgreich umzusetzen müsse zunächst das Verhältnis von Wärmeverteilungsverlusten zur Wärmebedarfsdichte betrachtet werden. Wünschenswert sei hier ein Ergebnis im wirtschaftlichen Bereich.



Karina Schröder

Dafür beschrieb Schröder für den planerischen Ansatz einige Effizienzkriterien für Nah- und Fernwärmesysteme:

1. Reduzierung des Volumenstroms
2. Exakte Wärmebedarfsermittlung für jeden Anschlussnehmer
3. Reduzierung der Spitzenlast mittels dezentralem Pufferspeicher
4. Optimierte Beladung beim dezentralen Pufferspeicherkonzept
5. Erhöhen der Spreizung
(Unterschied zwischen Vor- und Rücklaufemperatur)
6. Gleichzeitigkeit
7. Optimierung der Erzeugung
8. Einsatz der „richtigen“ Wärmeleitung – Stahl oder Kunststoff
9. Effiziente Auslegung
10. Visualisierung/Steuerung.

Abschließend beschrieb Schröder ein schrittweises Vorgehen zum Erfolg. Nach einem Erstkontakt mit Datenerhebung folge die Besprechung der Ergebnisse. Danach sollten die Wärmeabnehmer informiert werden, um anschließend nach Auswahl des passenden Betreibermodells die Firmengründung zu initiieren. Ist die Finanzierung gesichert, folgen Ausschreibungen und Vergaben. Bei der Umsetzung stehe Enerpipe auch noch zur Nachbetreuung zur Verfügung. [GK](#)



WASSERKRAFT

Ja bitte!

Wasserkraft -
Bayerns erneuerbare
Stromquelle

Gemeinsam
für die
Wasserkraft!

Wasserkraft - Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraftunternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW

Wir sind Partner:



BIRGIT SCHOTT & CLEMENS HECKER | LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Die kommunale Wärmeplanung der Stadt München

EIN PRAXISBEISPIEL



Birgit Schott



Clemens Hecker

Um die Wärmewende und die Energiesouveränität voranzutreiben, hat der Bund 2023 entschieden, dass jede Kommune mit mehr als 100.000 Einwohnern bis 30. Juni 2026 einen Wärmeplan vorlegen muss, der die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt. Als erste Großstadt Bayerns hat die Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken München (SWM) und externen Experten nun ihre kommunale Wärmeplanung erarbeitet. Der Stadtrat verabschiedete den Beschlussentwurf mit großer Mehrheit.

„Die Empfehlungen für die Wärmestrategie München basieren auf einer Analyse der übergreifenden rechtlichen Rahmenbedingungen und kommunalen Handlungsoptionen der LHM sowie auf den charakteristischen Eignungsgebieten. Zentrale Hebel der Wärmewendestrategie sind die klimaneutrale Quartiersentwicklung, die Energieberatung im Quartier, Nahwärme- und Gebäudenetzlösungen sowie Information und Beratung außerhalb der ausgewählten Quartiere“, verdeutlichten Birgit Schott und Clemens Hecker.

Der Münchner Wärmeplan liefert den Kompass, um flächendeckend fossile Brennstoffe durch erneuerbare Wärme zu ersetzen, das Klima zu schützen und dabei gleichzeitig die Heizkosten sozial verträglich zu halten. Dazu berücksichtigt er die aktuelle Wärmeversorgung im Stadtgebiet und gibt Auskunft über zukünftige klimaneutrale Versorgungsmöglichkeiten. Die kommunale Wärmeplanung bündelt Daten zum Thema Wärme und informiert die Münchner Bürger, wie sie ihr Haus klimafreundlich heizen können.

Fernwärme soll bis 2045 zwei Drittel des Wärmebedarfs decken

Im Zentrum der Planung steht der Ausbau der Fernwärme, die heute rund ein Drittel des Münchner Wärmebedarfs deckt. Damit der Anteil der Fernwärme bis 2045 auf zwei Drittel ansteigt, soll dieses Netz verdichtet und ausgebaut werden. Dies erfordert den Bau neuer Geothermie-Anlagen und ihre Einbindung in das Fernwärmenetz. Alternativ zu einem Fernwärmeanschluss entwickeln die SWM auch dezentrale Angebote für die Wärmeversorgung auf Basis von Luft- und Grundwasserwärmepumpen. Sie sollen insbesondere außerhalb des Fernwärmegebiets als Alternative zu Gas- und Ölheizungen angeboten werden. Jedes zweite Gebäude in München wird derzeit mit Öl oder Gas beheizt.

Herzstück des Wärmeplans ist die nunmehr im Münchner GeoPortal veröffentlichte und für alle zugänglich gemachte Wärmekarte. Sie zeigt den Münchner Bürgern, welche erneuerbaren Wärmequellen sie in ihrem Baublock nutzen können. Das Münchner Referat für Klima- und Umweltschutz unterstützt die Münchner auf diesem Weg zusätzlich mit seiner Expertise und geht in der Quartiersarbeit auf die individuelle Situation der Anwohner ein.

Außerdem werden die Bürger rund um Heizungstausch und Gebäudesanierung beraten und informiert. Gleichzeitig unterstützt das Umweltreferat die Bürger finanziell und ergänzt die Bundesförderung mit dem Förderprogramm Klimaneutrale Gebäude (FKG).

Beschluss im Herbst 2024

Laut Wärmeplanungsbeschluss könnten die Hauseigentümer im besten Fall auf einen Fördersatz von 70 Prozent kommen. Die maximal und einmalig förderfähigen Investitionskosten für den Heizungstausch in einem Einfamilienhaus liegen bei 30.000 Euro. Außerdem werden im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) die Dämmung der Gebäudehülle, der Austausch von Fenstern, der Einbau von Lüftungsanlagen, Smart-Home-Technologie und Maßnahmen zur Heizungsoptimierung unterstützt.

Im Rahmen der Klimaschutzkampagne Re:think München finden zudem Mitmach-Aktionen, Straßenfeste, Veranstaltungen und Ausstellungen statt, die informieren und zu einem Neudenken motivieren sollen. Darüber hinaus bietet das Bauzentrum München des Referats für Klima- und Umweltschutz neutrale und kostenfreie Beratungen, Materialien und Veranstaltungen zum Thema nachhaltiges Wohnen, Sanieren und Bauen an. Ein Wärmewendetelefon und ein umfangreiches Online-Angebot runden das Beratungsangebot ab.

Nach dem Stadtratsbeschluss besteht einen Monat lang für alle interessierten Bürger und weitere Akteure (Netzbetreiber, Wärmeproduzenten, Wohnungswirtschaft) die Möglichkeit, sich an der Ausgestaltung der Wärmeplanung mit einer Stellungnahme zu beteiligen. Im Herbst 2024 soll der finale Wärmeplan vom Stadtrat beschlossen werden. [DK](#)



Die Stadtwerke München mit Mario Jurakic (2.v.l.) und Michael Rademacher (2.v.r.)

JÜRGEN SCHUSTER | CORWESE GMBH UND FELIX SCHWAHN | GP JOULE WÄRME GMBH & CO. KG

Wärme und Daten im Einklang

WIE KOMMUNEN MIT KLIMAFREUNDLICHEN WÄRME-
NETZEN UND HIGH-SPEED INTERNET ZUGLEICH
VERSORGT WERDEN KÖNNEN

Die GP JOULE Gruppe mit über 900 Mitarbeitern wurde 2009 gegründet. Die Gründer Heinrich Gärtner und Ove Petersen, entwickeln bereits seit mehr als 19 Jahren Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien. Ihr landwirtschaftlicher Hintergrund erklärt die Vielfalt an Standbeinen, das Entwickeln von Wertschöpfung sowie die nachhaltige Herangehensweise von GP JOULE. Von sieben deutschen Standorten aus werden die Kunden betreut. Weitere Standorte bestehen in Frankreich, Österreich, Irland, Italien, Kanada und USA. Bisher wurden mehr als 25 Windparkprojekte und mehr als 130 Solarprojekte installiert. Das Unternehmen entwickelt, baut und betreibt Energielösungen in allen Bereichen der Wertschöpfungskette von der Erzeugung über Umwandlung und Verteilung bis hin zur Nutzung. Der Fokus liegt auf Wärmenetzen insbesondere im ländlichen Raum. Im Betrieb spielt die Mess-, Steuer- und Regeltechnik eine Schlüsselrolle.

„Daten werden wir künftig in allen Lebensbereichen sehen,“ erklärte Felix Schwahn und erläuterte die Grundidee: „Wir sehen große Synergien, wenn wir die Themen Wärme und Glasfaser zusammenbringen. Deshalb haben wir die Kooperation mit Corwese gegründet. Die Bürger wollen eine grüne Heizung und schnelles Internet. Wenn wir in einer Kommune unser Wärmenetz verlegen, verlegen wir die Rohre für Glasfaser gleich mit im Boden. Aus zwei Bauprojekten wird somit eines, d.h. wir verlegen Leerrohre für Glasfaser mit und nutzen Synergien.“ Daraus ergebe sich eine Reihe von Vorteilen für die Kommune: Die Straße wird nur einmal aufgerissen, die gleichzeitige Verlegung von zwei Infrastrukturen bringt Zeit- und Kostenersparnis und das Wärmenetz kann durch die Dateninfrastruktur effizienter gesteuert werden.



Jürgen Schuster



Felix Schwahn

Jürgen Schuster stellte anschließend kurz sein Unternehmen Corwese vor: Mit ca. 40 Mitarbeitern werden mehr als 600 Städte und Gemeinden sowie mehr als 50 Stadtwerke und kommunale Unternehmen betreut. Die Basis für ein gemeinsames Projekt bilde jeweils der Masterplan für die Mitverlegung. Dadurch ergeben sich Synergien bei der gemeinsamen Begehung und Bestimmung der Hauseinführungen, Kosten- und Zeiteinsparungen beim Bau sowie eine höhere Akzeptanz bei der Vermarktung von Kombipaketen. Als Erweiterung käme ferner noch das Thema IoT (Internet of Things) hinzu. Von Interesse sei hier die Einbindung von Sensoren aus den Bereichen Raumklima, Parken, Gebäudeüberwachung, Heizung, Wasser, Pegelstände und Beleuchtung. Als Technologie für die Übertragung all dieser gesammelten Daten bietet sich die Funktechnologie LoRaWAN an. Mit einem Netzwerk an Sendern, Empfängern und Servern ermöglichte LoRaWAN die nahtlose Interaktion von verschiedenen Systemen und Techniken ohne aufwendige Installationen. Durch die geringe Datenbandbreite mit großer Reichweite und extrem niedrigem Stromverbrauch bietet sich LoRaWAN perfekt für die Vernetzung von Objekten zu einem Internet der Dinge an. Ein entsprechendes Pilotprojekt wurde mit der Gemeinde Heretsried realisiert. GK

Sauberer Strom aus Bayern

Mit uns setzen Sie Ihre Solar- und Windenergie wirtschaftlich, naturverträglich und bürgernah um.

Für eine klimafreundliche, sichere und unabhängige Energieversorgung.
Für Bayern. Jeden Tag.

www.juwi.de



Mit mehr Strom aus Erneuerbaren Energien den Einsatz von fossilen Energien reduzieren

TOBIAS HUTER | NATURSTROM AG

Was passiert nach der Kommunalen Wärmeplanung – Mut zur sektorgekoppelten Wärmewende!

„DIE ENERGETISCHE SEKTORENKOPPLUNG IST EINE WESENTLICHE VORAUSSETZUNG FÜR DAS GELINGEN EINER ÖKONOMISCH UND TECHNISCH OPTIMIERTEN ENERGIEWENDE IN ALLEN SEKTOREN“

Energie ist mehr als nur Strom. Denn zum Endenergieverbrauch gehört auch die Energie, die für die Wärme- und Kälteerzeugung in Haushalten und Unternehmen benötigt wird. Tobias Huter vom Ökostrom-Anbieter naturstrom fordert mehr Mut bei der sektorengekoppelten Energiewende und will Impulse für die Phase nach der kommunalen Wärmeplanung geben.

Huter setzt sich für ein sektorenübergreifendes Strommanagement ein, um mit mehr Strom aus Erneuerbaren Energien den Einsatz von fossilen Energien zu reduzieren. „Die Sektorenkopplung ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen einer ökonomisch und technisch optimierten Energiewende in allen Sektoren. Denn die intelligente Interaktion von Erzeugung und Verbrauch von Energie über die Grenzen der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr ermöglicht die Dekarbonisierung, sorgt für ein effizienteres Gesamtsystem und führt zu einem höheren volkswirtschaftlichen Nutzen. Erste technische Lösungen zur Sektorenkopplung sind vorhanden und bereits erprobt, finden aber aus diversen Gründen nur unzureichend Anwendung“, erläuterte der Umwelt- und Betriebswirtschaftler Huter.

„Denn nur eine ganzheitliche Verknüpfung aller Bereiche des Energiesystems ermöglicht die bedarfsgerechte Bereitstellung Erneuerbarer Energie in den Bereichen Strom, Wärme, Mobilität und Industrie. Aktuell werden gerade einmal 17 Prozent bei der Wärmeversorgung aus Erneuerbaren Energien gedeckt. Das ist zu wenig! In Zukunft werden Wärmepumpen, Biomasse, Tiefengeothermie, Solarthermie und Wasserstoff für die Wärmeversorgung sorgen. So ist die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze der Großen Koalition aus dem Jahr 2021 zu begrüßen, weil sie auf die Anforderungen der Wärmewende zugeschnitten ist. Das Ziel ist, den Anteil erneuerbarer und klimaneutraler Wärmequellen in den Wärmenetzen bis 2030 auf 30 Prozent auszubauen.“ Naturstrom setzt Energieprojekte für die Kommunen und Bürger um – von Windkraft über Biogasanlagen und Photovoltaik bis hin zu Ladeinfrastruktur – und unterstützt bei der Stromvermarktung. Auch begleitet das Unternehmen die Kunden auf dem Weg zu einer klimaneutralen Zukunft, wie bei der mehrjährigen Projektentwicklungszeit von Windenergieanlagen. Denn allein von



der Standortprüfung bis hin zur Inbetriebnahme von neuen Windenergieanlagen dauert es nach einer aktuellen Studie des Instituts für Infrastruktur und Ressourcenmanagement der Universität Leipzig durchschnittlich über fünf Jahre. Aufschlussreich war Huters Beispielrechnung der Kosten einer Vollsanierung von Gebäuden aus den 1960er Jahre auf den Gebäudeenergiestandard EH85 auf der Grundlage der Energieeinsparverordnung (EnEV) mit den zu erwartenden Energieeinsparungen. Um die Gesamtenergieeffizienz zu optimieren und den Transmissionswärmeverlust zu senken, würden für Dachsanierung, Fenster, Dämmung und Luft-Wasser-Wärmepumpen Kosten zwischen 178.000 bis 320.000 Euro anfallen. Für die Haushaltskasse hätte dies eine durchschnittliche Kostenreduktion von 50 Prozent beim Gesamt- und Heizungswärmebedarf zur Folge. Zum Schluss sagt Huter: „Die Zukunft ist die strombasierte und regionale Wärmeversorgung, weil sie unabhängig von steigenden CO₂-Kosten ist. Denn sie reduziert die Ausgaben für Heizungssanierung und Schornsteinreinigung. Warum können sich die über 2.000 Gemeinden in den sieben bayerischen Regierungsbezirken bei einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung nicht kooperieren? Dann wäre der Betrieb netzdienlicher, profitabler und flexibler.“ **HOF**

WALTER ALBRECHT | LECHWERKE AG

Energiewende ganzheitlich umsetzen – Beiträge und Lösungen von LEW

BAYERN IST FÜR DIE STROMWENDE GUT AUFGESTELLT

Eine hohe Versorgungssicherheit ist für den Wirtschaftsstandort Bayern existenziell. Walter Albrecht bezifferte die durchschnittliche jährliche Unterbrechungsdauer je Kunde für Bayern mit 10,5 Minuten. Dieser sehr gute Spitzenwert liege noch unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 12,2,- gefolgt von der Schweiz mit 14,0 und Österreich mit 25,2. Die längsten Ausfallzeiten entfallen auf Schweden mit 126,5. Die hohe Versorgungssicherheit in Bayern ist insbesondere auf die stetig wachsende Digitalisierung in der Anlagentechnik der Netze zurückzuführen.

Das neue Klimaschutzgesetz von 2021 nennt ehrgeizige Ziele: Bis 2030 müssen im Vergleich zu 1990 mindestens 65 Prozent der Treibhausgase eingespart werden und bis 2040 mindestens 88 Prozent. 2045 soll Deutschland dann klimaneutral sein. Albrecht betonte, dass eine neue Phase der Energiewende bereits längst begonnen hätte, wofür die Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität einen elementaren Baustein darstelle. Um die vorgegebenen Ziele zu erreichen, bezifferte er für die einzelnen Sektoren jeweils den Bedarf pro Woche wie folgt: 80 Photovoltaik-Fußballfelder für die Stromwende, 7.000 neue zugelassene E-PKW für die Mobilitätswende und rund 1.000 energetisch sanierte Wohnungen für die Wärmewende. Für jeden Tag, an dem wir dieses Mengengerüst nicht schaffen, müssen die folgenden wöchentlichen Ziele der Energiewende bis zu einer Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 erhöht werden.

Weil sich die erneuerbare Energieerzeugung auf den ländlichen Raum konzentriert, werden sich die ländlichen Regionen zu Stromversorgern der städtischen Gebiete entwickeln. Die aktuellen Verteilnetze sind für diese Aufgabe oftmals nicht ausgelegt, deshalb ist ein massiver Ausbau notwendig. Albrecht nennt für das LEW-Verteilnetz für das Jahr 2023 folgende Zahlen:

48 km Hochspannungsnetz,
130 km Mittelspannungsnetz,
220 km Niederspannungsnetz
und 250 digitale Ortsnetzstationen. Ein weiterer wichtiger Baustein seien Stromspeicher. Laut einer Fraunhofer ISE-Kurzstudie müsse die derzeitige Speicherkapazität von 11 GWh um 1.500 Prozent auf 175 GWh steigen.

Der Referent verwies schließlich darauf, dass der politische Druck zum Handeln insbesondere im Wärmesektor für neue Dynamik Sorge. Auf europäischer Ebene sei vorgesehen, dass bis spätestens 2050 der Gebäudebestand null Emissionen erzeugt, auf Bundesebene bereits 2045. Ferner sei die kommunale Wärmeplanung ab 10.000 Einwohnern bis 2028 und ab 100.000 Einwohnern bereits bis 2026 vorgesehen.

Mit der kommunale Wärmeplanung wird den Kommunen erstmalig die Gestaltung durch Entwicklungspfade im Wärmesektor eingeräumt. Während bisher oft dezentrale Insellösungen bestanden, können zukünftig Bürger von Wärmenetzen im Sinne des Gemeinwohles profitieren.

Die Wärmepumpentechnologie ist langjährig erprobt und steht für den umgehenden Einsatz, - ob als Großwärmepumpe oder als dezentrale Lösung - bereit. Für viele Kommunen könnte auch eine Flusswasserwärmepumpe als Wärmequelle dienen. Die Lechwerke besäßen bereits Erfahrung in Planung, Bau und Betrieb von Wärmenetzen, die u.a. in Königsbrunn, Peißenberg und Friedberg realisiert wurden. Ferner reize der steigende CO₂-Preis zum Ausstieg aus fossilen Energieträgern. Der verdoppele sich nämlich von 25 EUR pro Tonne im Jahr 2021 auf 50 EUR im Jahr 2026. Und mit über 400 Ladestationen der Lechwerke werde die E-Mobilität ebenfalls praktisch unterstützt. [GK](#)



Walter Albrecht

Kommunale Wärmeplanung
individuell | intelligent | strategisch

Wir unterstützen Sie bei Ihrer Wärmepfung in allen Phasen des Planungsprozesses.

Mehr Informationen unter:
simergy.ceco.de

stracuri | consult
con energy

simergy

*Gute Daten sind
Voraussetzung für
eine korrekte Planung*



Martina Reinwald

MARTINA REINWALD | ÖKOENERGIE-INSTITUT BAYERN IM LFU (ÖIB)

Neuerungen aus dem Energie-Atlas Bayern

Der Energie-Atlas Bayern (EAB) ist das Internetportal der Bayerischen Staatsregierung zur Energiewende und zu Energiesparen, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Er enthält digitale Karten mit ca. 770.000 Erneuerbare-Energien-Anlagen, Potenzialen erneuerbarer Energien, Planungsgrundlagen und speziellen Tools wie etwa Daten-Recherche, Mischpult „Energimix Bayern vor Ort“ und 3D-Analyse Wind und PV.

Für die Planung der Wärmeversorgung in Kommunen, einen wichtigen Baustein zum Gelingen der Wärmewende und auf dem Weg zur Klimaneutralität, bietet der Energie-Atlas Bayern nunmehr wertvolle Unterstützung, wie Martina Reinwald berichtete. Dabei geht es um die Auswahl der geeigneten Wärmeversorgungsart und die Integration erneuerbarer Energien.

Aufgrund der dynamischen Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen in nahezu allen für die Windenergie relevanten Rechtsmaterien spiegelte der Bayerische Windenergie-Erlass nicht mehr in allen Punkten die geltende Rechtslage wider und wurde nun durch eine flexible und schnell aktualisierbare Themenplattform Windenergie abgelöst. Darauf finden sich, strukturiert nach den bisherigen Themenbereichen, die von den zuständigen Ressorts aktualisierten Hinweise und Verwaltungsvorschriften, sowie ergänzende Informationen zur Genehmigungspflicht, Raumordnung, Steuern und Finanzen, aber auch Natur-, Boden- und Denkmalschutz.

Rechtliche Rahmenbedingungen aktuell abgebildet

Um die für die Freiflächen-PV-Anlagen geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen auch angesichts der dynamischen Entwicklung der betroffenen Gesetzesmaterien abbilden zu können, wurden die Hinweise zur bau- und landesplanerischen Behandlung von Freiflächenphotovoltaikanlagen vom 10.12.2021 durch eine flexible und schnell aktualisierbare Themenplattform für das Planen und Genehmigen von Freiflächen-Photovoltaikanlagen abgelöst. Künftig stellen die zuständigen Ressorts aktualisierte ministerielle Hinweise sowie ergänzende Informationen über die Themenplattform bereit. Wie geplante PV-Freiflächen- oder Windenergieanlagen in der Landschaft aussehen würden, zeigt die „3D-Analyse“. Das Tool ermöglicht dem Betrachter, die Anlagen an Standorten seiner Wahl zu platzieren und sie aus beliebiger Perspektive anzusehen. Zudem können Distanzen zur Anlage gemessen oder

der Schattenwurf von Windenergieanlagen simuliert werden. Der „Steckbrief Stromdaten“ für Kommunen, Landkreise und Regierungsbezirke liefert wiederum Informationen zum Stromverbrauch und zur Entwicklung der Stromerzeugung aus Erneuerbaren in den vergangenen zehn Jahren.

Stichwort Oberflächennahe Geothermie: Der Energie-Atlas Bayern stellt Rasterkarten zur Verfügung, die erstmals flächendeckend für ganz Bayern die nutzbaren Potenziale für Erdwärmesonden, Erdwärmekollektoren und Grundwasserwärmepumpen präsentieren. Zudem zeigt die neue Karte zur Wärmebedarfsdichte, in welchen Gebieten hohe Wärmedichten vorliegen. Dazu wurde der Wärmebedarf des bayerischen Gebäudebestands erhoben, mit dessen Hilfe die Nutzbarkeit der oberflächennahen Geothermie im Rahmen der kommunalen Wärmewende analysiert werden kann.

Geplante Aktualisierungen bzw. Neuerungen betreffen Reinwald zufolge u.a. die Gebietskulisse Windkraft (Aktualisierung 2024), die PV-Freiflächenkulisse, das PV-Dachflächen-Potenzial und das Biogaspotenzial. [DK](#)



LEVIN KRÜGER UND DR. MATTHIAS FREUND | MUTH & PARTNER

Kommunale Wärmeplanung und Vergaberecht – wie gelingt die Ausschreibung?

„DRUM PRÜFE, WER SICH EWIG BINDET“ – DIE PARAGRAPHEN-FALLSTRICKE BEI DER AUFTRAGSVERGABE FÜR DIE WÄRMEPLANUNG

Auf dem Weg zur kommunalen Wärmeplanung sind ein paar Paragraphen-Fallstricke gespannt. Denn für viele Beteiligte trifft wahrscheinlich der Satz von Pippi Langstrumpf zu: „Wie soll ich das wissen, wenn ich es noch nie versucht habe!“ Daher sind die Erläuterungen der beiden auf Vergaberecht spezialisierten Fachanwälte Levin Krüger und Dr. Matthias Freund von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Muth & Partner eine große Unterstützung, wie die Ausschreibung ohne Festhängen an den juristischen Hürden gelingen kann. Da die Kommune in den meisten Fällen einen externen Dienstleister (z.B. Ingenieur- und Planungsbüro) mit der Wärmeplanung beauftragen muss, komme folglich das Vergaberecht zur Anwendung. In Bayern könnten die Kommunen der Rechtsträger für die Umsetzung des WPG werden. Doch aktuell fehlt im Freistaat noch die Entscheidung, ob die Landesregierung wirklich die Kommunen nach § 33 des Wärmeplanungsgesetz „als planungsverantwortliche Stelle bestimmt.“



Bei der Beauftragung von Dienstleistern wäre die Ermittlung des richtigen Auftragswertes eine wichtige Weichenstellung. Denn der Auftragswert entscheide nach Aussage Krügers, ob der Einkauf einer „fremden Leistung“ (Durchführung der Wärmeplanung) nach Europäischem oder nationalem Vergaberecht ausgeschrieben werden müsse. Aktuell liegt der EU-Schwellenwert für Dienstleistungsaufträge bei 221.000 Euro (netto).

Liegt der Wert unter dieser Schallmauer – das wird nach Schätzung von Muth & Partner bei der Mehrheit der Kommunen zutreffen – greift das nationale Haushalts- und Vergaberecht und weniger das EU-Vergaberecht. Kann eine Kommune den Auftragswert nicht genau beziffern, ist eine Schätzung zulässig. Diese kann aus Markterkundungen, Erfahrungen benachbarter Gemeinden oder Konnexitätszahlungen der Länder an die Kommunen für die Erstellung von Energiekonzepten erfolgen. Das Konnexitätsprinzip besagt vereinfacht, dass derjenige die Rechnung bezahlt, der die Planung in Form des WPG bestellt hat – in diesem Fall wäre das der Bund. Dieser Zusammenhang „Wer bestellt, bezahlt“ wird in §104 des Grundgesetzes geregelt. Zum Schluss ihres Vortrags gingen beide Anwälte auf die Ausgestaltung der Vergabeunterlagen näher ein. „Ich empfehle die Aufnahme einer detaillierten Leistungsbeschreibung in den Vertrag mit Ablauf, Status Quo der Gemeinde inklusive Daten und einer detaillierten Zielbeschreibung darüber, was die Gemeinde in Zukunft erreichen will“, sagt Krüger. Freund ergänzte seine Ausführungen mit Erfahrungen aus der Praxis. „Bei der Auswahl der Dienstleister sollten natürlich technische Planungskompetenzen unbedingt berücksichtigt werden. Denn in einer Wärmeplanung dürfen Basisdaten, die Rückschlüsse auf den Energiemix und den eingesetzten Technologien liefern, genauso Teil der Pläne sein wie fundierte, realistische Umsetzungsmaßnahmen für eine nachhaltige Wärmeplanung. Es braucht einen externen Partner mit Fachexpertise, auch wenn das WPG keine Vorgaben zu den Qualifikationen externer Planer macht. Gut wäre natürlich ein Ingenieur- und Planungsbüro, das bereits einen kommunalen Wärmeplan abgeschlossen hat. Doch ein zu dicker Forderungskatalog des Auftraggebers beschränkt automatisch ungewollt den Bietermarkt.“ Angesichts dieser vergaberechtlichen Anforderungen an den künftigen Durchführungspartner der Wärmeplanung trifft auch hier der Satz aus Schillers „Lied der Glocke“ zu: „Drum prüfe, wer sich ewig bindet.“ [HOF](#)



Dr. Matthias Freund

- Regional
- Unabhängig
- Ökologisch
- Unendlich
- Immer verfügbar
- Nachhaltig
- Preiswert
- Klimafreundlich
- Bestens bewährt

Wasserkraft in Bayern

Wo unser Strom daheim ist



TIMO ELLIOTT | RHEINENERGIE AG



Timo Elliott

Contracting-Lösungen zur Umsetzung der kommunalen Wärmewende

„Wir haben heute viel über das Thema Wärmeplanung gehört. Ich werde den Horizont etwas erweitern. Nämlich den Blick auf die Umsetzung werfen und Ihnen dazu konkret die Möglichkeiten mit Contracting aufzeigen“, stimmte Timo Elliott die Teilnehmer auf seine Präsentation ein. Es folgte eine kurze Vorstellung des Unternehmens RheinEnergie, das sich als „Ihr Energiemanager“ für eine langfristige Partnerschaft sieht. Als Experte für nachhaltige und innovative Energielösungen werden Konzepte für Kunden aus Industrie, Gewerbe und Immobilienwirtschaft entwickelt. Egal ob Einzelleistungen oder hochkomplexe Verbundlösungen – gemeinsam werde mit den Kunden die Energiezukunft gestaltet. Mit über 2.600 Mitarbeitern und Investitionen in Erneuerbare Energien von mehr als 100 Mio. EUR werden derzeit mehr als 600 Projekte bundesweit gestaltet.

Eine Studie von 2023 befasste sich mit den Fragen, die die Stadtwerke momentan beschäftigen. Der Aufbau Erneuerbarer Energien sowie die Wärmewende und Wärmeplanung belegen dabei die ersten Plätze. Damit verbunden sind eine Reihe von Herausforderungen, die bewältigt werden müssen: Steigender Dekarbonisierungsdruck, steigende und volatile Energiepreise, hohe Finanzierungskosten, komplexe Projektentwicklung, fehlende Planungssicherheit und Fachkräftemangel. An dieser Stelle greife das Kooperationsmodell Contracting, das Elliott anschließend detailliert erklärte. Dahinter stehe eine ganzheitliche Dienstleistung, wobei der Contractor – in diesem Fall RheinEnergie – die Planung, Finanzierung, Errichtung, Betriebsführung und sämtliche Instandhaltungsrisiken der neuen Energieerzeugungsanlagen übernehme. Der Kunde befreie sich von den Investitionskosten, bleibe aber Betreiber und Schnittstelle zum Endverbraucher und kümmere sich um Vertrieb und Abrechnung der erzeugten Energieprodukte. Zusätzlich übernehme RheinEnergie das Fördermittelmanagement und die Brennstoffbeschaffung und trage damit auch zu einer Verbesserung der CO₂-Bilanz bei. Durch diesen ganzheitlichen Dienstleistungsansatz erhalte der Kunde alle Leistungen aus einer Hand. Für die Wärmewende gebe es verschiedene technische

Lösungsansätze wie z.B.: Wärmepumpen, Kraft-Wärme-Kopplung, biogene Wärmeerzeugung, Power-to-Heat, Abwärmenutzung und Abfall-zu-Energie. Zur Verdeutlichung präsentierte Elliott einige Praxisbeispiele, bei denen auch die hauseigene AGO Calora Wärmepumpe zum Einsatz kommt.

„Die Wärmewende braucht starke Kooperationen“, fasste der Redner zusammen und gab einen Ausblick auf die weitere Entwicklung: Zukunftsfähige Energielösungen werden technisch komplexer und kapitalintensiver sie und binden erhebliche Personalressourcen. Die erforderlichen Investitionen werden viele Energieunternehmen an die Grenze der gesunden Eigenkapitalquote bringen. Dies erhöhe die Chancen einer Kooperation mit RheinEnergie. Diese bringe eine liquiditätsschonende Umsetzung von Energieprojekten, da keine Eigeninvestition erforderlich sei. Es gäbe individuelle Kooperationsmodelle für die Umsetzung von Einzelprojekten oder projektübergreifende Zusammenarbeit, basierend auf der Erfahrung aus über 600 bundesweit realisierten Projekten. „Rheinenergie könnte somit in der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung der einzige Ansprechpartner für Beschaffung, Planung und Energierecht, Fördermittelakquise, Anlagenbau sowie Betrieb sein“, schloss Elliott. [GK](#)

GEORG VON ARETIN | ORSTED ONSHORE DEUTSCHLAND GMBH

Da dreht sich was!

POTENZIALE UND STOLPERSTEINE BEIM AUSBAU DER ERNEUERBAREN IN BAYERN

Zur Firmengeschichte berichtete von Georg von Aretin, dass 1992 das Familienunternehmen Ostwind von der Familie Lenz gegründet wurde. 2010 baute Ostwind Bayerns größten Wald-Windpark. 2020 initiierte die Firma erfolgreich neue Solarparks. Aus Altersgründen in der Familie Lenz wurde Ostwind 2022 Teil von Ørsted. Schließlich wurde 2023 das Unternehmen Ostwind Erneuerbare Energien GmbH in Orsted Onshore Deutschland GmbH umbenannt. Mit mehr als 8.000 Mitarbeitern weltweit zählt Ørsted zu den nachhaltigsten Energieunternehmen der Welt. Mit Hauptsitz in Dänemark sei das Unternehmen in vier Geschäftsbereichen tätig: Offshore Windenergie, Onshore Windenergie, Solarenergie & Speicherung, Erneuerbarer Wasserstoff und grüne Kraftstoffe (P2X) sowie Bioenergie und andere. In Deutschland liege der Fokus auf Windenergie. Aus dem Fir-

mensitz in Regensburg und Niederlassungen in Essen, Lauf a.d. Pegnitz, Potsdam und Worms werden mit mehr als 70 Mitarbeitern die folgenden Projekte in ganz Deutschland betreut: 413 Windenergieanlagen, 72 Windparks und 16 Solarparks.



Georg von Aretin

Anhand des Bayernplans Energie 2040 der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. zeigte von Aretin die Potenziale für den EE-Strombereich auf. Demnach solle die installierte EE-Nennleistung im Zeitraum von 2019 bis 2040 von 20 auf 99 GW gesteigert werden und die erzeugte EE-Strommenge im gleichen Zeitraum von 38 auf 108 TWh anwachsen. Auch die mittleren Windgeschwindigkeiten zwischen 5 und 6 m/sec in 160 m Höhe böten für viele bisher ungenutzte Flächen Potenzial für den Ausbau mit moderner Anlagentechnologie. →

Zu den politischen Rahmenbedingungen sprach von Aretin zunächst, als möglichem Stolperstein das Windenergieflächenbedarfsgesetz an. Dieses sieht für Bayern einen Flächenbeitragswert (das ist der Anteil der Landesfläche in Prozent) von 1,1 bis 2026 und 1,8 bis 2032 vor. Wenn Bayern diese Vorgaben nicht erreichen sollte, verlöre man jegliche Steuerungswirkung. Für die Ausweisung von Windvorranggebieten seien die regionalen Planungsbehörden zuständig. Bisher wären aber viele Kriterien dabei bisher nicht berücksichtigt worden; z.B.: Steillagen können nicht bebaut werden, zivile und militärische Luftfahrtbelange werden oft erst im Genehmigungsverfahren berücksichtigt, Höhenbeschränkungen führen zur Unwirtschaftlichkeit von Projekten und die Ausschreibungen von Flächen des Bayerischen Staatsforstes stocken seit Monaten. Auch die bereits gelockerte 10-H-Regel behindere weiterhin den Windkraftausbau. Schließlich sei noch der Schutz von Vogelarten z.B. durch Populationsdichtezentren zu berücksichtigen.

Abschließend präsentierte von Aretin einen Lösungsansatz basierend auf kommunaler Kooperation. Die ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH (ZENOB) und die Orsted Onshore



Deutschland GmbH haben die WINOB Windkraftwerke Nordostbayern GmbH gegründet. Beide Partner halten je 50 Prozent der Firmenanteile. Interessierte Kommunen könnten von dieser Kooperation wie folgt profitieren:

- Vertraglich garantierte Gewinnbeteiligung
- Klimafreundlicher und sicherer Strom für die Region zu fairen Preisen – auch für die Industrie
- 100 Prozent regionale Wertschöpfung aus der Region für die Region
- Betreuung und wirtschaftliche Absicherung durch die WINOB. GK



KARL WEBER | ROMOLD GMBH

Aus dem Untergrund – praktische Innovationen für die Netzinfrastruktur

Nach einer Vorstellung des Unternehmens Romold per Video betonte Karl Weber, wie wichtig Innovationen für die Zukunft in Bereichen wie Elektrizität, Treibstoffe, Mobilität und Gesundheit seien. Für alle diese Bereiche wird eine leistungsfähige Infrastruktur benötigt. ROMOLD sieht sich als Spezialist für die Herstellung markt- und bedarfsgerechter Kunststoff-Schächte. Als Pionier auf diesem Gebiet seit mehr als 25 Jahren und als Anbieter von durchdachten System- und Individuallösungen kann Romold deshalb auf jeden Kundenwunsch reagieren.

Beim Blick auf die Zukunft der Kommunikation verwies Weber auf das erklärte Ziel bis 2030 eine flächendeckende Glasfaser-Infrastruktur in Deutschland zu implementieren und den neuen Mobilfunkstandard der sechsten Generation bei der Einführung zu unterstützen. 2023 wurde ein Glasfaseranschlussgrad von ca. 33 Prozent erreicht. Die Zukunft der Energieerzeugung sieht vor, dass bis 2045 die Energie von dann bis zu 1.300 TWh hauptsächlich aus regenerativen Quellen stammen soll. 2023 wurden ca. 457 TWh produziert, davon 268 TWh bereits regenerativ. Für die Zukunft der Mobilität soll bis 2050 der Verkehr ohne Emissionen und fossile Kraftstoffe stattfinden. Bis 2030 sollen 1 Mio. Ladepunkte für Elektrofahrzeuge verfügbar sein. Diese Netze benötigen eine passive Infrastruktur basierend auf Kabelschächten, die den jeweiligen Zugang ermöglichen.

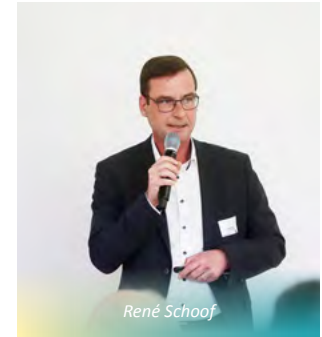
Romold offeriert erprobte Kunststoff-Kabelschächte nicht nur für die Bereiche Elektro und Telekommunikation, sondern auch für Wasserver- und -entsorgung, Straßenentwässerung, Kanalsanierung und Druckentwässerung. „Jedes Kabel beginnt im Kunststoff-Kabelschacht,“ erklärt Weber und betont die Vorteile von Kunststoff als Material: „Unsere Schächte bestehen aus Polyethylen / Polypropylen, sind daher leicht und schnell einzubauen; sie sind belastbar bis D 400 nach DIN EN 124 und bieten die höchste Flexibilität der Anschlüsse.“ Der Werkstoff Polyethylen/ Polypropylen wird zu 100 Prozent als Neumaterial verarbeitet, ist leicht zu bearbeiten und resistent gegen

Benzine, Säuren und Basen aus dem Erdreich und 100 Prozent recycelbar. „Diese Kabelschächte sind dicht und rund und in verschiedenen Bauhöhen monolithisch oder mehrteilig verfügbar,“ fasste Weber diesen Produktbereich zusammen.

Als zweites Sortiment stellte Weber die ROM-Box vor, ein rechteckiger Kabelschacht. Der ist modular aufgebaut, sanddicht und in allen gängigen Größen verfügbar. Die Box wird mit Sonder- und handelsüblichen Abdeckungen angeboten. Die verriegelbare Romold-Abdeckung ist aus Guss oder Kunststoff und kann mit Beton bzw. frei wählbaren Stoffen gefüllt werden. Die Anschlüsse für alle Kabelleerrohrsysteme sind frei wählbar. Die ROM-Box ist ferner für die Überbauung bestehender Rohrtrassen geeignet.

Zur Verbesserung der E-Mobilität muss die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe ausgebaut werden. Die Mindestziele laut der seit März 2023 geltenden AFIR-Verordnung (Alternative Fuels Infrastructure Regulation) fasste Weber wie folgt zusammen:

- Ausbau der E-Ladesäulen bis 2025: alle 60 km für PKW und alle 120 km für Nutzfahrzeuge / LKW / Busse
- Tankinfrastruktur für Wasserstoff bis 2030 alle 200 km
- LNG-Tankstellen für die Infrastruktur für emissionsfreie/-arme Fahrzeuge und Schiffe. GK



René Schoof

RENÉ SCHOOF | SCHWABEN NETZ GMBH

H2vorOrt – die Transformationsplanung der deutschen Gasverteilnetze und die Ausgestaltung in Bayerisch Schwaben

„Der Anteil Erneuerbarer steigt, aber es geht nicht schnell genug. Wir brauchen bald große Mengen importierter klimaneutraler Energie. Die Transformation der Gasinfrastruktur kann einen relevanten Teil der Mammutaufgabe ‚Klimaneutralität‘ lösen und Wasserstoff in Deutschland verteilen“, hob René Schoof hervor. Die Verteilnetze versorgen hierbei 1,8 Mio. Industrie- und Gewerbekunden sowie die Hälfte aller Haushalte.

Für eine umfassende Transformation der Gasverteilnetze zur Nutzung klimaneutraler Gase wie Wasserstoff setzt sich H2 vor Ort, die Dekarbonisierungsinitiative der deutschen Gasverteilnetzbetreiber, ein. Von den 562.500 Kilometer deutscher Gasverteilnetze betreiben die Projektpartner über 50 Prozent.

Durch das standardisierte Planungsinstrument GTP ist die Konzeption der Verteilnetztransformation in vollem Gange. Dabei führen die Verteilnetzbetreiber neben einer Kapazitätsanalyse und einer technischen Analyse auch eine Einspeise- sowie eine Kundenanalyse durch. Ziel ist Investitionsfähigkeit bis 2025.

Seit Anfang September liegt nun der GTP-Ergebnisbericht für 2023 vor. 241 Verteilnetzbetreiber haben am GTP 2023 teilgenommen. 381 von 401 Landkreisen in Deutschland verfügen über Netze von GTP-Teilnehmern, über 415.000 Kilometer Gasverteilnetz werden von den GTP-Teilnehmern gemeinschaftlich betrieben.

Bis 2030 wird in großen Teilen Deutschlands mit der Einspeisung von Wasserstoff (H₂) in die Verteilnetze begonnen. Bereits 2035 werden in den meisten Landkreisen Teilnetze auf 100 Prozent H₂ umgestellt. Die vollständige Umstellung der Wasserstoffgebiete wird bis 2045 abgeschlossen sein.

Erstmals wurden Zielzustände für 2045 ausgewertet: Es ist ersichtlich, dass Wasserstoff fast in ganz Deutschland zum Einsatz kommen wird. Viele Netzbetreiber gehen auch von einem gleichzeitigen Einsatz von Biomethan oder anderweitig klimaneutral erzeugtem Methan aus.

76 Prozent der 1.908 befragten Industrieunternehmen rechnen mit einem zukünftigen Einsatz von Wasserstoff in ihrem Unternehmen. 932 von 951 befragten Kommunen setzen auf klimaneutrale Gase. Dabei hat sich gezeigt, dass 544 Kommu-

nen (58 Prozent) klimaneutrale Gase wie Wasserstoff langfristig als einen Baustein der sicheren energetischen Versorgung sehen. 337 Kommunen (36 Prozent) halten dies für „möglich“ und nur 51 Kommunen (5 Prozent) sehen derzeit langfristig keinen Einsatz klimaneutraler Gase.

Der Bericht zeigt den Willen der Branche, die Klimaneutralität ambitioniert umzusetzen. Die Ergebnisse des GTP verdeutlichen, dass die Transformation der Gasverteilnetze zur Nutzung klimaneutraler Gase wie Wasserstoff eine entscheidende Rolle nicht nur für die Industrie, sondern auch für die kommunale Wärmeplanung haben wird.

„Die Transformationsplanung der Gasverteilnetze führt zu einem kohärenten Zielbild der deutschen Wasserstoffversorgung“, erläuterte Schoof. Als Teil der energie schwaben Gruppe war schwaben netz von Anfang an Mitbegründer der Initiative H2vorOrt. Mehr als 95 Prozent seines regionalen Verteilnetzes ist bereits H2-ready. „Die vor uns liegende Aufgabe ist, bis 2045 zu 100 Prozent klimaneutrale Gase im Netz zu haben“, so Schoof.

Neben der Wärmeversorgung vieler Haushalte in Bayerisch-Schwaben sichert die schwaben netz die Energieversorgung zahlreicher Industrie- und Gewerbebetriebe. 850 Industriekunden sind angeschlossen. Insgesamt gibt es mehr als 100.000 gasversorgte Haushalte.

Im Rahmen des GTP wird im Netzgebiet der schwaben netz eine Umstellplanung erarbeitet. Mit dem Startschuss im Jahr 2030 ist für jeden Hausanschluss und RLM-Kunden ein Jahr zur Umstellung vorgesehen. Das Augenmerk liegt dabei auf einer abgestimmten Planung mit sämtlichen vor- und nachgelagerten Netzbetreibern sowie der Konzentrierung der notwendigen Umbaumaßnahmen auf die ersten Umstellzonen. [DK](#)



*Analysen helfen, Prozesse
und Werte sicherzustellen*

DR. TOBIAS KAUF | SCHRAML GMBH

Smarte Prozessleit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik für Heizhäuser und Wärmenetze

Die Schraml GmbH beschäftigt sich seit 35 Jahren mit Infrastrukturthemen, insbesondere Kläranlagen, Wasserversorgung, Energie, Kanalnetze – mit dem Referenzkunden Stadt Nürnberg, Hochwasserschutz und Spezialprojekten wie z.B. der Stammstrecke in München. Die Themenkomplexe werden jeweils im Ganzen betrachtet. Mit Dr. Stephanie Kauf-Schraml als Clustersprecherin und Vorstandsvorsitzende des Umweltcluster Bayern engagiert sich das Unternehmen auch in Umweltfragen. Dr. Tobias Kauf besitzt umfangreiche ISO-Zertifizierungen. Als Treiber für die Firmenaktivitäten nannte Kauf Wasserver- und -Entsorgungssicherheit, extremes Wetter wie Dürre und Hochwasser, Energiemanagement und -optimierung, IT-Sicherheit für KRITIS-Anlagen, KI, IIoT und Vernetzung.



Für die Prozessleit-, Fernwirk- und Automatisierungstechnik hat Schraml eigene Hard- und Software als All-in-One Lösung entwickelt: AQASYS. AQASYS steht für einen Datenpool und ein Login, mit dem Prozessdaten und Energieflüsse entweder lokal oder aus der Cloud verarbeitet werden. Die Bedienung erfolgt über PC, Web oder App.

- Weg von „manuellen“ Analysen und Eingriffen, hin zu automatischen Auswertungen, (aktiven) Regelungen und Optimierungen, systemische Perspektive
- Energie-Resilienz und Autarkie, dezentral, erneuerbar, ausfallsicher, autark

Diese Funktionen und Menüs sind verfügbar:

- Störmeldungen und Alarmer
- Überwachen und Bedienen
- Grafische Auswertungen
- Protokollieren und Exportieren
- Steuern und Optimieren (Prozess, Energie)
- Maschinendokumentation, Wartung, Aufgaben
- Automatische Auswertungen, Anomalie-Erkennung.

Die von Schraml verfolgten Ziele für das Energiemanagement fasste Kauf wie folgt zusammen:

- Energiekosten senken, Lastspitzen verhindern, externen Bezug minimieren
- Erneuerbare Energien und verschiedene Quellen nutzen (auch sektorübergreifend), Energiewende meistern, hohe Eigendeckung, Dekarbonisierung
- Von der Energieanalyse zur Energieeffizienz, Transparenz der Energieflüsse; Kennzahlen und Bilanzen; Querschnittscharakter beachten

Abschließend erläuterte Kauf am Beispiel eines Stadtwerks als Kunde, warum ein Leitsystem auch für Heizhaus und Fernwärme sinnvoll sei. Als Verantwortlicher für die Wärmeversorgung vieler Wohneinheiten müssen Prozesse und Werte sichergestellt werden. Dabei helfen Analysen zur Kontrolle sowie eine schnelle Störungs- und Verursachensuche. Im Hinblick auf Kosten und Einsparpotenziale gelte es Optimierungspotenziale zu finden und umzusetzen. Dabei helfen das Verstehen von Einflussfaktoren auf die Wärmeerzeugung, ferner die Optimierung von Temperaturen und schließlich die Gegenprüfung von Werten und Rechnungen von Lieferanten. Die genannten Stadtwerke betreiben drei Blockheizkraftwerke, ein Fernwärmeversorgungsnetz von ca. 10 km, versorgen ca. 3.000 Wohneinheiten und 17 öffentliche Einrichtungen und haben 2023 16.500 MWh Wärme verkauft.

Mit dem Einsatz von AQASYS wurden folgende Ziele erreicht:

- Verantwortliche haben die Prozesse im Griff
- Beweiskräftige Daten gegenüber Wärmeabnehmern
- Kosten gespart durch Optimierung der Vorlauftemperatur
- Schnelle Reaktion und Fehlerbehebung durch Erkennen von Störungen
- Kontrolle und Korrektur von Abrechnungen der Lieferanten. GK

MAX RIEDL | GENOSSENSCHAFTSVERBAND BAYERN E.V.

Kommune und Genossenschaft – so funktioniert's

Für viele Kommunen stellt die Energiewende einen großen Kraftakt dar. Die Zusammenarbeit mit einer eingetragenen, lokalen Genossenschaft (eG) bietet hier eine wichtige Option für Kommunen, die Herausforderungen der Energiewende gemeinsam anzugehen.



Max Riedl

Max Riedl zufolge ist die Rechtsform Genossenschaft als Gesellschaftsform besonders leistungsfähig bei der Transformation der Energiesysteme. Sie schafft Akzeptanz bei Bürgern und garantiert eine verlässliche Versorgung mit erneuerbaren Energien. Mittlerweile gibt es bayernweit 334 Energiegenossenschaften, allen voran Wärme- und Photovoltaikgenossenschaften. Sie alle sind ein wichtiger Bestandteil der lokalen Wertschöpfung.

Genossenschaften beteiligen Bürger, Kommunen, Unternehmen und Stadtwerke. Sie setzen vor Ort die Energiewende mit konkreten Projekten um. Die Beteiligung der Bürger ist unabdingbar, wenn das Projekt auf breite Akzeptanz stoßen soll und muss. Die Genossenschaft bietet hier die Möglichkeit, die Einwohner der verschiedenen Kommunen zusammenzuführen, regelmäßige Bürgerversammlungen zu organisieren und die Wünsche und Bedenken der Bewohner in einem langfristigen Prozess frühzeitig einzubeziehen.

Die Idee ist so simpel wie erfolgreich: Einer Genossenschaft kann man einfach beitreten und jedes Mitglied hat grundsätz-

lich eine Stimme – unabhängig von der Höhe der finanziellen Beteiligung – und damit das gleiche Gewicht bei Entscheidungen. Einzelinteressen können deshalb nicht dominieren. Das schützt die Genossenschaft auch vor der Übernahme Dritter, die andere Interessen verfolgen.

Die Genossenschaft fördert ihre Mitglieder, weil sie in der Lage ist, Leistungen anzubieten, die das einzelne Mitglied allein nicht oder nur unter großem Aufwand erbringen kann. Da die Gesellschaft in erster Linie den Mitgliedern verpflichtet ist, geht es nicht um eine kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern um einen langfristigen Nutzen der eingelegten Mitgliedsanteile. Zudem handelt es sich bei der Genossenschaft um eine insolvenz sichere Gesellschaftsform – dazu dient auch die übergeordnete Kontrolle durch den Genossenschaftsverband Bayern. Insgesamt fußt das demokratische Geschäftsmodell der Genossenschaft auf den Grundprinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung.

„Der GVB schafft Mehrwert für seine Mitglieder“, unterstrich Riedl. „Mit unserem Prüfungsauftrag leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der genossenschaftlichen Solidargemeinschaft. Zudem bündeln, schaffen und teilen wir wertvolles Wissen. Daraus entwickeln wir praxisnahe Weiterbildungsangebote. Mit unserer Akademie sind wir der zentrale Partner für Fortbildungen. Als konstruktive Gestalter engagieren wir uns im Verbund und vertreten dort und gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit die Interessen unserer Mitglieder und unserer genossenschaftlichen Familie. Wir beraten und betreuen unsere Mitglieder bei ihren strategischen, betriebswirtschaftlichen, organisatorischen, steuerlichen und rechtlichen Herausforderungen – kompetent, effizient und praxisnah.“ [DK](#)

DR. THOMAS REIF | SONNTAG & PARTNER PARTNERSCHAFTSGESELLSCHAFT MBB

Von der Wärmeplanung zur Wärmeversorgung (aus Geothermie)



v.l.: Franz Bezold, Niklas Bammler, Dr. Thomas Reif und Maximilian Erhardt

Auf die Frage, wie eine kommunale Wärmeplanung bis hin zu einer Wärmeversorgung aussehen kann, antwortet das KI-Programm ChatGPT: Um eine Wärmeversorgung in einer Stadt

oder Gemeinde klimaneutral zu gestalten, ist eine umfassende Wärmeplanung erforderlich. Auch die Förderung von energetischer Gebäudesanierung und die Implementierung von effizienten Wärmenetzen sind wichtige Schritte. Zudem ist es entscheidend, die Bürger in den Prozess einzubeziehen und zu sensibilisieren. Mit einem Mausklick erhält jeder von der KI mehr Informationen als „Keine Idee“. In diesem Fall steht die Abkürzung KI für kreativen Input. Doch besser als ein digitales Informationssystem, sind die analogen Ausführungen von Thomas Reif. Der Anwalt der mittelständischen Wirtschaftskanzlei Sonntag & Partner zeigte auf, wie jede Kommune bei der Wärmeplanung Ökonomie und Technologie am besten kombinieren und wie rechtliche Chancen und Hemmnisse für erneuerbare Wärme und Klimaschutz in der kommunalen Planung aussehen können. →

Dabei empfahl Reif, bereits frühzeitig ein großes Augenmerk auf die wirtschaftliche und finanzielle Machbarkeit zu legen. „Auch wenn die Kommune vielleicht externe Fachleute und Experten auf dem Gebiet der Energietechnik, Wärmeversorgung und Fernwärmenetzausbau beauftragt hat, bringen Sie sich als Kommune unbedingt mit ihrem Wissen aus den Energienutzungsplänen ein. Dieser Prozess mag zwar kleinteilig und zeitintensiv sein, aber spätestens bei der Überprüfung der Banken auf Projektwirtschaftlichkeit ist das Ihr Vorteil. Denn Sie treten glaubhafter und transparenter gegenüber Kreditgebern auf“, sagte Reif. „Dies sind dann ebenfalls die big points bei ihrer Darlehensanfrage wie die Zusammenstellung von Unterlagen, die neben einem intelligenten Erzeugungsnetzkonzept auch einen belastbaren Businessplan umfassen sollen. Die Businessplan-Säulen wären Auskunft über Eigenkapital, Sicherheiten für Darlehen, Projektpartner, marktfähige Wärmepreise und bereits erfolgte Prüfungen von Landes- und EU-Förderungen. Denn sehr früh stellt sich in jedem Projekt die Frage nach der Finanzierbarkeit. Oftmals sind die Projektinitiatoren auf Fördermittel angewiesen. Nur diese gewährleisten die Umsetzung und sie können

mit der Detailplanung starten.“ Der Fachanwalt ist sich sicher, dass es ohne Fördermittel keinen flächendeckenden, kommunalen Netzausbau geben könne – das sei nach seiner Erfahrung essenziell bei Geothermieprojekten. Daher begrüße er die Ankündigung, dass beispielsweise ab Mitte 2024 ein KfW-Förderprogramm an den Start gehen soll, das Tiefengeothermie mit Krediten finanziert. Als groben Zeitplan für die unterschiedlichen Schritte der Wärmeplanung vom Vergabeverfahren und Finanzierung der Idee bis hin zum Bau und Betrieb kalkuliert Reif mit einer Dauer von durchschnittlich fünf Jahren. Zum Schluss appellierte der Anwalt an die Zuhörer: „Machen Sie die Wärmeplanung zu einem Bürgermeisterprojekt. Denn bei der Umsetzung ist neben Durchhaltevermögen und Kommunikation vor allem die Begeisterung der Stadtspitze der wichtigste Faktor für den Erfolg. Des Weiteren binden Sie frühzeitig die Bürger genauso ein wie die größten Abnehmer z. B. ihre Mittelstandsbetriebe im Ort. Werden alle diese Punkte berücksichtigt, so steht einer erfolgreichen, kommunalen Wärmeplanung auf einem stabilen, transparenten, gesellschaftlich breiten und planbaren Fundament nichts mehr im Wege.“ [HOF](#)

HAGEN FUHL | SENERTEC KRAFT-WÄRME-ENERGIESYSTEME GMBH

Mit KWK die Anforderungen des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes erfüllen

Zur Einstimmung auf das Thema verwies Hagen Fuhl auf einen kürzlichen Bericht der Wirtschaftswoche, wonach der Bundesrechnungshof auf 58 Seiten mit der Energiewende abrechnet und auf erhebliche Risiken.

Folgende Punkte hob Fuhl hervor:

- Die Bundesregierung hinke ihren Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien sowie hinreichend gesicherter, steuerbarer Kraftwerksleistung hinterher.
- Die Versorgungssicherheit sei gefährdet, der Strom sei teuer und Auswirkungen der Energiewende auf Landschaft, Natur und Umwelt könne die Bundesregierung nicht umfassend bewerten.
- Diese Lage berge erhebliche Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung.
- Bereits heute stehe die Bezahlbarkeit der Stromversorgung in Frage.
- Der Zeitplan zum Zubau gesicherter, steuerbarer Backup-Kapazitäten mit der jüngst vorgestellten Kraftwerksstrategie sei voraussichtlich nicht einzuhalten.
- Zudem sei absehbar, dass insbesondere Windenergie an Land nicht in dem gesetzlich vorgesehenen Umfang ausgebaut werde.
- Der Stand des Netzausbaus liege erheblich hinter der Planung zurück, genauer gesagt: Ganze sieben Jahre.

Das Gesamtfazit des Rechnungshofes laute: „Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende sind ungenügend und bergen deshalb gravierende Risiken.“ Zu den steigenden Stromkosten – die Stromnetzentgelte inklusive Messung und Messstellenbetrieb haben sich im Zeitraum 2014 (6,63 Ct/kWh) bis 2024 (11,51 Ct/kWh) um rund 74 Prozent erhöht – bemerkte Fuhl, dass diese auch weiterhin steigen werden. Gewichtiger Treiber dazu seien die Netzausbaukosten. Entlastungen der Endverbraucher seien aber durch Förderungen und Steuerbefreiungen möglich.

Die vorteilhaften Eigenschaften einer Wärmepumpe erläuterte Fuhl danach wie folgt. Qualitativ betrachtet gelte: Je niedriger die Außenlufttemperatur, desto niedriger ist die Leistungszahl. Hohe Leistungszahlen würden in der Regel ab ca. der Heizgrenztemperatur erreicht. Je höher die Vorlauftemperatur sei, desto niedriger fiele die Effizienz der Wärmepumpe aus. Ideal wäre der Betrieb bei positiven Außentemperaturen und einer möglichst niedrigen Rücklauftemperatur. Und das wäre die ideale Kombination mit einer Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Bei intelligentem Einsatz könne sich der Wärmepreis sogar halbieren. Wärmepumpen seien sehr gut geeignet im Neubau bzw. bei Sanierungen, insbesondere mit Flächenheizung und niedrigen Vorlauf-Temperaturen. Möglicherweise könnten sich dabei Probleme für die Warmwasserbereitung ergeben. Leider limitieren notwendige hohe Systemtemperaturen (z. B. im Bestand) im Heizkreis die Effizienz.



Senertec stelle bereits heute schon die Technologien für morgen zur Verfügung. Fuhls Fazit: KWK helfe bei Überlastung des Netzes ausreichende Energie für Wärmepumpe und E-Auto zu liefern. Aber auch ein Hybridsystem bestehend aus dem Firmenprodukt Dachs und Wärmepumpe mache Sinn. Hyperdachs erfülle zudem die Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes, spare eine Menge CO₂ und könne den Wärmepreis halbieren. [GK](#)



Bitcoin-Mining als Baustein für die Energiewende

Michael Bohlinger (l.) im Gespräch mit Kristian Kläger

Kristian Kläger

KRISTIAN KLÄGER | TERAHSH.ENERGY GMBH

Bitcoin als ESG-Technologie & Energie-Infrastruktur: ökonomische und ökologische Chancen für den Standort Deutschland

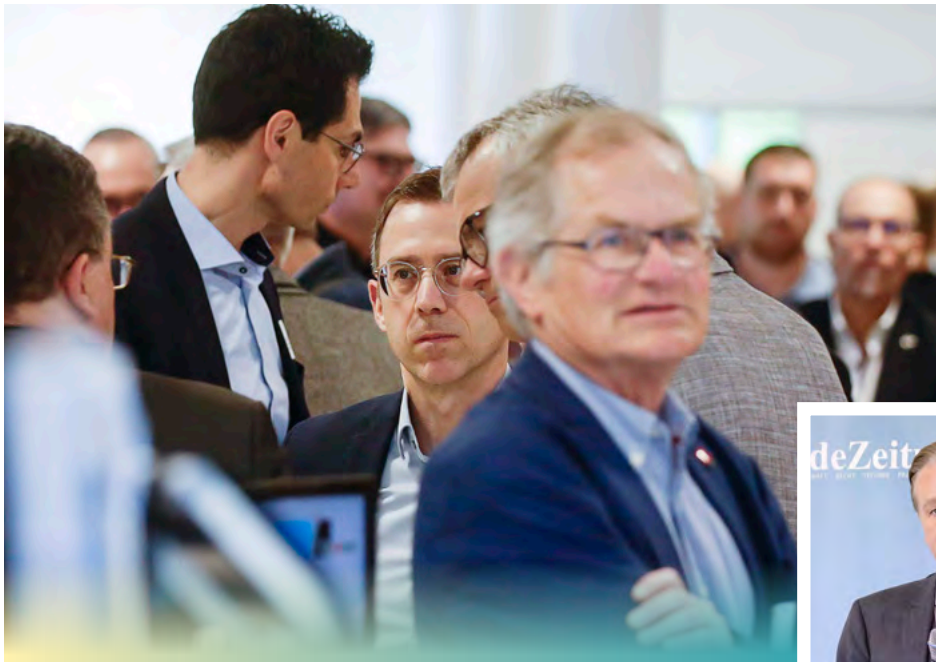
ZUKUNFTSCHANCE BITCOIN: DIGITALE WÄHRUNG FÜR ANALOGE ENERGIEWENDE

Bitcoin ist die grünste Branche der Welt. Hier ist sich Kristian Kläger (terahash.energy GmbH) sicher, vorausgesetzt Politik, Wirtschaft und Bevölkerung schenken dieser neuen Technologie mehr Vertrauen als ihr mit Ängsten zu begegnen. In seinem Vortrag warb Kläger für mehr Offenheit. Bitcoin sei eine Absicherung und ein verlässlicher Motor für die Energiewende. „Ich sehe die staatlich unabhängige Kryptowährung Bitcoin als eine Brückentechnologie für die grüne Transformation,“ sagte Kläger.

„Bitcoin-Mining-Anlagen fördern den Ausbau der Erneuerbaren Energie, tragen zur Netzstabilisierung bei und können die erzeugte und verbrauchte Elektrizität fein und in Echtzeit ausbalancieren. Denn das Problem bei Solar- und Windenergie ist die variable Energieproduktion und die damit verbundene Energieverschwendung, wenn mehr Energie produziert wird, als die lokale Nachfrage benötigt. So könnten Mining-Zentren in der Nähe von Solar- und Windkraftanlagen angesiedelt werden, um ansonsten verschwendete Energie zu günstigen Preisen zu nutzen.“ In seinem Vortrag zeigt er das Potenzial auf, wie Bitcoin als ESG-Technologie ungenutzte Energieresourcen erschließen kann.

Seit Jahren sucht Kläger nach Lösungen, um das Energiemanagement der von ihm geleiteten Kläger Group zu verbessern und sich in Zukunft unabhängiger aufzustellen. Denn das Plastikindustrieunternehmen entwickelt und produziert mit hohem Energieaufwand Sprühsysteme und Kunststoffflaschen. Nun hat er ein eigenes Energie-Start-Up terahash.energy GmbH gegründet. „Ich bin überzeugt: Wer in Deutschland energieintensiv produzieren will, muss seinen eigenen

Strom erzeugen. Der Einsatz von erneuerbaren Energien, kombiniert mit neuen Technologien wie wassergekühlten Bitcoin-Rechenzentren, spielt eine wichtige Rolle bei der grünen Transformation“, erläuterte Kläger. „Mit terahash verbinden wir die beiden Zukunftsthemen Bitcoin und Energie-Infrastruktur und schaffen ein modernes, dezentrales Energiesystem. Denn bis jetzt kann die Frage im Detail nicht beantwortet werden: Was geschieht mit dem Strom, wenn der Betrieb ihn akut nicht benötigt? Bitcoin kann als unabhängiges Netzwerk als hochflexibler und verlässlicher Stromabnehmer genutzt werden.“ Er ist sich sicher, dass Bitcoin eine Energieinfrastruktur mit unfassbarem Potenzial und Chancen für die Energiewende, Netzstabilität und Ausbau erneuerbarer Energien schaffe. Ihm stehe bei der Kryptowährung immer noch zu stark allein der hohe Energieverbrauch im Fokus. Bei seinem Fazit über den Status Quo sprach Kläger auch offen über den in der Öffentlichkeit immer wieder diskutierten ökologischen Fußabdruck: „Die seit 2009, den Anfangszeiten der Kryptowährung, immer wieder vorgebrachte CO2-Bilanz beim Mining („Schürfen“), der Erzeugung des neuen Kryptogeldes, ist bis heute ein Imagekiller für Bitcoin. Für mich ist Bitcoin-Mining ein Baustein für die Energiewende. Ich möchte an unserem Beispiel vielmehr Lösungen und Visionen aufzeigen, wie mit dieser Technologie eine nachhaltige Wertschöpfung in Deutschland umgesetzt werden kann. Unser eigenes Forschungszentrum, das Energy-Lab, wird mit Solarenergie betrieben. Überschüssige Energie fängt unser Bitcoin-Rechenzentrum auf und monetarisiert diese. So haben wir mit Bitcoin-basierten Energielösungen als Mittelständler schon unser Energiemanagement stark verbessern können.“ HOF



Dr. Henrik Bremer

DR. HENRIK BREMER | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Wettlauf um die Milliarden – wer sollte wann was tun?

Neben den aktuellen Herausforderungen der Infrastrukturtransformation widmete sich der Vortrag von Dr. Henrik Bremer dem immensen Investitionsbedarf, der bereits gegenwärtig tiefgreifende Auswirkungen auf die allgemeine Preisentwicklung hat und den deutschen Markt beeinflusst. Zudem gab der Geschäftsführer einen strategischen Überblick, wie Kommunen einen eigenen Fahrplan für die Umsetzung der Energie- und Wärmewende entwickeln können.

Im Zuge der Energiewende besteht Bremer zufolge dringender Handlungsbedarf: Das Stromnetz passe immer weniger zu den Bedürfnissen der Erneuerbaren. Die Betreiber der sogenannten Stromautobahnen gehen davon aus, dass sich wegen des Verzichts auf Kohle, Öl und Erdgas der jährliche Stromverbrauch in Deutschland bis 2045 auf über 1.000 Terawattstunden verdoppelt. Zur Deckung wird mit einer Verfünffachung der installierten Leistung aus erneuerbaren Energien auf rund 700 Gigawatt im Jahr 2045 gerechnet. Sie zu integrieren und einen sicheren Netzbetrieb zu ermöglichen, erfordert weiteren Netzausbau. Laut den Netzbetreibern werden 14.000 Kilometer neue Hoch- und Höchstspannungsleitungen benötigt, die aktuelle Stromübertragungsnetzlänge beträgt 35.000 Kilometer.

Überschrittene Nutzungsdauer vieler Anlagen

Auch sind hierzulande vielerorts Leitungen und Kanäle der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung am Ende der Nutzungsdauer angekommen und müssen saniert oder erneuert werden. Das deutsche Bundeswasserstraßennetz umfasst ca. 7.300 Kilometer, wobei zahlreiche Anlagen eine überschrittene Nutzungsdauer aufweisen. „Deutschland befindet sich am Wendepunkt“, so der Rechtsanwalt. Für den notwendigen Umbau zur Klimaneutralität bis 2045 wird etwa 1 Billion Euro für Zusatzinvestitionen in „grüne Sachgüter“ nötig sein, für den Ersatz oder die Instandhaltung bestehender Infrastruktur, Anlagen oder Gebäude ca. 5 Billionen Euro.

Mit Blick auf das Vortragsthema erstellte Bremer eine Roadmap, „ein Grundkonstrukt zur eigenen Realisierung der Energie- und

Wärmewende“, bestehend aus Bedarfsanalyse, Analyse der Energieeffizienz, Finanzierungsstrategie, Ausbau und Integration Erneuerbarer Energien, Ausbau des Wärmenetzes mit Fokus auf Fernwärme, Konzept für Wärmespeicher, Beteiligung und Einbindung der Bürger sowie Umsetzung und Monitoring.

Ein vielversprechender Lösungsweg für eine Dekarbonisierung der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs ist die Sektorenkopplung. Zukunftsweisende Antworten sowohl auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich Energiebeschaffung als auch die Elektrifizierung des straßengebundenen Nahverkehrs gibt hier etwa die eMIS Management GmbH. Sie vermietet E-Busse und smarte Ladetechnik zu attraktiven Konditionen. Jeder ÖPNV-Busbetreiber, ob kommunal oder privat, im Ballungs- oder ländlichen Raum, kann auf diese Weise ohne Einsatz von Eigen- oder Fremdkapital auf E-Mobilität umstellen. Auch der Strom aus erneuerbaren Energien kommt von eMIS. Somit wird der elektrische ÖPNV-Busbetrieb wirtschaftlich und klimafreundlich.

Auch in der Verstärkung der interkommunalen Zusammenarbeit, beispielsweise durch die Gründung eines Regionalwerks, sieht Bremer eine Möglichkeit, die zahlreichen Hausaufgaben „im Wettlauf um die Milliarden“ zu stemmen und sowohl die kommunalen Pflichten zu erfüllen als auch die eigenen Chancen wahrzunehmen. Gemeinsam mit Kommunen und den Bürgern vor Ort mache das Kommunalunternehmen den Ausbau erneuerbarer Energie vor Ort gestaltbar. Bremer: „Die Energiewende wird vor allem auch eine regionale Wende mit deutlich mehr dezentralen Erzeugungen sein. Dann wird es eben darauf ankommen, was vor Ort gemacht wird.“ **DK**



V.l.: Dr. Josef Rampl, Theresa von Hassel, Georg Loy und Fritz Schweiger



Herfried Harreiter

DIPL.-ING. HERFRIED HARREITER | VERBUND INNKRAFTWERKE GMBH

Energiewende und flexible Wasserkraft

Mit einem Blick auf die Europäische Perspektive begann Herfried Harreiter seine Präsentation und beleuchtete das 2040 Rahmenwerk der EU. Dieses nicht verbindliche Dokument bestätigt die zunehmende Elektrifizierung als Voraussetzung für die Dekarbonisierung. Die Elektrifizierung soll bis 2040 48 bis 51 Prozent des finalen Energieverbrauchs konsumieren und sich bis 2050 auf bis zu 62 Prozent erhöhen. Die gesamte installierte Kapazität wird sich im Zeitraum von 2022 bis 2040 verdoppeln. Das System soll dann auf 81 bis 87 Prozent erneuerbaren Energien basieren. Gleichzeitig wird ein zunehmender Bedarf an flexiblen Speichern prognostiziert. Die gesamte Speicherkapazität soll sich von 50 auf 531 bis 636 GWh verzehnfachen. Harreiter verwies dazu auf die kürzlich verabschiedete Kraftwerksstrategie Deutschland mit dem Fokus auf gesicherte Leistung, wonach Deutschland bis 2045 ein klimaneutrales Industrieland werden soll.

Zu den Möglichkeiten der flexiblen Wasserkraft erklärte Harreiter: „Da gibt es zum einen reine Speicherkraftwerke. Hier wird der natürliche Zufluss in einem Speicher aufgestaut und saisonal oder kurzfristig verlagert. Ein Beispiel dafür ist das heute bereits erwähnte Walchenseekraftwerk. Daneben gibt es Pumpspeicherkraftwerke: Statt durch natürlichen Zufluss wird der Speicher mit hochgepumptem Wasser gefüllt. Ein Beispiel dafür ist Goldisthal in Thüringen von Vattenfall. Speziell im alpinen Bereich gibt es auch Kombinationen von natürlichem Zufluss und Pumpspeicherung. Als Beispiel nenne ich hier die von uns betriebenen vier hochflexiblen Kraftwerke der Gruppe Zemm-Ziller im Zillertal.“

Beim anschließenden Vergleich des Wirkungsgrades verschiedener Speichertechnologien – konkret Pumpspeicherkraftwerk (PSKW), Batterie und Power-to-Gas-to-Power (P2G2P) – verwies Harreiter auf die unterschiedliche Lebensdauer dieser Technologien. Sie liegt bei PSKW zwischen 80 und 100 Jahren, bei Batterien zwischen 7 und 10 Jahren sowie bei P2G2P

zwischen 18 und 20 Jahren. Den höchsten Wirkungsgrad von 90 Prozent erreichen Batterien, gefolgt von PSKW mit 80 Prozent jeweils bei geringen Investitionskosten. Die P2G2P-Technologie besitzt nur einen geringen Wirkungsgrad zwischen 30 und 35 Prozent bei hohen Investitionskosten.

Der Überblick der Stromerzeugung im Jahr 2021 in Deutschland und insbesondere in Bayern zeigte auch die Bedeutung der Wasserkraft. Folgende Zahlen präsentierte Harreiter:

BRUTTOSTROMERZEUGUNG DEUTSCHLAND 585 TWH

- Erneuerbare Energien (EE) 237 TWh (rd. 40 Prozent)
- Erzeugung Wasserkraft 19,4 TWh (rd. 8 Prozent der EE)
- Anzahl Wasserkraftanlagen rund 7.300 Anlagen, davon 31 Pumpspeicherwerke

BRUTTOSTROMERZEUGUNG BAYERN 80,1 TWH

- Erneuerbare Energien (EE) 38,4 TWh (rd. 48 Prozent)
- Erzeugung Wasserkraft 11,4 TWh (rd. 30 Prozent der EE)
- Anzahl Wasserkraftanlagen rund 4.200 Anlagen, davon 7 Pumpspeicherwerke

86 Prozent der Wasserkrafterzeugung in Deutschland stammen aus Bayern (59 Prozent) und Baden-Württemberg (27 Prozent).

Der VERBUND Innkraftwerke hat derzeit 17 Wasserkraft-Projekte in der Ausführung und investiert dafür insgesamt 1,5 Mrd. EUR. Das größte Projekt ist das Pumpspeicherkraftwerk Limberg III als Erweiterung der Kraftwerksgruppe Kaprun mit Investitionen von 570 Mio. EUR. Damit verbunden sind umfassende ökologische Ausgleichsmaßnahmen. Harreiters Fazit: „Auch in einem künftigen erneuerbaren Energiesystem spielt die Wasserkraft eine wesentliche Rolle.“ GK

DIPL-ING. GEORG LOY | VERBUND INNKRAFTWERKE GMBH

Der Wasserkraftbetreiber – vom physikalisch-technischen Hintergrund zur Umsetzung wesentlicher Zukunftsthemen

Die aktuellen Themen reichen von Hochwasserschutz, Klimafolgenanpassung, EU-Biodiversitätsstrategie, Wasserrahmenrichtlinie, Erhalt gefährdeter Fischpopulationen und Artenschutz, Umgebungsgewässer und Auen im systemischen, prozessorientierten Ansatz, Energiewende und Energiespeicher.

Dazu ermunterte Loy gleich zu Beginn seiner Präsentation die Anwesenden auch persönlich mitzumachen: „Es handelt sich um eine gesellschaftliche Aufgabe, die im Konsens mit gemeinsamen Zielen realisiert werden muss! Alle im Raum sind gefordert!“

Den wissenschaftlich technischen Hintergrund bezeichnete Georg Loy mit: „Alles ist Physik!“ Deshalb seien für die meisten Naturgesetze exakte Berechnungen und Modellierungen möglich. Zu den ökologischen Themen werde hingegen Grundlagenforschung betrieben, die sich auf statistische Methoden stützt. Als Beispiel für exakte Berechnung erklärte er die Formel zum Berechnen der Leistung einer Turbine in einem Wasserkraftwerk: $P = \eta * \rho * g * h * Q$ (Leistung = Wirkungsgrad*Wasserdichte*Fallbeschleunigung*nutzbare Fallhöhe*Volumenstrom).

Nach einem Blick auf die in der Resolution der Vereinten Nationen Agenda 2030 festgeschriebenen nachhaltigen Entwicklungsziele widmete sich Loy dem Programm „Wasserkraft Bayern 2050“, der integralen Strategie der bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung zur mittel- bis langfristigen Bewirtschaftung unserer Wasserressourcen, die für bislang absehbare Folgen des Klimawandels und weitere Veränderungsfaktoren Anpassungsmaßnahmen ableitet. Sie umfasst die vier strate-



Georg Loy

gischen Bereiche Wassersicherheit (Trockenheit und Dürre), Hochwasserschutz, Ökologie und Sozialfunktion. Zum Thema Hochwasser bemerkte Loy, dass dieses keine abstrakte Gefahr darstelle. Man könne sich schützen durch ständiges Messen und Modellieren sowie eine rechtzeitige Anpassung von Dämmen und Deichen und Schaffung von Resilienzen. Für große Gewässer bestehe bereits die Norm HQ 1000 DIN 19700 Teil 13, die bei entsprechender Anpassung für eine angemessene Sicherheit sorgt. Bei Extremereignissen böten Polder zusätzliche Sicherheit. Als Beispiel verwies Loy auf das Hochwasser von 1985: „Durch die konsequente Umsetzung und Beseitigung von Schwachstellen nach dem Hochwasser 1985 konnten wesentliche Defizite beseitigt werden.

Es ist aber die Aufgabe neue Schwachstellen und Schadstellen systematisch zu analysieren und zu beseitigen, um für das nächste Ereignis gewappnet zu sein.“ Er konstatierte: „Nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser!“

Danach erläuterte Loy die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL): Die Erhaltung und Förderung der Funktion der Gewässer und des Naturraums mit seiner Interaktion. Die Wasserkraft muss für eine Durchgängigkeit für Fische, Sedimentfunktion und Habitate für alle Lebewesen am Fluss sorgen. Alle Themen der Wasserkraft müssen flussgebietsbezogen, systemisch betrachtet werden. Wasserkraft ist nachhaltig, auch mit der regelmäßigen Notwendigkeit zur Hochwasserschutzanpassung z.B. durch neue Normen. Deshalb forderte Loy: „JEDER, aber auch der Staat, hat die Aufgabe die Biodiversität zu stärken, Habitate zu erhalten und Prozesse in den Raum bringen.“ GK

THEODOROS REUMSCHÜSSEL | UNIPER KRAFTWERKE GMBH

100 Jahre Walchenseekraftwerk

Das Walchenseekraftwerk möchte das Jubiläumsjahr auch für besondere Publikumsveranstaltungen nutzen. Theodoros Reumschüssel bot dazu einen persönlichen Besuch des Kraftwerks an oder zumindest den Besuch des Ausstellungsstandes. Dort lag nämlich für die Besucher das Jubiläumsmagazin aus, mit wirklich interessanten Geschichten, die von der Belegschaft auf insgesamt 100 Seiten zusammengetragen wurden. Dieses Magazin enthält aber nicht nur Geschichten, sondern dokumentiert auch die Geschichte des Wasserkraftwerks.

Bereits 1866 entstanden die ersten Ideen zur Nutzung des Walchensees um Energie zu erzeugen. Erst durch den persönlichen Einsatz von Oskar von Miller entstanden daraus konkrete Pläne. Dazu präsentierte Reumschüssel ein Zitat aus einem Vortrag von Millers am 17. Mai 1907: „Die Ausnützung des zirka 200 Meter hohen Gefälles zwischen Walchensee und Kochelsee ist so naheliegend, dass dieses Projekt zu den ältesten und am häufigsten vorgeschlagenen Wasserkraftprojekten in Bayern gehört.“ Und es gab zu dieser Zeit auch



Theodoros Reumschüssel und Manuela Winbeck

andere Ideen: Der Walchensee sollte um sechs Meter höher aufgestaut werden. Das wäre jedoch ein unvorstellbarer Eingriff in die Landschaft gewesen.

Im Juni 1918 beschloss der bayerische Landtag den von Miller vorgeschlagenen Kraftwerksbau. Es sollte aber nicht nur ein Kraftwerk entstehen, sondern ein ganzes Kraftwerkssystem. →

Oskar von Miller hatte nämlich vorgeschlagen einen bayerischen Hochspannungsring zu bauen. Dieser Ring mit der ersten Kraftquelle im Süden, dem Walchensee-Kraftwerk war dann auch die Geburtsstunde der bayerischen Landes-Elektrizitätsversorgung, später Bayernwerk AG. Dazu zitierte Reumschüssel nochmals von Miller: „Möge auch in Bayern dieses neue Gebiet der Technik in jeder Weise unterstützt werden, damit das Volk die Vorteile genießen könne, welche die Anwendung des elektrischen Stroms bietet, damit der Staat auch Nutzen ziehen könne aus dem Kapitale, das er in seinen bisher unbenutzten Wasserkraften besitzt.“

Nachdem der damalige Verkehrsminister Heinrich von Frauendorfer überlegt hatte, die Bahn zu elektrifizieren, machte Oskar von Miller dazu eine Studie mit dem Ergebnis: Die jährlichen Einsparungen liegen zwischen 600.000 und zwei Millionen Mark. Reumschüssel bestätigte: „Um es kurz zu machen, Ende der 20er Jahre lag über die Hälfte der elektrifizierten Bahnstrecken

Deutschlands in Bayern.“ Also wurden separate Bahnstrommaschinen eingebaut, die ausschließlich Strom für die Bahn lieferten. Etwa ein Drittel des gesamten produzierten Stroms ist auch heute noch für die Bahn bestimmt.

Ein Bild des Nordtors des Wasserschlosses sollte zeigen, wie prächtig allseits gebaut wurde. Über dem Tor sieht man den Waller, der schon damals zu kuriosen Diskussionen führte. Die Sage erzählt nämlich, dass seit mehr als tausend Jahren im Walchensee ein gigantischer Waller seinen Schweif im Maul hält. Ärgert man den Waller, lässt er los und zerschlägt den Kesselberg und eine Flut ertränkt die Menschen vom Isarwinkel bis nach München.

In den Spitzenzeiten waren rund 2.000 Arbeiter mit dem Bau beschäftigt, wobei Kochel damals nur 1.600 Einwohner zählte. Leider gab es offiziell auch 17 Todesfälle, die in einer Gedenktafel gewürdigt sind. [GK](#)

ALOIS KLUIBENSCHÄDL | ALPE PIPE SYSTEMS GMBH & CO KG

Stahlrohre für Wasserkraftwerke

Das Lieferprogramm von Alpe Pipe Systems für den Rohrleitungsbau umfasst Stahlrohre und Formteile, Gussrohre und Formteile, Armaturen, Hydranten und Rohrleitungszubehör. In seiner Präsentation konzentrierte sich Alois Kluibenschädl auf Stahlrohre mit Durchmessern von einem Zoll bis zu vier Meter und Formteile sowie einige Referenzprojekte. Der Partner Manesmann Line Pipe aus Deutschland ergänzt das Lieferprogramm mit Stahlrohren für folgende Einsatzbereiche: Trinkwasser, Abwasser, Kraftwerksbau, Feuerlöschleitungen, Beschneigungsanlagen, Gasleitungen sowie diverse Sonderanwendungen.

Kluibenschädl beschrieb zunächst als wichtige Komponente die verschiedenen Verbindungssysteme für Stahlrohre. Dazu zählen:

- Stumpfschweißverbindung DN50 – DN4000
- Einsteckschweißmuffe DN80 – DN1200
- Die Eigenentwicklung „FUCHSROHR“
Steckmuffenverbindung DN80 – DN600
- Kupplungsverbindung DN25 – DN600.

Diese Verbindungssysteme beleuchtete Kluibenschädl anschließend im Detail. So ist bei Stumpfschweißverbindungen ab DN 500 ein nachträgliches Beschichten des Verbindungsspaltes mit Zementmörtel möglich. Als Innen-Beschichtungsvarianten nannte er: FBE-Epoxy, Liquid-Epoxy, PUR, und für die Außenbeschichtung: PEHD, FZM, PUR, Epoxy. Die Einsteckschweißmuffe wird vorwiegend bei innenzementierten Rohren eingesetzt, oder auch für aggressive Wässer. Die Schweißung erfolgt mittels Kehlnaht und Schweißnahtprüfung mittels Rot-Weiß Prüfung. Es besteht eine durchgehende Zementauskleidung im Verbindungsbereich, dadurch ist kein Nachzementieren erforderlich. Die Eigenentwicklung „FUCHSROHR“ wird als Steckmuffenverbindung mit Gussformteilen und Riegelverbindung mit Gussdoppelmuffen angeboten. Bei beiden Varianten sorgt das Einschrumpfen der Verbindung für einen lückenlosen Vollschutz (Vollschutzhülle). Das Sortiment Kupplungsverbindungen umfasst eine große Anzahl von längskraftschlüssigen und nicht



V.l.: Luis und Alois Kluibenschädl

längskraftschlüssigen Kupplungen. Auch hier bieten eine durchgehende Zementauskleidung im Verbindungsbereich und das Einschrumpfen der Verbindung einen lückenlosen Vollschutz.

Als Höhepunkt seines Vortrags präsentierte Kluibenschädl einige aktuelle Referenzprojekte. Nach rund 100 Betriebsjahren mussten die alte Stahldruckrohrleitung des Wasserkraftwerks der Österreichischen Bundesbahn Spullersee erneuert werden. Es wurden im Zeitraum Mai bis Oktober 2020 insgesamt 1.451 m spiralgeschweißte Stahlrohre DN 1100, in verschiedenen Wanddicken, für einen Betriebsdruck bis zu 80 Bar verlegt. Als Verbindungsart wurde die Stumpfschweißverbindung gewählt. Für das Wasserkraftwerk Sellrain wurden im Zeitraum Oktober 2021 bis September 2022 insgesamt 3.565 m spiralgeschweißte Stahlrohre DN 1300 für einen Betriebsdruck bis zu 50 bar verlegt. Als Verbindungsart wurde auch hier die Stumpfschweißverbindung gewählt. Und im Zeitraum Mai bis Oktober 2021 wurden insgesamt 2.540 m längsnahtgeschweißte Stahlrohre DN 300 mit Stangenlängen von 6 bis 12 m für einen Betriebsdruck von 40 bar verlegt. Als Verbindungsart wurden zugfeste Steckmuffenverbindungen FURO eingesetzt. „Das war ein besonders anspruchsvolles Projekt, weil wir hier vorgefertigte Stahlbrücken mit Hubschraubern verbauen mussten“, betonte Kluibenschädl. [GK](#)

PARTNERBEITRÄGE

BAYERNWERK NETZ GMBH



v.l.: Tobias Weinzierl, Markus Leczycki und Stephan Leibl

Kommunale Wärmeplanung

MIT GUTEN PARTNERN ENTSPANNT DURCH DIE WÄRMEWENDE

Die Bayernwerk Netz GmbH ist als Betreiber von Stromnetzen seit vielen Jahren ein verlässlicher Partner für über 1.200 Kommunen in Bayern. Auch bei der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) steht das Bayernwerk den Gemeinden im Freistaat unterstützend zur Seite; wohl wissend, dass die KWP für die Gemeinden einen erheblichen Aufwand bedeutet. Insbesondere bei den kommunikativen Aufgaben der Bürgerbeteiligung kann das Bayernwerk jahrzehntelange Erfahrung mit einbringen.

Bereits im vergangenen Jahr hat das Bayernwerk Pilotprojekte zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP) in Bad Abbach und in der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Weiherhammer mit dem Nachbar-Markt Mantel begonnen. Erfahrungen aus diesen Projekten fließen in die Wärmeplanung für die VG Neumarkt-Sankt Veit ein, die die Bayernwerk Netz GmbH derzeit erarbeitet.

Stärken bündeln: Die Planungsleistung bei der KWP mit ihren gesetzlich festgelegten Bestandteilen übernimmt, wie das Beispiel Neumarkt-Sankt Veit zeigt, ein Planungsbüro aus dem qualifizierten Partnernetzwerk des Bayernwerks. Projektmanagement, Einbindung relevanter Stakeholder sowie die übergreifende Kommunikation sind Aufgabe des Bayernwerks.

Die kommunale Wärmeplanung wird in ihrer Gänze maßgeblichen Einfluss auf die Energielandschaft von morgen haben. Das Kommunalmanagement des Bayernwerks steht Kommunen mit seiner energiewirtschaftlichen Expertise bei Fragen zur kommunalen Wärmeplanung und Projektanfragen gerne zur Verfügung:

KOMMUNALMANAGEMENT@BAYERNWERK.DE

LFA FÖRDERBANK BAYERN



Marc Rossner und Christina Auer

Förderkredite zur erfolgreichen Finanzierung des Energieumstiegs

Die Lfa unterstützt bayerische Kommunen und Betriebe als staatliche Spezialbank bei Investitionen in eine moderne Infrastruktur, in nachhaltige Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie bei der Umstellung auf umweltfreundliche und erneuerbare Energieträger mit zinsgünstigen und langfristigen Förderkrediten.

Mit dem Spezialprogramm Infrakredit Energie bietet die Lfa den Kommunen zinsgünstige Finanzierungen von Maßnahmen zur Energieeinsparung von mindestens 20 Prozent, etwa die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Außerdem ist die Umstellung auf erneuerbare Energieträger förderfähig (ohne EEG- und KWK-Anlagen). Allgemeine Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Umstellung auf umweltfreundliche Energieträger können unter bestimmten Voraussetzungen auch im Infrakredit Kommunal der Lfa gefördert werden. Damit sind darüber hinaus beispielsweise auch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur oder die Ver- und Entsorgung förderfähig. Investitionen in Feldern, in denen der Antragsteller eine wirtschaftliche Tätigkeit im EU-beihilferechtlichen Sinne ausübt, sind in beiden Programmen nicht förderfähig.

Neben äußerst günstigen Konditionen bieten die Darlehen mit langfristigen Laufzeiten von bis zu 30 Jahren und optionalen Tilgungsfreijahren weitere Vorteile. Bei Darlehen bis 2 Mio. Euro beträgt der Finanzierungsanteil bis zu 100 Prozent.

Beantragt werden die Infrastruktur-Förderdarlehen direkt bei der Lfa.

KONTAKT:

LFA FÖRDERBANK BAYERN, TEAM INFRASTRUKTURFINANZIERUNG

TEL.: +49 89 2124 1505

E-MAIL: INFRA@LFA.DE

WWW.LFA.DE/INFRASTRUKTUR

WEITERE PARTNER



Bayerngrund



Geoinform



Rietzler



Juwi



VSB

Terminhinweis

NÄCHSTES EVENT



11. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

www.bayerisches-breitbandforum.de

&



**BAYERISCHER
GEMEINDETAG**

www.bay-gemeindefesttag.de

17. Oktober 2024
Stadthalle Gunzenhausen



IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 12/2024 der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel
Doris Kirchner, Patrik Hof,
Gerhard Kafka
Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: Jessica Maiwald-Kassner,
sonst wie angegeben
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Anzeigenleitung: Monika Steer
Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg